

LandInForm

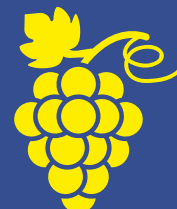
Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 4.22

Klimafreundlicher Käse aus dem Allgäu _34

DVS-Planspiel für regionale Entwicklung _38

Fahrerlos durch den ländlichen Raum _40



Was die neue Gemeinsame Agrarpolitik bringt

Inhalt



Seite 34 —
Klimafreundlicher Käse aus dem Allgäu



Seite 38 —
DVS-Planspiel für regionale Entwicklung



Seite 40 —
Fahrerlos durch den ländlichen Raum

Für das Netzwerk

INSIDE

- 5 Gestolperte Projekte gesucht
- 5 Neue Kompetenz fürs Thema Klima
- 5 Aus ENRD wird EU CAP Network

DAS WAR

- 6 EIP-Agri unterwegs
- 6 Smarte Dörfer und Regionen
- 7 Green Deal: Leguminosen als Klimaschützer

DAS WAR / DAS KOMMT

- 7 DVS unterstützt das Netzwerk Biodiversitätsberatung

DAS KOMMT

- 8 Preisträger beim DVS-Wettbewerb 2022 stehen fest!
- 9 Wie gemeinsam Engagement auf dem Land stärken?
- 9 Energiewende – nichts Neues auf dem Land?

Im Fokus

EINLEITUNG

- 10 Intro
- 12 Von GAP bis GAK: Vokabeln lernen – System verstehen
- 14 Was die GAP enthält
- 16 Ehrliche Vokabeln für eine gute Politik?! – Interview

FORDERN UND FÖRDERN

- 17 Damit viele beim Tierwohl mitziehen
- 18 Für alle von Bedeutung
- 22 Anspruchsvoller Bausatz für die Agrarumwelt
- 24 Agroforst kommt nach Deutschland
- 25 35 Euro pro Mutterschaf
- 26 Sektor Wein – Interview

ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN

- 27 AKIS: Vom Wissenstransfer zur Ko-Innovation!
- 28 Für kleine, produktive und vielfältige Felder
- 29 LEADER: Für die Selbstwirksamkeit – Interview
- 30 Warum Förderung nicht nur Effizienz bedient
- 31 Von Herkulesaufgaben – Interview



ab Seite 10

Im Fokus: Die neue Gemeinsame Agrarpolitik

2023 startet eine neue Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Umwelt- und Klimaschutz sowie Tierwohl erhalten künftig mehr Gewicht. Was ist die neue GAP und was bringt sie? Um diese Fragen dreht sich unser Fokusthema.

Aus der Praxis

- 32 Das Beste einer Region auf vier Rädern
- 34 **Klimafreundlicher Käse aus dem Allgäu**
Die Bio-Schaukäserei Wiggensbach setzt auf traditionelle und neue Techniken zum effizienten Einsatz von Energie.
- 35 Biomethan aus der Eifel
- 36 Mobiles Moortheater

Prozesse und Methoden

- 38 **Mit dem DVS-Planspiel die Region entwickeln**
Eine Gruppe aus Bürgermeistern und Verantwortlichen für Flächenmanagement der „ILE-Region Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz“ hat das DVS-Planspiel ausprobiert. Die Erkenntnis: Es lohnt sich, an einem Strang zu ziehen. Auch in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurde es bereits angewendet.

Forschung trifft Praxis

- 40 **Fahrerlos durch den ländlichen Raum**
Könnten in Zukunft autonome Shuttles Personen und Waren auf dem Land befördern? Mit zwei Forschungsprojekten werden derzeit die Chancen und Herausforderungen für ländliche Räume Bayerns und Schleswig-Holsteins untersucht.

Perspektiven

POLITIK & GESELLSCHAFT

- 42 Moore, die das Klima schützen

PARTNER & EXPERTEN

- 44 Jung und engagiert

BILDUNG & FORSCHUNG

- 46 Dörfer voller Energie
- 48 Altern auf dem Hof

DIE POSITION

- 49 Die Position – ein Gastkommentar

Service

- 50 angelesen
- 51 angekündigt
- 52 Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

es war ein langer Weg, doch nun steht die Umsetzung der Agrarreform in Deutschland an – einige Verordnungen fehlen allerdings noch für die endgültige Rechtsverbindlichkeit. Die Agrarpolitik bekommt das größte Teilbudget der EU, und sehr viele Akteure stellen hohe Erwartungen an die Reform, die alle sieben Jahre vorgesehen ist.

Mit den zwei Fördertöpfen der ersten und zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU werden traditionell Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz sowie ländliche Entwicklung inklusive LEADER gefördert. Die Inhalte wandeln sich: weg von der Basisförderung der Landnutzung, hin zur Unterstützung von öffentlichen Leistungen, die die Landnutzung erbringt. Es geht um Fragen zum Leben im ländlichen Raum, und der Klimawandel gewinnt an Bedeutung. Die Gemeinsame Agrarpolitik soll zugleich ein zentrales Instrument dafür sein, die ambitionierten EU-Ziele des europäischen Naturschutzgebietsnetzes Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen – und natürlich EU-Strategien wie die zur Biodiversität und die „Farm-to-Fork-Strategie“ innerhalb des „Green Deals“ einbinden.

Dabei ist in der Landwirtschaft der Transformationsdruck hoch: Die Reduktion von Nitratverlusten, von Pflanzenschutzmitteleinsatz und Klimagasen sowie der Klimawandel selbst stellen – gepaart mit weiteren ökologischen und gesellschaftlichen Erwartungen – viele traditionelle Ackerbaustrategien in Frage. Auch um die Zukunft der Tierhaltung wird gerungen. Dass die Rückkehr des Wolfes und die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest die grünlandgebundene Tierhaltung vor extreme Herausforderungen stellen, erscheint im Vergleich fast wie das kleinere Problem.

Das sind viele Aufgaben für ein schon immer kompliziertes und umkämpftes Förderinstrument. Einfacher ist die Struktur nicht geworden, und es gibt viele neue Begriffe, hinter denen sich aber nicht immer ein neuer Inhalt verbirgt. Wir wollen Sie mit dieser Ausgabe durch die neue Förderlandschaft führen und legen den Schwerpunkt auf die Änderungen im landwirtschaftlichen Bereich. Denn hier hat sich am meisten getan, und viele Betriebe bangen, ob ihre Planungen mit der neuen Förderung ab dem kommenden Jahr kompatibel sind.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Jan Freese

Dr. Jan Freese betreut bei der DVS insbesondere die Umweltthemen im ELER.

Das ganze DVS-Team wünscht allen Lesenden ein besinnliches Weihnachtsfest.

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),
Redaktion: Anja Rath, Andrea Birrenbach,
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
Dr. Jan Freese, Arno Blaskowski;
neues handeln AG

Titelbild: Nestor GmbH

Rückseite: Pavel Korotkov / stock.adobe.com

Gestaltung: Max Nestor, Nestor GmbH
www.studionestor.de

Druck: Kunst- und Werbedruck,
Bad Oeynhausen
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461, -3435
Fax: 030 1810 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de und unter
www.ble-medienservice.de

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen.
Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Gendergerechte Sprache ist uns ein Anliegen. Deshalb investieren wir Zeit und Mühe, um die Texte diskriminierungsfrei zu gestalten. Wir wenden dabei die Regeln der deutschen Sprache an.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:
Camilla Bentkamp: cbe, Andrea Birrenbach: abb, Arno Blaskowski: abl, Jan Freese: jaf, Leonie Göbel: lgö, Marie Halbach: mha, Markus Hinskes: him, Stefan Kämper: stk, Moritz Kirchesch: mok, Felix Kupfernagel: fku, Irene Lange: ila, Isabella Mahler: ima, Sophia Neuhoff: sne, Dagmar Nitsch: dan, Anja Rath: arh, Susanne Schniete: sus, Jan Swoboda: jas, Dirk Thieves: dth, Anke Wehmeyer: awr, Heike Zipper: hez

Für das Netzwerk

ENRD wird zu „EU CAP Network“

Die Kontaktstelle des „European Network for Rural Development“ (ENRD) hat sich zum „EU CAP Network“ (deutsch: EU-GAP-Netzwerk) umformiert. Sie koordiniert nun die Netzwerkaktivitäten innerhalb der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Zu den Aufgaben gehören sowohl der Austausch über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) als auch die Vernetzung der nationalen GAP-Netzwerke. Das CAP Network pflegt außerdem eine Datenbank zu Aktivitäten der LEADER-Aktionsgruppen. [abl/abb]



Bei den Rural Inspiration Awards (RIA) 2022 des ENRD wurde das niedersächsisch-sächsische LEADER-Kooperationsprojekt „Ju & Me“ ausgezeichnet, bei dem Jugendliche zu Mentoren werden.

SERVICE:
Weitere Informationen:
https://eu-cap-network.ec.europa.eu/index_de



Gestolperte Projekte gesucht

Förderprojekte werden gerne als eine Art Allheilmittel gepriesen – aber es gibt auch Projekte, die nicht oder nur teilweise umgesetzt werden konnten. Die Gründe für ihre Misserfolge zu kennen, könnte anderen Aktiven helfen, Stolperfallen zu umgehen. Deshalb suchen wir Mutige: Wer ist bereit, über ein Projekt zu berichten, das sein Ziel nicht erreichen konnte? Den Wunsch, die Hürden von „gescheiterten“ Projekten zu veranschaulichen, teilt die LandInForm-Redaktion mit Lesenden, die sich an unserer Umfrage im vergangenen Sommer beteiligt haben: Sie gaben uns die Anregung, bei Projekten zu thematisieren, was schiefging. Wir freuen uns über Rückmeldungen. [arh]

KONTAKT:
Andrea Birrenbach, Anja Rath, DVS
Telefon: 0228 6845-3435/-3461
landinform@ble.de



Neue Kompetenz fürs Thema Klima

Marie Halbach arbeitet seit November bei der DVS im Sachgebiet Regional- und Dorfentwicklung. Sie ist insbesondere für die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zuständig. Nach dem Studium der Geographie mit einem entwicklungspolitischen Schwerpunkt sowie Umweltpolitik und Management war sie für ein Netzwerk von Kommunen und Vereinen tätig, das durch Beratung, Umsetzungsprojekte und Kampagnen lokale Nachhaltigkeitsprozesse strategisch unterstützt. Ihre letzte berufliche Station war das Kompetenzzentrum für ländliche Entwicklung in der BLE. (mha)

KONTAKT:
Marie Halbach, DVS
Telefon: 0228 6845-2614
marie.halbach@ble.de

Das war

EIP-Agri unterwegs

Die DVS vernetzt die Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) – konkret die Operationellen Gruppen (OGs), die darin praxisnah forschen. Im September haben wir zu zwei Veranstaltungen eingeladen.

Wie findet sich die passende Förderung für ein Projekt? Wie lassen sich die Ergebnisse in der Agrarpresse platzieren? Welche Tipps und Tricks helfen, ein funktionierendes Projektteam aufzubauen? Dies und vieles Weitere beschäftigte rund 120 Teilnehmende beim 6. OG-Workshop in Hannover. Zahlreiche Gruppen präsentierten außerdem ihre Arbeiten bei einer Poster-Ausstellung.

Die DVS lud ebenfalls im September neun OGs aus dem Bundesgebiet zur innovate, der größten deutschsprachigen Veranstaltung für Start-ups im Agrar- und Ernährungsbereich ein. In Gesprächsrunden zu den Themen Insektenzucht, Precision Farming und technische Innovationen für mehr Tierwohl stellten die OGs ihre Projekte vor und diskutierten neue Ideen. Für die Fachleute aus landwirtschaftlicher Praxis, Beratung und Wissenschaft war die Veranstaltung eine spannende Erfahrung, denn Start-up-Unternehmen können Innovationsideen und neue Technologien schnell praktisch umsetzen. Im Idealfall trägt solch ein Austausch zu mehr Innovationen in der Branche bei. [lgö]



Ein neues Sonderheft der DVS beleuchtet, was sich seit 2014 im Rahmen von EIP-Agri in Deutschland getan hat. Das Heft zeigt, wie der Wissenstransfer funktioniert und lässt Beteiligte aus EIP-Projekten zu Wort kommen. Bestellbar unter: <https://buel.bmel.de/index.php/buel/article/view/442>



SERVICE:
Dokumentation des OG-Workshops: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og-6

KONTAKT:
Dr. Leonie Göbel, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
leonie.goebel@ble.de



Smarte Dörfer und Regionen

Eine DVS-Online-Veranstaltung nahm im Oktober digitale Dörfer und Smart Cities in den Fokus. Beispiele aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zeigten die digitalen Möglichkeiten auf.

Die Publikation „Digitale Landpionier:innen – Politikempfehlungen für eine Progressive Provinz“, die Anfang des Jahres veröffentlicht wurde, macht deutlich: Die Offenheit für Experimente und soziale Innovationen sowie projektbezogene Regionalbudgets sind die Grundlage erfolgreicher smarterer Dörfer und Regionen. In den Empfehlungen heißt es aber auch, dass es ohne eine intensive Kommunikation zwischen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft sowie einer adäquaten Beteiligung der Öffentlichkeit nicht geht. Nur damit sei die notwendige und generationenübergreifende Unterstützung Engagierter möglich.

In Niedersachsen werden diese Empfehlungen weitgehend in die Realität umgesetzt. Das Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung stellt seit diesem Jahr Fördermittel für digitale Dörfer zur Verfügung. Unterstützt werden sie durch die „Stiftung Digitale Chancen“. Im Mittelpunkt steht die Nutzung einer App, die das Miteinander im ländlichen Raum vereinfachen möchte. Dabei geht es nicht nur um Austausch und Nachbarschaftshilfe, sondern auch um Themen wie Mobilität und eine Schnittstelle zur Verwaltung. In dem kleinen Ort Eime bei Hildesheim findet die App bereits großen Anklang – auch weil begeisterte Menschen Initiative zeigen.

Die rund 100 Teilnehmenden richteten ihren Blick bei der Online-Veranstaltung außerdem auf die Smart City Menden in Nordrhein-Westfalen. Hier werden verschiedene Anwendungen erprobt, wie die Erfassung des Straßenzustands mittels Müllfahrzeugen. Im Fokus der smarten Strategie Menden steht das sogenannte Stadtlabor, in dem neue Technologien für die Einwohner anschaulich werden, wie der 3D-Druck. Die Vernetzung mit anderen Smart Cities in diesem und vielen weiteren Bereichen ist in der Mittelstadt Menden mittlerweile selbstverständlich. [awe]



SERVICE:
Zur Dokumentation der Veranstaltung: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/smart

KONTAKT:
Anke Wehmeyer, DVS
Telefon: 0228 6845-3841
anke.wehmeyer@ble.de



Leguminosen als Klimaschützer

Wie erfolgversprechend sind Leguminosen in Anbau und Vermarktung? Dieser Frage gingen mehr als 130 Teilnehmende bei einer DVS-Online-Veranstaltung im November nach.

Um sich dem Klimawandel anzupassen, bedarf es Kulturen, die mit Hitze und Wassermangel zurechtkommen. Eiweißpflanzen wie Kichererbsen oder Ackerbohnen sind herkömmlichen Ackerfrüchten wie Weizen hier häufig überlegen. Fest steht auch: Durch ihre Fähigkeit, Stickstoff aus der Luft zu binden und der Folgekultur zur Verfügung zu stellen, leisten Leguminosen einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Für die Anbauggebiete in Deutschland braucht es unterschiedliche Anbaukonzepte und eine gute Integration in die Fruchtfolge, damit ihr vollständiges Potenzial ausgeschöpft werden kann.

Das Resümee der Veranstaltung ist positiv: Ein Teil unserer Gesellschaft hat mittlerweile den Wunsch, sich nachhaltig und klimafreundlich zu ernähren. So können beispielsweise Fleischersatzprodukte aus Leguminosen eine wichtige Brückenfunktion zur Reduktion des Fleischkonsums darstellen. Aber solange der Preis der Lebensmittel nicht auch die Umweltschäden widerspiegelt, wird das billigere Fleischprodukt noch länger den Vorzug vor einem pflanzlichen Ersatzprodukt bekommen. Hier müssen sich auch politische Rahmenbedingungen noch anpassen. [cbe]



SERVICE:

Zur Dokumentation der Veranstaltung:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leguminosen

KONTAKT:

Camilla Bentkamp, DVS
 Telefon: 0228 6845-2770
camilla.bentkamp@ble.de

Das war / Das kommt

DVS unterstützt das Netzwerk Biodiversitätsberatung

Bereits seit längerem unterstützt die DVS Aktive im Bereich Biodiversitätsberatung dabei, ein Netzwerk aufzubauen.

Für eine nachhaltige und umweltverträgliche landwirtschaftliche Produktion sind verlässliche Beratungsangebote eine wichtige Voraussetzung. Denn obwohl es inzwischen zahlreiche Fördermöglichkeiten für biodiversitätsfördernde Maßnahmen für die Betriebe gibt, sind Beantragung und praktische Umsetzung oft anspruchsvoll und mit Bürokratie und Zeitaufwand verbunden.

Beratungsangebote für Biodiversität waren bis vor einigen Jahren eher eine Nische. Inzwischen haben viele Bundesländer die Kapazitäten dafür aber gestärkt. Nicht nur in Bayern wurden nach dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ rund 100 neue Stellen für die Wildlebensraum- und Biodiversitätsberatung geschaffen. Auch in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen werden mehr Beratende eingestellt. Sie verfolgen gleiche Ziele, ihre Arbeitsweisen sind aber unterschiedlich – ein Austausch zwischen ihnen kann sehr hilfreich sein.



Die DVS möchte mit Veranstaltungen dazu beitragen, dass dieser Austausch leichter gelingt. Der Einladung zu einem ersten Präsenz-Vernetzungstreffen der DVS folgten im September rund 80 Teilnehmende. Wie bei den vorangegangenen Online-Treffen standen unterschiedliche Beratungsansätze im Fokus. Durch etablierte Beratungsangebote – etwa vom Bioland e. V., den „Lokalen Aktionen“ in Schleswig-Holstein, der flächendeckenden Naturschutzqualifizierung in Sachsen und den „Partnerbetrieben Naturschutz“ aus Rheinland-Pfalz – sind bereits Erfahrungen vorhanden, die Impulse für neue Initiativen geben können. Ein gemeinsames Ziel ist es, die Aus- und Weiterbildung von Beratern bundesweit einheitlich zu regeln. Dafür setzen sich beispielsweise das Bundesamt für Naturschutz (BfN), das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen (KÖN) und der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) ein.

Informationen und Kontakte sowie Best-Practice-Beispiele bündelt die DVS und unterstützt damit das wachsende Netzwerk Biodiversitätsberatung. [sus/jaf]



SERVICE:

Anmeldung zum Verteiler, über den die DVS Informationen und Einladungen zu weiteren Vernetzungstreffen versendet:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/biodiversitaetsberatung-verteiler
 Weitere Informationen zum Thema Biodiversitätsberatung:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/agrar-umwelt/biodiversitaetsberatung

Das kommt

Wettbewerb Gemeinsam stark sein: Preisträger stehen fest!

24 Projekte aus 13 Bundesländern standen beim DVS-Wettbewerb „Gemeinsam stark sein“ für LEADER- und ILE-Regionen zur Auswahl; jetzt haben ein Online-Voting und eine Experten-Jury entschieden, welche vier Projekte die diesjährige Runde unter dem Motto „Mit dem Klimawandel umgehen“ gewinnen.

Erst bei der Preisverleihung im Januar verraten wir, welches Projekt welchen Platz auf dem Siegestreppchen erreicht hat. Einen der Preise erhält das „Heckenprojekt“ aus Hessen, in dem das Potenzial von Hecken-Schnittgut als Wärmequelle getestet wurde, um ländliche Regionen von fossilen Brennstoffen unabhängig zu machen und CO₂ einzusparen. Das Gewinner-Projekt „Pflanzenkohle“ aus Schleswig-Holstein beschäftigt sich ebenfalls mit Pflanzenresten: Es produziert daraus Kohle, die als Futterzusatz oder zur Verbesserung der Ackerböden eingesetzt werden kann – und Kohlenstoff langfristig speichert. Pflanzenreste erhält das Projektteam beispielsweise von wiedervernässten Moorflächen.

Um das Ökosystem Moor geht es auch beim niedersächsischen Sieger-Projekt „Torfmoosansiedlung“. Das Projekt-Team vermehrt Torfmoose, um ehemalige Torf-Abbauflächen wieder in intakte Moore umzuwandeln. Sie gelten als wichtigster Kohlenstoffspeicher weltweit. Außerdem gewonnen hat das Projekt „Keine Handbreit Wasser“ aus Sachsen-Anhalt. Mit Kunst- und Kulturaktionen machte es auf sinkende Grundwasserspiegel und Dürre in der Region und weltweit aufmerksam.

Bei der Preisverleihung im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin erfahren die Gewinner-Teams am 26. Januar 2023, ob sie einen der drei Jury-Preise oder den Publikumspreis gewonnen haben. Rund 3 000 Menschen hatten sich an der Online-Abstimmung beteiligt. Die Preise sind Gutscheine. Eine Broschüre mit allen 24 Wettbewerbs-Beiträgen erscheint Ende Januar 2023. [ima]



SERVICE:
Infos und Projekte des Wettbewerbs
Gemeinsam stark sein 2022 unter:
www.dvs-wettbewerb.de

KONTAKT:
Isabella Mahler, DVS
Telefon: 0228 6845-3974
isabella.mahler@ble.de



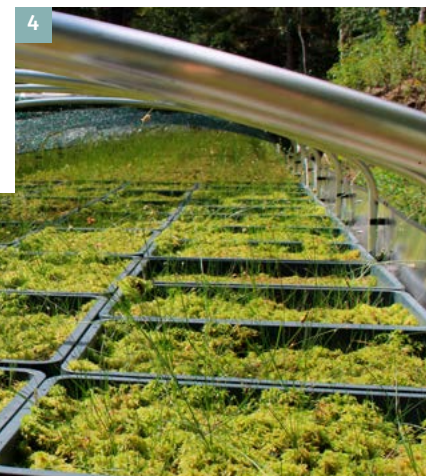
Die vier Gewinner-Projekte:

1_ Das Heckenprojekt: ein Kooperationsprojekt der hessischen LAGs GießenerLand, Lahn-Dill Wetzlar, Marburger Land, Burgwald-Ederbergland, Vogelsberg und Wetterau/Oberhessen

2_ Keine Handbreit Wasser war ein Projekt der LAG Rund um den Huy aus Sachsen-Anhalt.

3_ Pflanzenkohle hat die schleswig-holsteinische AktivRegion Dithmarschen zum Thema gemacht.

4_ Torfmoosansiedlung zur Schaffung von Pflanzenpools unterstützte die LAG Meer & Moor aus Niedersachsen.



Das kommt

Engagement auf dem Land gemeinsam stärken – wie geht das?



Online-Workshop am
12. Januar 2023

Die DVS und die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) laden gemeinsam zur Veranstaltung im virtuellen Raum ein. In einem austauschorientierten Format wollen wir Aktive aus LEADER – aus den Regionalmanagements und den Aktionsgruppen – mit Engagierten aus dem DSEE-Programm „Engagiertes Land“ und dem Programm „Engagierte Stadt“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement miteinander ins Gespräch bringen. Wir bieten ein Forum, um neue Kontakte zu knüpfen und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten, die eigene Expertise weiterzugeben sowie von anderen zu lernen.

Wir hören von Praxisbeispielen, die anschaulich zeigen, wie die strukturelle Stärkung von Engagement und Ehrenamt im ländlichen Raum aussehen kann: Das können von lokalen Vereinen und Initiativen gemeinsam genutzte Ressourcen sein, wie Räume, IT-Infrastruktur oder Fachwissen, genauso ein sektorübergreifender „Runder Tisch Engagement“ oder der Aufbau einer Anerkennungskultur für Ehrenamtliche im Ort.

Wir nehmen in den Blick, wie die strukturelle Stärkung von Engagement und Ehrenamt im Rahmen von LEADER aussehen und weiterentwickelt werden kann. Mit der anstehenden neuen Förderperiode tun sich Möglichkeiten auf, die gemeinsam zu erkunden sind. Nicht zuletzt werden auch die vielfältigen Service- und Unterstützungsangebote der im Jahr 2021 gegründeten Bundesstiftung DSEE vorgestellt, um sie den in LEADER Engagierten zugänglich zu machen. Umgekehrt sollen die Aktiven aus den Programmen „Engagiertes Land“ und „Engagierte Stadt“ die Leistungen und Angebote der DVS kennenlernen, um sie für ihre Arbeit zu nutzen.

Unsere gemeinsame Veranstaltung ist der Startpunkt für einen Dialogprozess. Dabei sammeln wir Bedarfe und Themen für eine gemeinsame Präsenzveranstaltung im nächsten oder übernächsten Jahr. Willkommen sind Personen aus den genannten Gruppen und alle Interessierten. [stk]



SERVICE:
Programm und Anmeldung unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/engagement-und-leader

Energiewende – nichts Neues für das Land?

Fachforum am
25. Januar 2023 beim
Zukunftsforum
Ländliche Entwicklung,
Berlin



Photovoltaik, Windkraft und Bioenergie kommen vor allem vom Land. Bioenergie-dörfer, Energiekommunen oder -genossenschaften produzieren meist mehr Energie, als sie verbrauchen. Viele Menschen stehen bereit, Wertschöpfung vor Ort zu schaffen und selbstbestimmt die Energiewende zu gestalten. Klar ist aber auch: Viele Engagierte werden durch bürokratische Verfahren und fehlende Anreize ausgebremst. Unklare Rahmenbedingungen führen dazu, dass Zielkonflikte vor Ort ausgetragen werden, und dies mindert die Akzeptanz für die notwendige Transformation.

Die DVS, die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG) und die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG) laden zum gemeinsamen Fachforum ein. Wir möchten folgende Fragen diskutieren: Welche Rahmenbedingungen müssen anders werden? Wie gelingt es, Menschen vor Ort zu ermächtigen? Wie lassen sich Verfahren beschleunigen? Was sind gute Beispiele?

Sebastian Sladek, Vorstandsmitglied der Elektrizitätswerke Schönau, wird in seinem Beitrag zeigen, wie es trotz nicht immer günstiger Rahmenbedingungen und auch gegen Widerstände gelingt, eine breit aufgestellte nachhaltige Energieproduktion in Gang zu setzen. Bei der Veranstaltung illustrieren Filme von an der Energiewende Beteiligten weitere Erfolge und Misserfolge auf dem Weg zu einer erneuerbaren Energieproduktion. Dabei werden wir das Fachforum interaktiv gestalten und überraschende Momente bieten. [stk]



SERVICE:
Programm und Anmeldung unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de



Vormerken

21. und 22. März 2023
in Merseburg

ELER & Umwelt



SERVICE:
Weitere Informationen unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eler-umwelt



Vormerken

Bundesweites
LEADER-Treffen
2023

Das jährliche Treffen der LEADER-Regionen aus Deutschland findet vom 22. bis 24. Mai 2023 in Baunatal (bei Kassel) statt. Das Treffen beginnt am ersten Abend mit einem regionalen Buffet, der zweite Tag bietet vielfältige Inputs und intensive Diskussionen. Exkursionen am dritten Tag runden das Programm ab. [stk]



SERVICE:
Infos und Anmeldung ab Februar:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen

IM FOKUS

Die neue GAP

2023 startet eine neue Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Wir haben via Twitter und im persönlichen Umfeld danach gefragt, was sie für die Einzelnen bedeutet. Diese „Umfrage“ ist nicht repräsentativ – die Antworten spiegeln dennoch eine große Vielfalt wider. Was ist die neue GAP und was bringt sie? Um diese Fragen dreht sich unser Fokusthema.

@BauerWilli:

... ein Bürokratiemonster, bei dem mittlerweile auch diejenigen, die uns beraten und diejenigen, die uns kontrollieren, kaum noch durchblicken.

Das sagt mir nicht viel – in der Schule war es nie ein Thema.
Elli, 18 Jahre

Agrarpolitik hat etwas mit Landwirtschaft zu tun und gemeinsam klingt für mich nett, als würde man sich damit gegenseitig helfen. Das ist sehr positiv, denn gemeinsam ist alles besser.
Fynn, 14 Jahre

Also, ich habe davon nicht viel Ahnung, aber was ich weiß, ist, dass die Bauern schon länger mit irgendwelchen immer neuen Auflagen zu kämpfen haben und Umweltschützer trotzdem weiter meckern.
Niko, 18 Jahre

Christel, Seniorin, 82 Jahre
Gemeinsame Agrarpolitik? Was soll das sein?

@JanaWerner14:
... in der jetzigen Form ungeeignet, die Ziele des #Green-Deal zu erreichen, also entscheidend mehr #Klimaschutz, #Naturschutz, #Ökolandbau und resiliente Ernährungssysteme.

@LAG21NRW:
... ein Ansatz mit Potenzial für zahlreiche Verbesserungen.

@mirakel44256990:
Gemeinsame und einheitliche Produktionsstandards gibt es nicht. Die Mehrkosten, gegenüber den Importen, durch Auflagen usw., werden bei Weitem nicht ausgeglichen.

@Zwinyg_DE:
... der runde Tisch, an dem alle Beteiligten eine gleichwertige Stimme haben.

@Thor_st3n:
#GAP gescheitert, nationale und regionale Agrarpolitik ist daraus geworden und soll es noch stärker werden.



Von GAP bis GAK: Vokabeln lernen – System verstehen

Am 1. Januar 2023 beginnt die neue Förderperiode der EU-Agrarpolitik. Das System wurde überarbeitet. Was gehört wie zusammen? Zum Fachjargon gehören sperrige Begriffe. Wer sie und ihre Abkürzungen kennt, kann womöglich über Inhalte leichter diskutieren.

[VON ANJA RATH]

Was die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU für den jeweiligen Mitgliedstaat bedeutet, steht in einem umfangreichen Papier: In einem nationalen Strategieplan (GAP-SP) hat jeder die von der EU vorgegebenen Ziele konkretisiert. Der deutsche GAP-SP definiert, wie die Mittel auf die Maßnahmen – Interventionen genannt – verteilt werden. In der aus dem „Europäischen Garantiefonds für Landwirtschaft“ (EGFL) finanzierten „ersten Säule“ sind das die „Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit“ (EGS), die „Ergänzende Umverteilungsgrundstützung für Nachhaltigkeit“ (UES) sowie die „Ergänzende Einkommensgrundstützung für Junglandwirte“ (JES). Alle drei gehören zu den „Direktzahlungen“: Die EGS sind Flächenprämien, Land-

wirte haben Anspruch darauf. Sie können mit der UES für kleine Betriebe und der JES ergänzt werden. Neu ist in Deutschland die „Gekoppelte Einkommensgrundstützung“ – landwirtschaftliche Betriebe, die Rind-, Kalb-, Schaf- oder Ziegenfleisch erzeugen, erhalten sie pro Tier. Achtung: Nicht jeder Mastbetrieb ist ein landwirtschaftlicher – hier gibt es kommunikative Stolperfallen, an die es sich im Dialog mit landwirtschaftsfernen Menschen zu denken lohnt; ein Landwirt und beihilferechtigt ist, vereinfacht ausgedrückt, nur, wer auch Land bewirtschaftet. Ebenfalls aus dem EGFL stammen die Mittel für die sogenannten „Sektoralen Interventionen“. Dahinter verstecken sich Förderungen für den Wein-, Obst- und Gemüse- sowie Hopfenanbau und die Imkerei.

Mehr Öko, aber nicht die Betriebe sind gemeint

Einen weiteren Teil der ersten Säule machen die „Öko-Regelungen“ (ÖR) aus. Auf diesen Begriff hat sich die deutsche Verwaltung als Übersetzung der europäischen „Eco-Schemes“ verständigt. Er hat nichts mit Ökolandbau zu tun: Es geht um einjährige Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Biodiversität, die für landwirtschaftliche Betriebe freiwillig sind. Ein Muss ist für die Höfe hingegen, für den „Guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ (GLÖZ) der Flächen zu sorgen und die „Grundanforderungen an die Betriebsführung“ (GAB) einzuhalten (siehe dazu auch Seiten 18 bis 21). Nur wenn diese sogenannte „Erweiterte Konditionalität“ erfüllt ist, werden EGS & Co. ausgezahlt. Die Zusammenhänge sind in umfangreichen Regelwerken festge-

legt, von denen hier nur beispielhaft das „Gesetz zur Durchführung der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik geltenden Konditionalität“ (GAP-Konditionalitäten-Gesetz) genannt sein soll. Zu diesem – es geht noch kürzer – GAPKondG gesellen sich verschiedene andere Gesetze und Verordnungen (VO), die das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) online zusammengestellt hat (siehe Linkliste). Das BMEL hat die GAP-SP-Erstellung koordiniert und kommuniziert stellvertretend für Deutschland mit der Europäischen Kommission (EK). Die hatte das letzte Wort, und die Abstimmungen haben viel Zeit in Anspruch genommen. Es geht dabei um viel Geld: Die mehr als 22 Milliarden Euro aus der ersten Säule, die von 2023 bis 2027 in Deutschland an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt werden sollen, sind reine EU-Mittel.

Landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung im ELER

Von den Mitgliedstaaten kofinanzieren, sind die Gelder der sogenannten „zweiten Säule“ der GAP. Die EU-Mittel stammen aus dem „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER), in Deutschland steuern Bund und Länder weitere Förderanteile bei. Dazu dient auch die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); im GAK-Rahmenplan definieren Bund und Länder die förderfähigen Maßnahmen. Auch den GAP-SP haben Bund und Länder miteinander abgestimmt. Die Interventionen aus der ersten Säule – also EGS, UES, JES, gekoppelte Zahlungen, Sektorale Interventionen und Öko-Regelungen – sind in der Regel bundesweit einheitlich gestaltet. Bei Öko-Regelungen und GLÖZ gibt es für die Länder einen gewissen Gestaltungsspielraum für Ausnahmen oder definierte Förderkulissen. Im ELER hingegen definiert jedes Land eigene Schwerpunkte – das war auch zuvor so.

In den „Interventionen zur Entwicklung des ländlichen Raums“ tummeln sich dementsprechend vielfältige Maßnahmen – und der Blick in den GAP-SP lohnt sich für jene, die eine vergleichende Betrachtung anstreben. Bei den unterschiedlichen mehrjährigen „Bewirtschaftungsverpflichtungen“ – die aus der auslaufenden Förderperiode bekannten „Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen“ (AUKM) – kann man rasch den Überblick verlieren: Es gibt Interventionen, dazu Teil-Interventionen und länderspezifische Varianten dieser Teil-Interventionen. Einige Länder programmieren Maßnahmen, die sie dann im Rahmen eigener Programme wie dem Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) und Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) anbieten – KULAP und VNP sind Vokabeln zur Umsetzung, im GAP-SP stehen sie nicht. Alle Länder unter-

stützen den Ökolandbau und „Einzelbetriebliche produktive Investitionen in landwirtschaftliche Unternehmen“ (dafür wird das Kürzel AFP verwendet); viele bieten die „Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete“.

Einige Maßnahmen stehen nicht-landwirtschaftlichen Zielgruppen offen, wie die „Investitionen in die integrierte ländliche Entwicklung“ (ILE) und der regional wirksame Bottom-up-Ansatz LEADER (von dem französischen Ausdruck „Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale“, der auf die Verbindung von ländlicher Ökonomie und Entwicklungsaktivitäten abzielt). Der GAP-SP bildet mit LEADER eine Brücke zum ELER als einem der „Europäischen Strukturfonds“, denn in deren Verordnung wird der Ansatz programmiert. Im finanzstarken „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) und dem „Europäischen Sozialfonds“ (ESF) ist statt von LEADER von „Community Led Local Development“ (CLLD) die Rede – methodisch sind sie identisch. Die „Europäischen Innovationspartnerschaften für Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) haben fast alle Länder im Förderkanon. Darin forschen in „Operationellen Gruppen“ (OGs) Akteure aus Praxis, Unternehmen, Beratung und Wissenschaft gemeinsam an praxisnahen Lösungen. Zudem soll das „Landwirtschaftliche Wissens- und Innovationssystem“ (AKIS) verbessert werden.

Der Plan hinter dem Plan

Von der angemessenen Lebenshaltung der in der Landwirtschaft tätigen Personen über den Beitrag zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel bis zur Förderung von Beschäftigung, Wachstum und Gleichstellung: Mit dem GAP-SP hat Deutschland neun „spezifische Ziele“ sowie den Wissenstransfer als „Querschnittsziel“ im Visier. Die Interventionen



Mit dem GAP-SP hat Deutschland neun „spezifische Ziele“ sowie den Wissenstransfer als „Querschnittsziel“ im Visier.

sollen dazu beitragen, sie umzusetzen – das ist die „Interventionslogik“, die hinter dem GAP-SP steht. Das BMEL hat Grafiken veröffentlicht, die einen Eindruck von der Komplexität vermitteln. Sie bilden auch eine weitere Neuerung des Systems ab, die insbesondere für die Verwaltung relevant ist: die „Leistungsorientierung“. Alle Interventionen sind mit Ergebnisindikatoren hinterlegt, einige davon müssen im „Leistungsbericht“ erscheinen, den das BMEL der EU vorlegt.

Vielleicht kann die Digitalisierung dabei helfen: Für die Beantragung und Abrechnung flächenbezogener Maßnahmen wird bereits das Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKos) benutzt. Viele Länder bieten oder fordern zudem die Nutzung von Apps und Portalen für die Beantragung und Abwicklung der Förderung. ■

SERVICE:

Mehr zum GAP-SP unter:
www.bmel.de > Themen >
Landwirtschaft > EU-Agrarpolitik >
Gemeinsame Agrarpolitik

Infos und Links zu Angeboten in den Ländern unter (die Seite ist im Aufbau):
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/neuegap

„GAP kompakt 2023“: Das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft erarbeitet eine 24-seitige Broschüre, die demnächst als PDF verfügbar ist:
www.ble-medienservice.de >
Artikel-Nr. 0530



KONTAKT:

Anja Rath, DVS
Telefon: 0228 6845-3461
landinform@ble.de

Was die GAP enthält

Mit dem Plan für die kommenden fünf Förderjahre der Gemeinsamen Agrarpolitik steht das Budget für Deutschland fest. Die meisten Gelder sind zur Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe gedacht. Deutlich mehr als je zuvor steht für Agrarumweltmaßnahmen bereit. Auch für die Dorf- und Regionalentwicklung sind Mittel eingeplant.

[VON ANJA RATH UND JAN FREESE]

Nach langen Verhandlungen zwischen der EU-Kommission, dem EU-Parlament und den Mitgliedsstaaten über den sogenannten mehrjährigen Finanzrahmen stand 2020 die Finanzausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU fest. Danach erhält Deutschland für die kommende Förderperiode insgesamt rund 30,5 Milliarden Euro aus EU-Mitteln. Sie teilen sich auf zwei Fonds, die sogenannten zwei Säulen, auf: Etwa 25 Milliarden Euro standen in der ersten zunächst bereit, rund 5,5 Milliarden enthielt die zweite Säule, der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Deutschland hat sich entschieden, Mittel vom ersten in den zweiten Fonds umzuschichten und diesen mit nationalen Mitteln aufzustocken: Im ersten Fördertopf stehen nun laut GAP-Strategieplan rund 22,5 Milliarden Euro zur Verfügung, im zweiten sind es etwa 11,7 Milliarden.

Großer Topf für Betriebe

Vier der neun inhaltlichen Ziele des GAP-Strategieplans haben die Landwirtschaft im Fokus. Es geht um Einkommens- und Ernährungssicherung, um Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfungsketten und darum, dass Höfe weitergeführt werden. Dazu sollen die Mittel des größeren Fördertopfs, dem „Europäischen Garantiefonds für Landwirtschaft“ (EGFL) beitragen. Sie fließen als bundesweit einheitliche Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe. Etwa 13,5 Milliarden Euro sind für die „Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit“ eingeplant, die nach der bewirtschafteten Fläche verteilt wird. Diese Basisprämie von rund 150 Euro je Hektar wird durch eine Umverteilungsprämie ergänzt, um die bäuerliche Landwirtschaft zu stärken: Betriebe, die weniger als 40 Hektar bewirtschaften, erhalten beispielsweise rund 70 Euro je Hektar mehr. Zudem gibt es Prämien für den Junglandwirt unter 40 Jahren (etwa 130 Euro je Hektar über fünf Jahre).

Die bisher zu den Marktmaßnahmen gehörenden Sektorprogramme für die Förderung

der Zusammenarbeit bei der Vermarktung von Obst und Gemüse, Wein, Hopfen und Imkereiprodukten sind – mit einem zusätzlichen Fokus auf Umwelt- und Klimaaspekte – ab 2023 ebenfalls im ersten Fördertopf der GAP zu finden. Das Mittelvolumen beträgt für die kommenden fünf Jahre rund 300 Millionen Euro. Neu – und mit vielen Erwartungen an ihre stützende Wirksamkeit verbunden – sind die an die Tierzahl gekoppelten Prämien für jene, die Weidetiere halten: Für Mutter-schafe und -ziegen sind es 2023 rund 35 Euro je Tier, für Mutterkühe ein Betrag zwischen etwa 66 und 80 Euro. Derartige Spielräume gibt es mit Mindest- und Höchstbeträgen bei allen Direktzahlungen und die Prämienhöhe verringert sich über die Förderperiode.

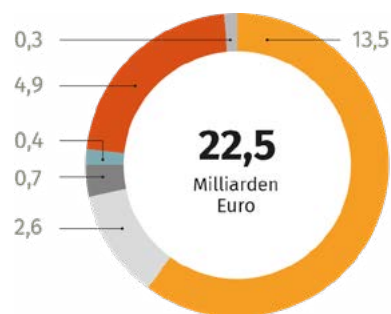
Ebenfalls neu im Topf des EGFL ist der Anteil für die sogenannten Öko-Regelungen: Insgesamt rund fünf Milliarden Euro sind für diese freiwilligen einjährigen Agrarumweltmaßnahmen vorgesehen – eine Landwirtin kann damit beispielsweise Verluste für das Nichtnutzen von Ackerfläche oder die Ernteeinbußen durch den Verzicht auf chemischen und synthetischen Pflanzenschutz ausgleichen. Genauso kann sie Kosten für Blüh- oder Altgrasstreifen gegenfinanzieren. Die Öko-Regelungen wurden teilweise mit hohen Mitteln ausgestattet – für „Nichtproduktive Flächen auf Ackerland“ sind es beispielsweise 1 300 Euro je Hektar – um möglichst viele zum Mitmachen zu motivieren. Dahinter steht das Ziel, mit einer veränderten Landbewirtschaftung gesellschaftliche Ansprüche an Umwelt-, Klima- und Artenschutz zu erfüllen.

Kleinerer Topf mit regionalen Zutaten

Auf öffentliche Leistungen sind auch viele Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung des ELER ausgerichtet. Die Mittel dieses zweiten Fördertopfs werden nach einem Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Sie sind für die Förderrichtlinien und die Abwicklung zuständig. Das waren sie auch bisher, und vieles bleibt beim Alten. Unter den im GAP-Strategieplan beschriebenen 30 Interventionen mit über 60 Teilmaßnahmen können die Länder



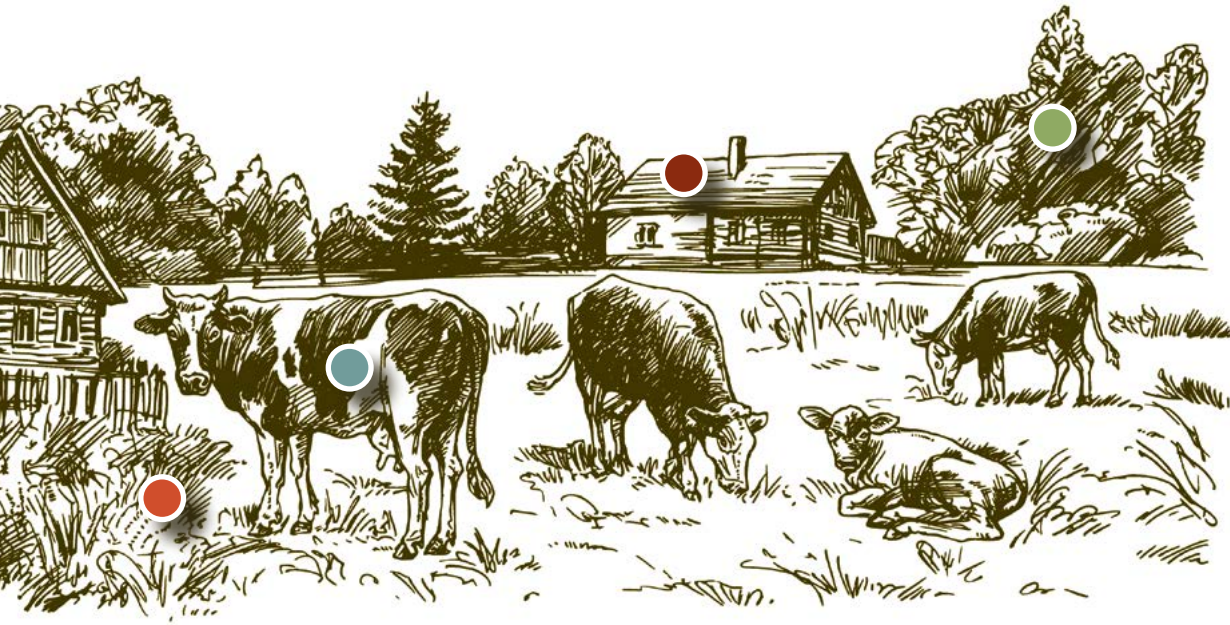
1. Fonds (EGFL)



- Basisprämie
- Umverteilung auf kleine Betriebe
- Prämie für junge Betriebsleitende
- an Weidetiere für die Fleischproduktion gekoppelte Prämien
- Öko-Regelungen
- Sektorprogramme

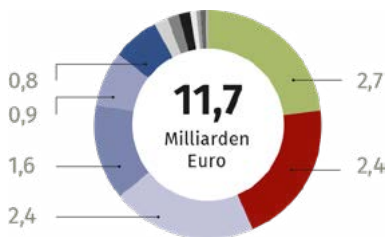
wählen, dazu eigene Varianten anbieten sowie Fördervorgaben und -höhen festlegen.

Beispielsweise bieten nur zwei Länder die Intervention „Kooperative Klimaschutzmaßnahmen“ an: In Rheinland-Pfalz erhalten Zusammenschlüsse von Landbewirtschaftenden für eine gemeinsam organisierte Klimaschutzfördernde Bewirtschaftung 90 Euro je Hektar; in Brandenburg sind es 300 Euro je Hektar, sofern ein externes Projektmanagement eingebunden ist. Die dafür eingeplanten Mittel sind nicht hoch. Anders sieht das bei den „Bewirtschaftungsverpflichtungen zur Verbesserung der Biodiversität“ aus. Darin vereinen sich vielfältige Agrarumweltmaßnahmen: von der Pflege von Streuobstwiesen (6,5 Euro pro Baum im Saarland) über die



- Für einen Betrieb mit Mutterkühen und Grünland:
- 150 Euro pro Hektar Basisprämie
 - bis zu 900 Euro pro Hektar Altgrasstreifen als Öko-Regelung
 - 70 Euro je Mutterkuh
 - je nach Land unterschiedlich viel für den Erhalt von Landschaftsstrukturen als Agrarumweltmaßnahme
 - Investitions- und Existenzgründungsförderung für Hofladen

2. Fonds (ELER)



- Agrarumweltmaßnahmen
- Investitionen
- Ökologischer Landbau
- Regionaler Bottom-up-Ansatz LEADER
- Ausgleich für benachteiligte Gebiete
- Integrierte ländliche Entwicklung
- Risikomanagement (0,2 Mrd. Euro)
- Praxis-Forschungs-Ansatz EIP-Agri (0,2 Mrd. Euro)
- Beratung (0,2 Mrd. Euro)
- Umsetzung des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2 000 (0,1 Mrd. Euro)
- Netzwerke und Kooperation (0,08 Mrd. Euro)
- Weiterbildung und Wissenstransfer (0,07 Mrd. Euro)
- Unterstützung von Hofnachfolge und -gründung (0,03 Mrd. Euro)

„Faunaschonende Mahd auf Ackerland“ (131 Euro je Hektar in Sachsen) und das „Erbsenfenster“ als kooperative Biodiversitätsmaßnahme (390 Euro je Hektar in Sachsen-Anhalt) bis zur Stickstoffeinträge reduzierenden Grünlandbewirtschaftung in der „Weidelandchaft Marsch“ als Vertragsnaturschutz (890 Euro je Hektar in Schleswig-Holstein). Insgesamt sind rund 1,7 Milliarden Euro für Biodiversitätsmaßnahmen vorgesehen.

Bei einem Vergleich fällt auf, dass Hessen scheinbar keinen Agrarnaturschutz fördert. Der Eindruck trügt: Das Land bietet ein aus Landes- und nationalen Mitteln finanziertes Programm an. Die Abwicklung von Mitteln bei der EU-Förderung ist komplex, schnell können sich Fehler einschleichen. Auch die anderen Länder wählen deshalb ELER-Maßnahmen gezielt aus. So gehört Bayern mit nahezu 130 Maßnahmen zu den Ländern mit einem besonders breiten Portfolio an Biodiversitätsmaßnahmen im ELER – Maßnahmen zur Landschaftsentwicklung fördert es aber mit eigenem und nationalem Geld. Das zeigt: Die GAP ist ein großes Förderinstrument für den ländlichen Raum, aber es gibt noch weitere. Im ELER stehen insgesamt für die „Bewirtschaftungsverpflichtungen“ zum Klima- und Bodenschutz, zur Verbesserung der Wasserqualität, für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, zum Schutz der Biodiversität und dem Erhalt genetischer Ressourcen, für das Naturschutzgebietsnetz Natura 2 000 sowie für das Tierwohl rund 2,7 Milliarden Euro bereit.

Alle Länder fördern den Ökologischen Landbau, insgesamt sind rund 2,4 Milliarden Euro dafür vorgesehen. In zehn Ländern erhalten Landwirte, die aufgrund ihrer Standortbedingungen benachteiligt sind, eine Ausgleichszulage. Neu sind die Förderungen von landwirtschaftlichen Existenzgründungen und landwirtschaftlichem Risikomanagement. Investitionen – insbesondere in ländliche Unternehmen, aber auch in Strukturen und Planung – wurden bisher und werden weiterhin mit großen Fördervolumina ausgestattet.

Zum Schluss: Rezepte fürs Gelingen
Infrastrukturen sind für die regionale Entwicklung wichtig, aber auch Themen wie regionale Identität und die Zusammenarbeit vor Ort. Darauf liegt das Augenmerk beim Bottom-up-Ansatz LEADER: Er bleibt ein zentrales Instrument der Regionalentwicklung, etwa 370 Regionen werden bundesweit darin aktiv. Ihnen stehen rund 1,6 Milliarden Euro dafür zur Verfügung; für den ebenfalls regional wirkenden Ansatz der „Integrierten ländlichen Entwicklung“ (ILE) ist es etwa die Hälfte. Ein weiterer Förderschwerpunkt ist „Zusammenarbeit und Wissenstransfer“, für den Bund und Länder etwa vier Prozent des ELER-Topfs bereithalten. Darin kann man auch die Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-Agri) finden: In „Operationellen Gruppen“ forschen Teams aus Landwirtschaft und Wissenschaft gemeinsam an praxisnahen Fragen.

SERVICE:

Weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/neuegap
www.bmel.de > Themen > Landwirtschaft > EU-Agrarpolitik



KONTAKT:

Dr. Jan Freese, DVS
 Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de



Ehrliche Vokabeln für eine gute Politik?!

Ein erheblicher Teil der Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) dient der „Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit“. Was fangen Landwirte, Bürgermeisterinnen oder Journalisten mit Begriffen wie diesem an? Wie wird klar, um was es bei der GAP geht, und wer ist dafür zuständig, es zu erklären?

Prof. Harald Grethe leitet an der Humboldt-Universität Berlin den Fachbereich „Internationaler Agrarhandel und Entwicklung“. Bis Ende 2020 hat er das Bundeslandwirtschaftsministerium als Vorsitzender des Beirats „Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz“ beraten.

www.agrar.hu-berlin.de

„Herr Prof. Grethe, wie nehmen Landwirte es auf, eine Einkommensgrundstützung zu erhalten? Ich halte diesen Begriff für unglücklich: Landwirte verdienen zu wenig, deswegen müssen wir ihr Einkommen stützen? Insbesondere junge Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter haben verstanden, dass dieses Konzept aus der Zeit gefallen ist, weil man sie damit in eine Opferrolle drängt. Die sinnvollere Begründung für Agrarförderung ist: Wir müssen Landwirtschaft für Leistungen honorieren, die wir als Gesellschaft haben wollen und die der Markt nicht honoriert – beispielsweise Klimaschutz, Biodiversität oder Landschaftsgestaltung. Wir sollten dafür Begriffe verwenden, die beschreiben, was sie tun.“

Die Fachtermini stehen erst einmal fest. Werden sich praxistauglichere Bezeichnungen etablieren? Ja, die Praxis hat beispielsweise den Begriff Agrarumweltmaßnahmen

übernommen. Das ist ein gutes Wort: Es werden Prämien an Landwirte gezahlt, damit sie Maßnahmen für die Umwelt durchführen. Die Übersetzung der englischen Eco-Schemes ist im Deutschen etwas verunglückt: Bei Öko-Regelungen denkt man an den Öko-Landbau, aber es sind Prämien für Umweltleistungen. In den Begriffen sollte das Prinzip Geld gegen Leistung zum Ausdruck kommen. Worte wie Gemeinwohl-, Tierwohl- oder Biodiversitäts-Prämien sind gut geeignet und allgemeinverständlich.

Also sollte die Politik selbsterklärende Bezeichnungen verwenden? Auf jeden Fall – und es müssen ehrliche Begriffe sein, sonst beschädigt man das Vertrauen in die Politik. Der Begriff Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit ist irreführend, weil es sich um weitgehend pauschale Flächenprämien handelt. Wir befinden uns in einem Übergang zu einer neuen Agrarpolitik, und es gibt einen breiten Konsens, sich von pauschalen Subventionen zu verabschieden und Leistungen zu honorieren. Man darf die Bevölkerung nicht für dumm verkaufen, indem man kosmetische Begriffe kreiert, die den wahren Inhalt von politischen Maßnahmen verschleiern.

Den Medien kommt die Aufgabe zu, die Politik zu übersetzen. Einige verzichten auf Fachtermini. Geht der Zusammenhang dabei verloren? Wer über die Förderpolitik schreibt, muss das System selbst verstehen. Dann ist es durchaus möglich, es

allgemeinverständlich zu erklären, ohne dass Zusammenhänge auf der Strecke bleiben. Zum Beispiel: Es gibt zwei Budgets mit Geld in der europäischen Agrarpolitik, aus jedem fördern wir Umweltleistungen der Landwirtschaft – mit Agrarumweltmaßnahmen und den sogenannten Öko-Regelungen. Wie wir die Töpfe nennen, ist irrelevant. Als Fachjournalistin ist man auch deshalb darauf angewiesen, sich selbst zu orientieren, weil es im politischen Raum die Neigung gibt, Dinge schöner darzustellen, als sie sind. Desto weniger die Politik draufschreibt, was drin ist, desto mehr Übersetzungsleistung müssen andere übernehmen.

Wer sollte sich dafür verantwortlich fühlen, die Zusammenhänge zu erklären?

Im Grunde genommen sind wir alle gefordert. Es ist Aufgabe von Wissenschaft und kritischer Zivilgesellschaft, die Begriffe, die die Politik verwendet, zu hinterfragen. Der Öffentlichkeit die Politik begründen, erklären und dafür werben, müssen alle, die sich mit dem Agrarsektor beschäftigen, denn es sind Steuergelder, die dafür eingesetzt werden. Sonst läuft man Gefahr, dass man die Unterstützung der Gesellschaft verliert. Das muss den berufsständischen Verbänden ein Anliegen sein. Aber schlussendlich ist es eine Aufgabe für viele.

Herr Prof. Grethe, vielen Dank für das Gespräch. Das Interview führte Anja Rath. ■

„Der Begriff Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit ist irreführend.“



Anreiz gesetzt: Einem bayerischen Zuchtsauenhalter mit 120 Zuchtsauen und eigener Ferkelaufzucht können – bei Teilnahme an der Premiumstufe – jährlich bis zu 34 500 Euro für mehr Tierwohl ausgezahlt werden.

Premiumstufe gewählt werden. Ein modularer Aufbau macht es möglich, Verbesserungen beim Tierwohl auch in einzelnen Haltungsbereichen zu honorieren. Landwirte müssen somit nicht sofort den kompletten Stall umbauen. Einem durchschnittlichen bayerischen Zuchtsauenhalter mit 120 Zuchtsauen und eigener Ferkelaufzucht können – bei Teilnahme an der Premiumstufe – jährlich bis zu 34 500 Euro für mehr Tierwohl ausgezahlt werden. Ab 2023 wird BayProTier für Zuchtsauen und Ferkelaufzucht, Mastschweine und Mastrinder angeboten.

Langfristiger Wandel

BayProTier bietet Betrieben eine Perspektive, sukzessive und noch vor dem Auslaufen der gesetzlichen Übergangsfristen ihre Ställe mit Blick auf das Tierwohl umzubauen. Für die gesellschaftliche Akzeptanz der Nutztierhaltung ist das von elementarer Bedeutung – darin liegt künftig sozusagen die Lizenz zur Produktion.

Wichtig ist: BayProTier ist keine „Feuerwehrmaßnahme“, die kurzfristig etwas behebt, an dem die Gesellschaft sich vorübergehend stört. Sondern es ist ein langfristig angelegtes Programm für diejenigen Betriebe, die ihre Zukunft in der Nutztierhaltung sehen und bereit sind, mehr Raum für Tierwohl zu schaffen. Aber es sind alle Marktteilnehmer gefordert, ihren Teil dafür zu leisten, so auch der Lebensmitteleinzelhandel. Am Ende müssen die Konsumierenden mitmachen und mehr Tierwohl an der Ladentheke honorieren. Reine Lippenbekenntnisse, dass einem das Wohl der Tiere am Herzen liege, reichen nicht aus: Heimisches Fleisch aus Tierwohlställen muss schlussendlich auch gekauft werden. ■

SERVICE:

Weitere Informationen unter:
www.stmelf.bayern.de/agrarpolitik/foerderung/302685/index.php



KONTAKT:

Josef Schöfbeck
 Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
josef.schoefbeck@stmelf.bayern.de
www.stmelf.bayern.de

Damit viele beim Tierwohl mitziehen

Der Umbau der Nutztierhaltung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Bereitschaft der Landwirte, diesen Weg mitzugehen, ist vorhanden. Aber die Kosten können sie nicht allein stemmen. Das „Bayerische Programm Tierwohl“ will sie unterstützen. [VON JOSEF SCHÖFBECK]

Ein Ziel des Strategieplans zur Gemeinsamen Agrarpolitik ist die Verbesserung der Art und Weise, wie die Landwirtschaft gesellschaftlichen Erwartungen gerecht wird. Dieses Ziel ist auch im Bereich der Nutztierhaltung von großer Bedeutung. Die Gesellschaft erwartet Tierwohlställe mit Einstreu, Auslaufmöglichkeit oder Weidehaltung. Aber nur wenige sind bereit, sich an der Ladentheke an den damit verbundenen Mehrkosten zu beteiligen. Aufgrund der aktuell hohen Inflation wird sich dieses Kaufverhalten voraussichtlich noch verstärken. Landwirtschaftliche Betriebe stehen in Folge daher unter großem Entscheidungsdruck, wie sie ihre Betriebe weiterentwickeln sollen. Auch wenn sie bereit sind, sich für mehr Tierwohl einzusetzen, können sie die Kosten dafür nicht allein tragen. Diese sind enorm: Laut einer Schätzung des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung, der sogenannten Bor-

chert-Kommission, belaufen sich die Kosten für den Umbau der Tierhaltung in Deutschland auf etwa vier Milliarden Euro pro Jahr.

Die Rolle der Förderung

Über die Agrarförderung sollen Anreize gesetzt und Kosten mitgetragen werden. Bayern bezuschusst deshalb einzelbetriebliche Investitionen in Tierwohlställe mit bis zu 40 Prozent der Investitionssumme. Zudem unterstützt das Bayerische Programm Tierwohl (BayProTier): Es gleicht Landwirten laufende Kosten für mehr Tierwohl wie Mehrarbeit oder Einstreu aus. BayProTier wurde 2022 für Ferkelerzeuger eingeführt, zukünftig ist es mit Tierwohl-Maßnahmen im GAP-Strategieplan verankert. Wesentliche Vorgaben sind beispielsweise mehr Platz für die Tiere, mit Stroh eingestreute Liegeflächen oder die Möglichkeit des Auslaufs ins Freie. Es kann zwischen einer niederschweligen Komfortstufe und einer höherschwelligen

Für alle von Bedeutung

Um Gelder aus der EU-Agrarförderung zu bekommen, müssen Landbewirtschaftende ab 2023 die sogenannte erweiterte Konditionalität einhalten. Dazu gehören acht Standards für die Bewirtschaftung, die gesellschaftliche Ansprüche an Natur-, Umwelt-, Klima- und Landschaftsschutz bedienen sollen. [VON ANJA RATH]

Die EU-Agrarzahlungen sind an im internationalen Vergleich hohe Auflagen gebunden. 2005 wurde das sogenannte Cross-Compliance eingeführt, es enthielt Standards zum „guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen“ (GLÖZ) und Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB). Beides wird ab 2023 als „erweiterte Konditionalität“ zusammengefasst – inhaltlich hat sich einiges verändert.

Von den ehemals sieben GLÖZ gelten drei in verschärfter Form weiterhin; vier haben Platz für sechs neue gemacht, beispielsweise dem Schutz von Feuchtgebieten und Torfflächen (siehe Grafik). Der nostalgisch anmutende GLÖZ 3 „Verbot des Abrennens von Stoppelfeldern“ spielt in Deutschland seit Langem keine Rolle mehr. Dass die Technik nun in der gesamten EU geächtet wird, veranschaulicht, wie unterschiedlich Landwirtschaft in Europa betrieben wird und auch, dass sich die gesellschaftlichen Anforderungen an sie permanent ändern. Zu einigen Standards gibt es Ausnahmeregelungen, beispielsweise müssen Betriebe mit weniger als zehn Hektar Ackerfläche weder eine Fruchtfolge einhalten noch nicht-produktive Flächen bereitstellen.

Was heißt das nun praktisch?

Am 30. September wurde der finale GAP-Strategieplan bei der EU-Kommission eingereicht; genehmigt wurde er am 21. November. Wir haben zwischen Ende September und Ende Oktober mit Verantwortlichen in Betrieben gesprochen, beispielsweise bei der GGAB Agrarbetrieb Groß Grenz GmbH in Mecklenburg-Vorpommern. Ihr Standbein sind rund 450 Milchkühe. Das Futter stammt aus dem eigenen Anbau. Insgesamt bewirtschaftet der Betrieb rund 1 200 Hektar Ackerfläche, hinzu kommen 350 Hektar Grünland. Dr. Kathrin Naumann ist die Geschäftsführerin. „Wir haben bislang keinen für eine Planung ausreichenden Überblick zu den GLÖZ, weil vieles noch nicht feststeht“, sagt sie Anfang Oktober. Naumann engagiert sich als stellvertretende Vorsitzende beim Kreisbauernverband Bützow und informiert sich selbst über die Entwicklungen. „Für unseren Betrieb sind die Agrarzahlungen ein substanzieller Beitrag zum Einkommen.“ Einige Vorgaben sind für sie unproblematisch. So hatte Mecklenburg-

Vorpommern den Erhalt von Dauergrünland bereits gesetzlich geregelt. Pufferstreifen an Gewässern sind für sie gang und gäbe. Einige davon nutzte der Betrieb, um die in der aktuellen Förderperiode geforderten fünf Prozent „Ökologische Vorrangflächen“ auf Äckern zu stellen. Mit GLÖZ 4 werden sie zur Vorgabe. Und könnten damit vermutlich nicht zur Erfüllung der vier Prozent nicht-produktive Flächen dienen: „Ob wir sie für GLÖZ 8 anwenden können, ist noch nicht klar.“ Der Standard wurde für 2023 ausgesetzt, ab 2024 gilt er und wird alle Betriebe beschäftigen. „Wir haben viele Puffer- und Feldrandstreifen.

Aber die werden nicht reichen und wir müssen Ackerfläche stilllegen – da sehe ich uns klar benachteiligt“, sagt Naumann. Den Grundgedanken „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ findet sie richtig. „Aber wir erfüllen in Deutschland schon hohe Standards. In Zukunft müssen wir noch mehr Fläche für öffentliche Leistungen bereitstellen und erhalten dafür weniger Geld.“ Damit sei ein politisches Versprechen nicht eingelöst worden. Ähnlich äußert sie sich zur erosionsmindernden Bodenbearbeitung, für die es bereits einen Standard gab. Dafür sollen neue Kulissen definiert werden. „Das ist sinn-

GLÖZ hat gute Gründe



GLÖZ 1: Dauergrünland muss erhalten werden → damit es weiter einen Anteil davon in der Landschaft gibt, denn es ist wichtig für Böden, Grundwasser und biologische Vielfalt



GLÖZ 2: Mindestschutz von Feuchtgebieten und Mooren → damit weniger CO₂ entweicht



GLÖZ 3: keine Ackerstoppeln abbrennen → Schutz der organischen Substanz im Boden



GLÖZ 4: Pufferstreifen an Gewässern → damit weniger Pflanzenschutz- und Düngemittel hineingelangen



GLÖZ 5: Boden erosionsmindernd bearbeiten → weniger Boden wird durch Wind und Wasser abgetragen



GLÖZ 6: Grüne Bodenbedeckung im Winter → weniger Nährstoffe werden aus dem Boden ausgewaschen



GLÖZ 7: Fruchtwechsel → weniger Monokulturen, mehr Vielfalt und Bodenfruchtbarkeit



GLÖZ 8: mindestens 4 Prozent nicht-produktive Flächen → Rückzug für Wildpflanzen und Wildtiere



GLÖZ 9: Dauergrünland in Naturschutzgebieten erhalten → Schutz besonders wertvoller Natur-Lebensräume

voll. Wir haben zunehmend Starkregenereignisse.“ Aber sie befürchtet, dass die zusätzlichen Leistungen, um die Auflagen zu erfüllen, nicht vergütet werden. „Das ist nicht richtig. Starkregen und Winderosion sind Auswirkungen des Klimawandels, das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem.“ Vor besondere Herausforderungen stellt den Betrieb die Vorgabe, Ackerfläche im Winter zu begrünen (GLÖZ 6), denn er liegt im Trinkwassereinzugsgebiet – der Einsatz von chemischem Pflanzenschutz ist deshalb eingeschränkt. „Wir pflügen bislang reihum im Winter etwa 30 Prozent unserer Fläche, um das Unkraut zu unterdrücken. Wenn wir das nicht mehr dürfen, werden wir mit mehr Herbiziden arbeiten müssen.“ Für 2023 gilt GLÖZ 6 erst einmal nur für 80 Prozent der Flächen. „Das halte ich für sinnvoll und hoffe, es bleibt so.“

Öko-Betriebe – die Verlierer der GAP-Reform?

Die Winterbegrünung treibt auch Andreas Bulligk, den Vorsitzenden der Agrargenossenschaft Radensdorf in Brandenburg, um. Sie bewirtschaftet über 4 000 Hektar im ökologischen Landbau, 2 800 Hektar davon sind Äcker. „Wir haben schlechte Böden hier, sie sind nur etwas besser als die unter den Kiefernwäldern ringsum“, sagt Bulligk. Im Ökolandbau, der keinen synthetischen Pflanzenschutz anwenden darf, ist eine Technik üblich: Nach der Ernte der Hauptfrucht wird die Pflanznarbe aufgebrochen, die Samen im Boden keimen. Man bearbeitet die Fläche nochmals, um diesen Wildwuchs vor der nächsten Aussaat zu unterdrücken. Dieser sogenannte Stoppelsturz ist kommendes Jahr nur noch auf 20 Prozent der Ackerfläche erlaubt. „Das verstehe ich nicht – nur so können wir unser Unkraut regulieren“, so Bulligk.

Flächen, die über fünf Jahre nicht umgebrochen werden, erhielten bislang den Status Dauergrünland – GLÖZ 1 schreibt vor, es zu erhalten. Die Agrargenossenschaft hat rund 1 400 Hektar. „Das ist nichts Neues für uns. Und die Problematik auch nicht: Wir haben rund 600 Hektar Ackergras, das wir gerne verfüttert haben und erhalten hätten, umgebrochen, damit es formal kein Grünland wird.“ Der Erhalt des Ackerstatus ist seit Jahren ein Streitthema zwischen Praxis und Politik. Dauergrünland, das ab 2021 entstanden ist, soll nun künftig ohne Genehmigung umgebrochen werden dürfen, Landwirte müssen laut GAP-Strategieplan die Behörden nur noch informieren. „Die Untere Naturschutzbehörde kann dann aber noch ein Umbruchverbot aussprechen.“ Bulligk informiert sich über den Bauernverband und Newsletter über Neuregelungen; er hat sich bei der Ausarbeitung der Agrarreform eingebracht und am Dialog mit dem zuständigen Ministerium beteiligt. „Die bestehenden Öko-Betriebe sind die Verlierer“, sagt er. Die Ökoprämie

habe sich seit 2014 kaum erhöht. Es gebe zwar für zwei Jahre eine Umstellungsprämie von 100 Euro je Hektar – aber konventionelle Betriebe könnten mit einigen der einjährigen Öko-Regelungen ähnlich hohe Summen generieren. „Die Leistungen, die die Öko-Regelungen verlangen, erbringen die Ökobetriebe bereits. Beantragen wir aber die Öko-Regelungen, werden uns die Gelder von der Ökoprämie abgezogen.“ Der Betrieb sei von der Agrarförderung abhängig. Preisanstiege bei Nahrungsmitteln gebe der Handel nicht an Landwirte weiter, sagt Bulligk. „Wenn die Direktzahlungen, die Ökoprämie und die Ausgleichszulage nicht kommen, können wir zumachen.“ Dass bis jetzt – Oktober 2022 – der Rahmen dafür noch nicht endgültig feststeht, ist für ihn sehr unbefriedigend. „Wir sind schon in unserer Herbstbestellung – wie soll man da planen?“

Die Agrargenossenschaft wirtschaftet auf nassen Flächen und Niedermoor – dort wird

GLÖZ 2, der Mindestschutz von Feuchtgebieten und Mooren, greifen. Der Betrieb ist offen für mehr, beispielweise eine moorschonende Stauhaltung. Durch beides werden die Erträge geringer. „Mein Futter wird energetisch minderwertiger – damit kann ich meine Milchkühe nicht mehr genügend versorgen“, so Bulligk. Robustkühe, die damit klarkommen, produzieren weniger Milch. „Wir beschäftigen etwa 50 Arbeitskräfte, das Verhältnis der Löhne und anderen Kosten zu den Milcherträgen muss stimmen.“

Agrarförderung wird unattraktiv

In Ostfriesland bewirtschaftet Manfred Tannen etwa 140 Hektar küstennah gelegenes Grünland; auf zehn Hektar baut er Futter für seine rund 200 Milchkühe an. „Unsere Futtergrundlage Nummer eins ist das Dauergrünland“, sagt Tannen. „Um die notwendige Qualität zu erreichen, wirtschaften wir intensiv.“ Sorgen bereitet ihm deshalb GLÖZ 4, die Schaffung von drei Meter breiten Pufferstreifen



„Um die notwendige Qualität zu erreichen, wirtschaften wir intensiv. Sorgen bereitet mir deshalb GLÖZ 4.“
Manfred Tannen



*„Es wäre schlimm, wenn wir die Äcker im Winter begrünen müssen. Unsere Böden brauchen die Wintergare, dass der Frost reinkommt. Wir arbeiten im Mittelgebirge, andere Betriebe haben ganz andere Voraussetzungen.“
Simone Hartmann*

fen entlang von Wasserläufen, die nicht gedüngt werden dürfen: Seine Flächen sind von kleinen Wasserläufen durchzogen, auf etwa acht Prozent müsste er mit Ertragseinbußen rechnen. „Dann lohnt sich die Agrarförderung für uns voraussichtlich nicht mehr.“ Er schätzt, dass die Zahlungen bislang etwas weniger als die Hälfte seines Betriebseinkommens ausmachten. „Wir sind den Marktschwankungen unterlegen. Ein Cent beim Milchpreis macht 20 000 Euro im Jahr aus – da variiert die Bedeutung der Agrarförderung. Aber sie war der Bestandteil, mit dem ich sicher kalkulieren konnte.“

Mit dem sogenannten Niedersächsischen Weg hatten Landespolitik, Umweltverbände und Landwirtschaft sich zum Gewässerschutz

verständigt, auf Kompensationszahlungen geeinigt und für Gemeinden, in denen Pufferzonen drei Prozent und mehr Fläche in Anspruch nehmen würden, Ausnahmegebietskulissen für die Futterbauflächen festgelegt. Diese Regelungen kollidieren nun mit GLÖZ 4. „Wir haben politische Gespräche geführt, ringen aber noch um Lösungen“, sagt Tannen, der sich als Vize-Präsident des Landvolks Niedersachsen in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe des Deutschen Bauernverbands engagiert. Er hofft, dass sich die Agrarförderung verändert. „Betriebsindividuelle Kostenberechnungen der GLÖZ-Auflagen werden darüber entscheiden, ob ein Landwirt einen Antrag stellt oder nicht. Das ist eine Riesenherausforderung für die Landwirte, aber auch für die Berater, weil sie die

Standards und deren einzelbetriebliche Wirkung erst einmal verstehen müssen.“ Die Kosten gelte es mit den Erzeugerpreisen und bodengebundenen Deckungsbeiträgen abzustimmen. Genauso die Prämien der Öko-Regelungen oder Agrarumweltmaßnahmen. Er bedauert, dass es bislang keine Öko-Regelung für intensive Grünlandbetriebe gibt. „Wir haben einen Klimaschutzbonus mit der Möglichkeit einzelne Flächen zu extensivieren vorgeschlagen.“ Die GAP rege dazu an, über Naturschutzaspekte nachzudenken, sagt Tannen. „Das ist positiv, weil es erhebliche Diskussionen im Berufsstand ausgelöst hat. Aus ökonomischen Gründen werden vermutlich aber eher Betriebe auf Niedrig-ertragsstandorten Agrarumweltmaßnahmen in Betracht ziehen.“

Weniger Agrarnaturschutz in der Börde

In der Zülpicher Börde in Nordrhein-Westfalen führt Heinrich Esser einen Familienbetrieb mit 150 Hektar, darauf baut er insbesondere Kartoffeln, Freiland-Erdbeeren und Spargel an. Auf 15 Hektar hat er bislang Vertragsnaturschutzmaßnahmen durchgeführt. Wenn GLÖZ 8, vier Prozent nicht-produktive Flächen, eingeführt wird, könnte sich das ändern. „Ich werde dafür Flächen nutzen, die zuvor im Vertragsnaturschutz waren“, sagt Esser. „Wenn ich das Feld sich selbst überlasse, wachsen dort in der Regel nur Gras und Unkräuter. Bisher haben wir Blühmischungen eingesät oder Lerchenfenster in Roggen angelegt.“ Für Maßnahmen hat er insbesondere Flächen, die nicht so produktiv waren, genutzt, „oder kleine, die besonders wertvoll für den Naturschutz sind, sie reichen für Hasen und Vögel“. Derartige Fördermaßnahmen werden weiter angeboten – aber erst, wenn GLÖZ 8 erfüllt ist. „Wenn die Stilllegung kommt, ist das für die Artenvielfalt kein Gewinn. In der Zülpicher Börde ist die Biostation sehr aktiv, und viele Landwirte haben Vertragsnaturschutz gemacht – die Stilllegungsverpflichtung ist wie ein Tritt vors Schienbein.“ Esser informiert sich selbst über Fördermaßnahmen, bei Fragen zu Agrarumweltmaßnahmen ruft er seinen Biodiversitätsberater bei der Landwirtschaftskammer an. „Die Anträge werden nicht weniger, außerdem komplizierter. Es hilft, wenn jemand darauf guckt.“ Besonders attraktiv war für ihn bislang die Naturschutzförderung. „Die reinen Flächenprämien sind finanziell für mich am unwichtigsten, wenn es nur um sie ginge, würde ich überlegen, ob ich überhaupt einen Antrag stelle.“

Schablone zu grob?

Bei der TZG Ernstroda machen Gelder aus der Agrarförderung etwa die Hälfte des Einkommens aus. Die GmbH kennt sich mit Landwirtschaft unter erschwerten Bedingungen aus: Sie bewirtschaftet im Vorland des Thüringer Waldes etwa 1 750 Hektar Grünland,

1 250 Hektar Acker, etwa 90 Prozent davon im sogenannten benachteiligten Gebiet. „Wir halten rund 1 900 Rinder, haben eine eigene Schlachtung und vermarkten selbst“, sagt Simone Hartmann, die Geschäftsführerin. Da die Bodenqualität unter dem Grünland so schlecht sei, macht ihr das Erhaltungsgebot keine Probleme. „Die Standorte lassen sich gar nicht anders nutzen.“ Etwa 500 Hektar können aufgrund des Gefälles ausschließlich beweidet werden. Für andere gelten saisonale Pflugverbote als Erosionsschutz, einen GLÖZ-Standard dazu gibt es bereits. „Darauf haben wir umgestellt. Aber ganz ohne Pflug geht es auf vielen Flächen nicht, weil die Böden zu schwer sind.“

Die meisten Erträge erwirtschaftet sie mit den Ackerflächen. „Es wäre schlimm, wenn wir sie im Winter begrünen müssen. Unsere Böden brauchen die Wintergare, dass der Frost reinkommt. Wir arbeiten im Mittelgebir-

ge, andere Betriebe haben ganz andere Voraussetzungen.“ Sie kann nicht nachvollziehen, was die EU mit diesem GLÖZ 6 bezweckt und dass man nicht differenziert. Sie hofft, dass gemulchte Maisstoppeln als Begrünung zählen. Auch bei GLÖZ 7, dem Fruchtwechsel, sieht sie Verbesserungsbedarf. „Wir haben eine Folge mit sieben Früchten, darunter auch einmalig Weizen auf Weizen. Alternative Getreide wie Dinkel oder Hafer lassen sich schlechter verkaufen.“ Als Betrieb in einem benachteiligten Gebiet, der deutlich weniger produziert als jene in der Ackerebene, müsse sie sich am Markt orientieren. Die Prämie für die Lage im benachteiligten Gebiet, die Ausgleichszahlung, gleicht die Differenz nicht aus. Deshalb setzt Hartmann auch auf einkommensergänzende Maßnahmen wie die Öko-Regelungen und Agrarumweltmaßnahmen. „Unser Betrieb wird aufgrund der Größe und des hohen Grünlandanteils mit jeder Förderperiode abhängiger von den Förder-

mitteln. Wir müssen sie so gut wie möglich kombinieren, damit der Betrieb überlebensfähig ist.“ Das extensive Grünland werde durch die kommende GAP-Reform gut gefördert, urteilt sie. „Problematisch finde ich, dass jeder Mitgliedstaat Regeln macht, die den Wettbewerb verzerren – die deutschen Öko-Regelungen werden voraussichtlich aufwendiger sein als die anderer Länder.“

Weniger Einkommen

Stephan Bissinger geht davon aus, dass er auf seinem Betrieb in Bayern wenig ändern muss. Auf etwa 85 Hektar baut er insbesondere Kartoffeln und Zuckerrüben sowie Gemüse für die industrielle Verarbeitung an. „In Bayern sind die Pufferzonen seit dem Volksbegehren für Artenvielfalt vor drei Jahren bereits Thema“, sagt Bissinger. „Wir haben als Demo-Betrieb einige angelegt.“ Für diese Maßnahmen hat der Betrieb bislang Fördergelder erhalten. „Momentan rechnen die zuständigen Stellen, ob das in Zukunft möglich ist.“ Zu GLÖZ 6, der Winterbegrünung, seien noch Ausnahmeregelungen in Arbeit. „So wie es aussieht, könnten wir klarkommen.“ Der Betrieb arbeitet mit einer vielfältigen Fruchtfolge, ebenso mit nicht-produktiven Flächen: „Wir wirtschaften mit Precision-Farming-Technik und kennen die Bereiche, wo sowieso nichts wächst. Die haben wir teilweise mit, teilweise ohne Förderung aus der Produktion genommen.“ Die Maßnahmen, die er bereits umsetzt, möchte er fortführen und wird dabei zwischen mehrjährigen Agrarumweltmaßnahmen und einjährigen Öko-Regelungen abwägen. „Die spannende Frage ist, was zukünftig noch gefördert wird. Ich fürchte, dass unter dem Strich weniger bleibt.“ Bissinger informiert sich über Fachzeitschriften, vor Kurzem war er bei einer Info-Veranstaltung des Bauernverbands. „Es sickert erst nach und nach durch, was ‚Winterbegrünung‘ im Detail bedeutet. Oder ‚vielfältige Fruchtfolge‘: Da könnte sich für uns etwas ändern. Wir hatten dieses Jahr Soja im Anbau, weil es dazu eine einjährige Agrarumweltmaßnahme gab. Ich habe für derartige Versuche immer Flächen zur Verfügung.“ Gibt es sinnvolle Kombinationsmöglichkeiten, will er sie nutzen. Aber die Infos kämen zu spät, sagt er und hofft, dass es bald Planungssicherheit gibt. „Ich bin pragmatisch – wir müssen gucken, wie wir aus dem politischen Rahmen, den wir haben, das Beste machen.“ ■

„Die spannende Frage ist, was zukünftig noch gefördert wird. Ich fürchte, dass unter dem Strich weniger bleibt.“
Stephan Bissinger



KONTAKT:

Anja Rath, DVS
Telefon: 0228 6845-3461
landinform@ble.de



Anspruchsvoller Bausatz für die Agrarumwelt

Landwirte, die sich für die Natur und für Puzzle begeistern, sind zukünftig im Vorteil: Das neue Förderangebot mit einjährigen Öko-Regelungen und mehrjährigen Bewirtschaftungsverpflichtungen ist komplex. [VON ANJA RATH]

Wer verzichtet zugunsten des Gemeinwohls darauf, etwas zu nutzen, mit dem sich Geld verdienen lässt? Von Landwirten fordert das die Gesellschaft, wenn sie sich ein Weniger an Produktion und ein Mehr an Umwelt- und Naturschutz wünscht. Deshalb will die Förderpolitik mit finanziellen Angeboten dazu motivieren, die erwünschten Zusatzleistungen zu erbringen.

Verwirrend viele Interventionen

Die meisten Länder bieten dazu seit Jahren Agrarumweltmaßnahmen an; dabei verpflichten sich Landwirte, für fünf oder mehr Jahre Bewirtschaftungsauflagen einzuhalten. Ganz neu in der Agrarförderung und bundesweit einheitlich sind ab 2023 sieben Öko-Regelungen (ÖR). Sie sind freiwillig und gelten für ein Jahr. Die Agrarumweltmaßnahmen und ÖR ähneln sich. Teilweise schließen sie sich aus. Oder sie können kombiniert werden, teilwei-

se gibt es dann Abzüge. Die Komplexität entsteht dadurch, dass die Mittel aus verschiedenen Quellen stammen: Es darf keine Doppelförderung geben. Wie EU- sowie Bund- und Länder-Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) zusammenpassen, schlüsseln mit dem Thema Extensivierung betraute Referate in Bund und Ländern in der sogenannten Kombinationstabelle auf. Das System wird nicht übersichtlicher dadurch, dass die Maßnahmen im GAP-Strategieplan andere Bezeichnungen und Codes haben als in den Informationen, die die Länder zu ihren Förderangeboten veröffentlichen. Auch nutzen nicht alle Länder alle Maßnahmen, die möglich wären und stattdessen die, die sie anbieten, finanziell unterschiedlich aus. Die gute Nachricht: All das müssen diejenigen, die Anträge stellen wollen, nicht wissen – für sie ist wichtig, was auf ihrem Betrieb möglich ist. Das bereiten die Länder auf, zum Beispiel Niedersachsen, in einem Merkblatt, das mehr als 160 einzel-

ne Elemente enthält. Die Fassung vom August 2022 ist über 40 Seiten lang und erklärt detailliert, welche Maßnahmen es gibt und womit sie kombiniert werden können.

Was könnte gehen?

Mit den einjährigen ÖR will die Politik mehr Flächen für Klima-, Umwelt- und Naturschutz gewinnen. Beispielsweise mit der extensiven Bewirtschaftung von Dauergrünland: Weniger Vieh und Dünger bedeuten weniger Emissionen, mehr Humus und Biodiversität. Extensiviert ein Betrieb sein gesamtes Dauergrünland, so kann er ÖR 4 beantragen: Er muss Vieh halten, dessen Anzahl begrenzt ist; Wie viel maximal gedüngt werden darf, wird vorgegeben und Pflanzenschutzmittel einzusetzen, ist untersagt. Dafür wird 2023 eine bundesweit einheitliche Prämie von 115 Euro je Hektar gezahlt. Zusätzlich kann ein konventioneller Betrieb, der in Niedersachsen für fünf Jahre Hänge beweidet und diese nur noch begrenzt organisch düngt, 504 Euro je

Hektar und Jahr beantragen. Verzichtet er ganz aufs Düngen, ist ein Zuschlag von 85 Euro möglich, nutzt er die Fläche erst ab Mitte Juli, könnte er weitere 263 Euro erhalten. Auch für „Altgrasstreifen“, die er bis Ende Juli nicht mäht, erhält er einen Zuschlag (91 Euro) – alternativ kann er sich für die gleichnamige einjährige Öko-Regelung entscheiden, für die es eine höhere Förderung, aber auch weitere Auflagen gibt. Es sind zusätzliche Kombinationen möglich, beispielsweise mit der ÖR 5, für die er beim Nachweis von vier regionalen Pflanzenarten 240 Euro je Hektar erhält. Oder mit den Agrarumweltmaßnahmen, bei denen sechs (351 Euro) oder acht derartige Kennarten (459 Euro) gefordert sind – die ÖR-5-Prämie erhält er dann allerdings nicht. Das sind finanzielle Anreize, aber es stellt sich die Frage, wer den Überblick behält. Viele Länder bieten deshalb Beratung an.

Beantragen oder nicht beantragen?

„Auf uns kommt eine große Aufgabe zu: Das System ist sehr komplex, das müssen wir erst einmal selbst verstehen“, sagt Ruth Beverborg, die bei der Landwirtschaftskammer Niedersachsen die Beratung koordiniert. Agrarumweltmaßnahmen werden jeweils mit deutlichem Vorlauf beantragt, in Niedersachsen beispielsweise im Mai 2022 für Bewirtschaftungsverpflichtungen ab Januar 2023. Im Frühjahr 2022 war der GAP-Strategieplan noch ein vorläufiger Entwurf – also keine solide Grundlage für eine mehrjährige Flächenplanung. Trotzdem veröffentlichte die Landwirtschaftszeitschrift „top agrar“ im Oktober einen Online-Beitrag, dass in Niedersachsen Maßnahmen zur Förderung der Agrarumwelt überzeichnet seien. „Bisher hat etwa jeder zweite Betrieb in Niedersachsen mehrjährige Maßnahmen umgesetzt“, sagt Dr. Gert Kracke, der Landwirte im Kreis Verden berät, „weil es zusätzliches Einkommen gebracht hat und die Förderung den mit den Maßnahmen verbundenen Aufwand gedeckt hat.“ Er erwartet eine Veränderung: „Voraussichtlich werden weniger Betriebe Agrarumweltmaßnahmen nutzen, weil der Anbau für den Markt sich mehr lohnt“, so der Berater.

Vieles ist möglich

Caroline Kowol ist im landesweit agierenden Biodiversitätsteam der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen aktiv und berät Betriebe individuell zu ÖR, Agrarumweltmaßnahmen & Co. „Für Betriebe und Beratung war es ein Jahr mit vielen offenen Fragen, Planungen ohne Sicherheit und dem Anspruch, nichts zu verpassen. Die neuen Vorgaben verunsicherten, verwirrten, motivierten aber auch. Bei uns in NRW interessierten sich viele Betriebe für die neuen Agrarumweltmaßnahmen“, so Kowol. Viele hätten im Frühjahr vorsorglich Anträge gestellt, um sich bei der konkreten Anbauplanung im Herbst möglichst breit aufstellen zu können.

Weiteres Beispiel aus dem niedersächsischen Agrarumwelt-Baukasten



Im Zuge des Kriegs in der Ukraine und seiner Folgen wurden für 2023 Flächen teilweise für die Produktion freigegeben, die eigentlich dazu dienen sollten, die Fördervoraussetzung der Betriebe zu sichern – der sogenannte GLÖZ-8-Standard, der einen Mindestanteil von vier Prozent nicht-produktiver Flächen vorgibt. „Wenn Betriebe die Freigabe nutzen, können sie von der Öko-Regelung 1a ‚Blühflächen auf Acker‘ erst einmal keinen Gebrauch machen, denn sie ist daran gekoppelt, dass die ursprünglich vorgesehenen GLÖZ-Vorgaben erfüllt sind“, erklärt Kowol. Für nicht-produktive Ackerflächen, die über die vier Prozent hinausgehen, können Betriebe mit ÖR 1a eine Vergütung bekommen. Aus Beratungssicht bietet diese Maßnahme einige Vorteile: „Sie lässt sich flexibel auf den Betriebsflächen umsetzen. Die Prämien werden gestaffelt nach der bewirtschafteten Ackerfläche berechnet. Die Betriebe können wählen, ob sie aktiv begrünen oder die Fläche sich selbst überlassen.“ Einen besonderen Vorteil sieht Kowol in der Einjährigkeit der Maßnahme: „In der Öko-Regelung 1a steckt das Potenzial, dass sich mehr Betriebe an die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen herantrauen. Neueinsteiger können einfach mal ausprobieren, ohne eine langjährige Verpflichtung einzugehen.“

Die Blühflächen der Agrarumweltmaßnahmen werden in Nordrhein-Westfalen verbindlich für fünf Jahre angelegt und spezielle Mischungen eingesät. Bislang gab es „Blüh-

und Schonstreifen“. Die Nachfolge-Maßnahme ist die sogenannte Buntbrache. „Zum jetzigen Zeitpunkt steht fest, dass Buntbrachen weder mit Öko-Regelungen noch dem GLÖZ-Standard 8 kombinierbar sind. Dennoch konnten sich viele Betriebe vorstellen, mit der Buntbrache Flächen aus der Produktion zu nehmen“, so Kowol. Derartig langfristig aus der Produktion genommene Bereiche böten für viele Arten in der Feldflur wichtige Nahrungs- und Rückzugsräume.

Naturschutzfachlich seien sowohl ÖR als auch Buntbrachen interessant, sagt Kowol. Eine Etablierung nebeneinander in der Feldflur werde in den kommenden Jahren das Landschaftsbild prägen. „Jeder Betrieb ist individuell und wird somit auch bei allen Programmen entscheiden, was am besten zu ihm passt.“ ■



KONTAKT:

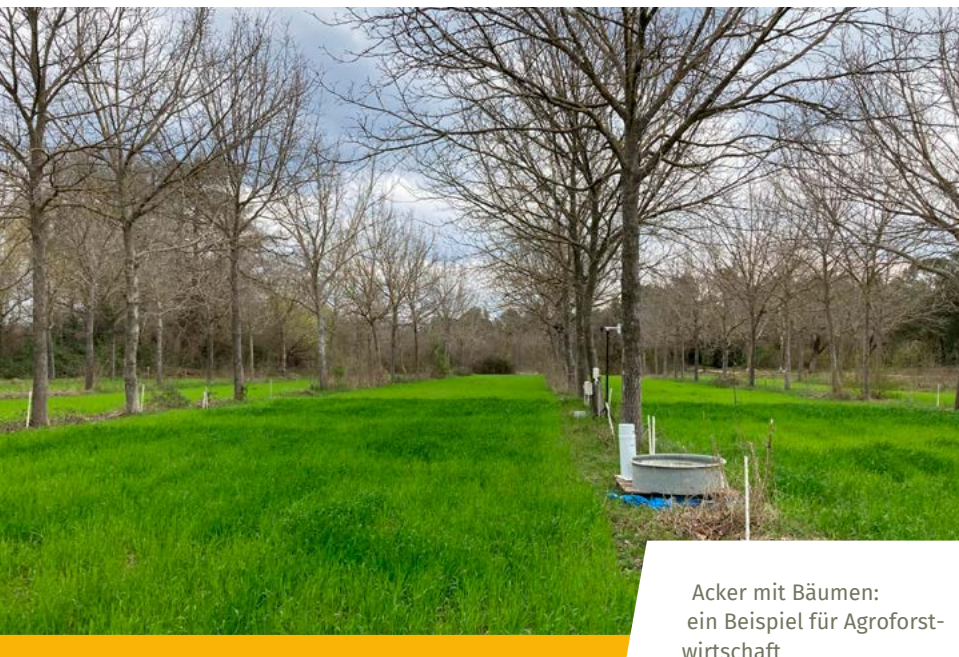
Dr. Jan Freese, DVS
Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de

Caroline Kowol
Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
Telefon: 02421 5923-65
caroline.kowol@lwk.nrw.de
www.landwirtschaftskammer.de

Agroforstwirtschaft kommt nach Deutschland

In Deutschland hat die Agroforstwirtschaft großes Potenzial. Ab 2023 wird sie erstmals gefördert. Was kann sie bewirken und welche Erwartungen sind mit der Förderung verbunden?

[VON RICO HÜBNER]



Acker mit Bäumen:
ein Beispiel für Agroforstwirtschaft

Ein Vorreiter in der Agroforstwirtschaft in Europa ist Frankreich. Dort ist der Anbau von Gehölzen auf landwirtschaftlichen Flächen seit 2012 ein Kernelement der agrarpolitischen Initiative, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Leistungen kombiniert. Die ersten Agroforstsysteme legte vor etwa 35 Jahren das Agrarforschungsinstitut INRAE auf der Domaine de Restinclières bei Montpellier an. Seitdem wurden verschiedene Systemlösungen erprobt und weiterentwickelt.

Was Agroforstwirtschaft bewirken kann

Ein Zwischenfazit: Nussbäume auf Getreidefeldern helfen, den Ackerbau an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen. Für die ersten Bäume in Restinclières steht in wenigen Jahren die Ernte des wertvollen Holzes an. Im Weinbau tragen Gehölze dazu bei, Folgen von Hitzewellen abzufedern. Auch die Beeinträchtigung durch Spätfröste wurde reduziert. Dadurch, dass sich natürliche Fressfeinde von Schädlingen in und an den Bäu-

men ansiedeln, zeigen sich positive agrarökologische Effekte. In der Tierhaltung ermöglicht die Anlage von Futterhecken eine bessere Grünfütterverwertung der Rinder. Die Milchqualität der in Agroforstsystemen weidenden Kühe konnte gesteigert, ihr Wohlbefinden vergrößert werden. In der sommerlichen Hitze suchen Rinder den Schatten der Gehölze auf, durch die Aufnahme von Blättern und Rinde verbessern sie ihren Mineralstoffhaushalt.

EU-Förderung seit 2005 möglich

Grundlage für die frühe Umsetzung der Agroforstwirtschaft bei unseren europäischen Nachbarn war die Verordnung zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2005. Sie ermöglichte, Agroforstwirtschaft finanziell zu unterstützen. Deutschland machte davon keinen Gebrauch. Lediglich sogenannte Kurzumtriebsplantagen (KUP) wurden gefördert. Dabei waren Flächengrößen, Umtriebszeit und Baumarten vorgegeben. Landwirtschaftliche Flächen mit anders gestalteten Gehölz-

streifen verloren den Anspruch auf Direktzahlungen und die Öko-Prämie wurde gekürzt. Das blieb trotz der ELER-Verordnung 2013 für die Förderperiode 2014 bis 2020 so, die Mitgliedstaaten große Gestaltungsspielräume einräumte und die Förderfähigkeit garantierte.

Ab 1. Januar 2023 soll sich das in Deutschland ändern: Laut Gesetz ist die Agroforstwirtschaft dann eine anerkannte landwirtschaftliche Praxis auf Ackerland, Dauergrünland oder in Dauerkulturen; für die Gehölzflächen erhalten die Betriebe weiterhin die Flächenprämie. Auch der Status als landwirtschaftliche Nutzfläche bleibt gewahrt. Die gepflanzten Gehölze laufen nicht Gefahr, als geschützte Landschaftselemente eingestuft zu werden, die nicht mehr genutzt werden dürfen.

Große Ziele

Über den Erhalt der Flächenprämie hinaus werden Agroforstsysteme gezielt gefördert, denn die Anbauform ist von nationalem Interesse für die Umwelt und den Klimaschutz in der Landwirtschaft. Im Rahmen der freiwilligen Öko-Regelungen können landwirtschaftliche Betriebe jährlich 60 Euro je Hektar erhalten – unter Einhaltung umfangreicher Auflagen und lediglich für den Anteil der Gehölze an der Fläche. Wesentlich bedeutsamer für den Ausbau ist daher die Investitionsförderung der Bundesländer durch den ELER, für Pflanzung und Pflege in den ersten Jahren. Die Förderung wird nicht in allen Bundesländern angeboten, obwohl sich der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) an der Finanzierung beteiligt.

Die Ziele sind hochgesteckt: Rund 200 000 Hektar neue Agroforstgehölze sollen in der kommenden Förderperiode in Deutschland entstehen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern dieses Ziel mit der angebotenen Förderung erreicht werden kann. ■

Foto: Rico Hübner



KONTAKT:

Dr. Rico Hübner
Deutscher Fachverband für
Agroforstwirtschaft (DeFAF) e. V.
Telefon: 0355 75213245
info@defaf.de
www.defaf.de

35 Euro pro Mutterschaf



Die Zahl der Schäfereien und der Schafe nimmt in Deutschland seit Jahren ab. Mit der „gekoppelten Einkommensstützung“ hofft die Politik, den Trend zu stoppen – und betrachtet sie auch als Instrument, um die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu gewährleisten. Burkhard Ernst, der in Hessen Schafe im Vollerwerb hält, ist sowohl skeptisch als auch optimistisch. [VON ANJA RATH]

Bis vor einigen Jahrzehnten war die Hüteschäferei ein Teil der produktiven Landwirtschaft. „Mit den Schafen wurden Wegränder abgehütet, Flächen mit Ernteresten oder Stoppeln und in Herbst und Winter die Sommerweiden der Rinder“, sagt Burkhard Ernst. „Die Schäfereien haben also keine Flächen für sich beansprucht.“ Im Jahr 2005 wurden die an Produktmengen gekoppelten Prämien abgeschafft, um Überproduktion zu vermeiden. Seitdem gibt es Flächenprämien – je Fläche ist eine Nutzung förderfähig, also entweder Ackerbau oder Grünland. Um Agrarprämien beziehen zu können, brauchten die Schäfereien Flächen. „Für die Schäfer blieben nur die Grenzertragsstandorte“, sagt Ernst, weil die anderen Flächen bereits genutzt wurden. Burkhard Ernst bewirtschaftet auf Gut Giesenhagen im Werra-Meißner-Kreis rund 160 Hektar Grünland, sein Schwerpunkt ist die Landschaftspflege.

Entweder Lämmer oder Landschaftspflege
Wiesen auf ertragsarmen Standorten sind oft reich an Pflanzen- und Insektenarten, ihre Beweidung ist relevant für den Naturschutz. Der Aufwuchs sei aber zu nährstoffarm, um trüchtige oder säugende Mutterschafe zu ernähren, sagt Ernst. Die meisten Schäfereien entschieden sich heute deshalb entweder

dafür, Lammfleisch zu produzieren und zuzufüttern – oder dagegen und betrieben nur noch Landschaftspflege. Wenn Schäfer ihre Tiere nicht mehr decken ließen, gelinge es ihnen, ihre Arbeitslast zu reduzieren. „Ein Schäfer im Vollerwerb arbeitet zwischen dreieinhalb- und fünftausend Stunden im Jahr. Die Lammzeit ist die arbeitsintensivste.“ Derartig beansprucht zu werden, sei für junge Menschen zunehmend unattraktiv. Vielen Schäfern mangelt es an Nachfolgenden.

Dazu käme, so Ernst, dass die Kosten das Einkommen seit Jahren überstiegen und viele Betriebe Investitionsrückstände hätten. In Hessen seien Vollerwerbsschäfer durchschnittlich 60 Jahren alt, viele hörten in den kommenden Jahren auf. Und es gebe nur noch wenige Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland. Die Zahl der Betriebe wird also voraussichtlich weiter abnehmen. Diese Entwicklung könne auch die zukünftige Mutterschafprämie nicht stoppen. „Die Prämie von 35 Euro deckt die Kosten pro Tier nicht ab. Ich kann jedem Schafhalter nur davon abraten, jetzt mehr Schafe zu halten“, so Ernst.

Betrieb umstellen

Trotzdem wird er die Schafhaltung aufrechterhalten, seine Schafzahl aber reduzieren. „Als wir den Betrieb 2010 als reinen Schäfe-

reibetrieb übernommen haben, hatten wir 800 Mutterschafe, momentan sind es noch 380.“ Anfangs habe der Umsatz zu 90 Prozent aus Flächensubventionen und zu zehn Prozent aus der Lämmervermarktung bestanden. Mittlerweile hat er als weitere Standbeine Wasserbüffel, Hühner im Mobil sowie saisonal Enten und Gänse eingeführt. „Je höher die Flächenprämie, desto mehr stellen sich extensive Grünlandbetriebe mit Weidetieren die Frage, ob sie die Tiere nur noch auf den Flächen Gras abfressen lassen. Deshalb ist es wichtig, dass jetzt eine gekoppelte Prämie eingeführt wird.“ Und dass es sie gibt, ist für ihn ein Meilenstein. Denn, spreche man über Subventionen, dann gehe es stets auch um Interessen und ihre Vertreter. „Wir Tierhalter nehmen sozusagen gerade den Ackerbauern Geld weg.“ Die Weidetierhalter hätten in der Landwirtschaft keine gute Lobby. „Wir können stolz darauf sein, dass es uns gelungen ist, die Mutterschafprämie zu erhalten.“ Der nächste Schritt sei, zu zeigen, dass sie noch nicht ausreiche. Dabei ist er optimistisch: „Man hört uns Schafhaltenden mehr zu und unsere Meinung gilt etwas. Das war vor fünf oder sechs Jahren ganz anders.“ ■



Von der Technisierung zur Markt- und Umweltkonformität

Aus dem bisherigen „Nationalen Stützungsprogramm“, das die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Weinbaus verbessern sollte, wurde im GAP-Strategieplan die „sektorbezogene Intervention Wein“. Sie soll den Weinbau am Markt sowie bei der Anpassung an den Klimawandel und beim Umweltschutz unterstützen.

Klaus Schneider ist der Präsident des Deutschen Weinbauverbands (DWV). www.deutscherweinbauverband.de

„Herr Schneider, wofür brauchen Winzer Förderung?“

Eigentlich ist es am besten, wenn Unternehmen autark wirtschaften können. Aber es sind teure Investitionen nötig, um im Weinbau den Strukturwandel zu bewältigen und um Innovationen zu entwickeln. Dafür brauchen wir Förderung. Dabei geht es vor allem um verbesserte Technologie sowohl im Weinberg als auch im Weinkeller. Je besser wir technisch aufgestellt sind, umso präziser kann Weinbau betrieben werden.

„Neben der Ökologie sind für die Winzerfamilien Ökonomie und Soziales wichtig.“

In der neuen Förderperiode erhalten Klima- und Umweltschutz mehr Gewicht. Ist das auch eine Frage der Technik?

Ja, aber es stellen sich auch Fragen zur Anpassung der Weinberge an sich. Das beginnt bei der Auswahl der Rebe – wie viel Wasser benötigt sie, und wie resistent ist sie gegen Hitze? Andere Fragen sind: Arbeiten wir ressourcenschonend oder gibt es Veränderungspotenzial? Der Weinbau will ein Teil der Gesellschaft sein, also muss er gesellschaftlichen und politischen Forderungen nachkommen. Aber neben

der Ökologie sind die Ökonomie und das Soziale für die Winzerfamilien wichtig. Der Deutsche Weinbauverband macht 2023 die Nachhaltigkeit zu seinem Schwerpunktthema, und wir arbeiten momentan daran, wie wir die Winzer dabei strategisch unterstützen können. Letztendlich läuft es für die Betriebe, die das wollen, auf eine Nachhaltigkeits-Zertifizierung hinaus.

Es gibt, beispielsweise in Sachsen, sehr kleine Weinberge. Passen sie in das Raster der Agrarförderung?

Die Urproduktion ist fest in Familienhand. Anders als bei den Flächenprämien, die EU-weit festgelegt sind, entscheiden beim Sektorprogramm die Länder, welche Maßnahmen sie anbieten und definieren die Mindestgrößen von Flächen. Das lässt sich mit dem Verwaltungsaufwand bei EU-Geldern erklären: Irgendwann passt die Relation zwischen dem Förderbetrag und den Aufwendungen für Beantragung, Bewilligung und Kontrolle nicht mehr zusammen. Nach meiner Kenntnis fallen in Sachsen zum Beispiel Betriebe mit Steillagen, die kleiner als 300 Quadratmeter sind, aus der Förderung für Umstrukturierungen. Als die erste derartige Förderung eingeführt wurde, ging es darum, schmale von Hand bearbeitete Weinberge zu modernen umzubauen, die maschinell bewirtschaftet werden konnten. Der Ansatz heute ist, zu markt-, klima- und umweltkonformen Rebsorten umzustrukturieren. Wir planen eine Anlage nicht mehr wie früher für 20, sondern für 40 Jahre.

Vielleicht profitieren kleine Betriebe davon, wenn Winzer sich untereinander austauschen – dafür gibt es eine Förderung außerhalb des Programms für den Wein. Wie wichtig ist das?

Das beginnt beim Austausch der Winzer vorm Hoftor. Oft sind diese Gespräche sehr informativ und gut. Nebenerwerbswinzer sind häufig in Genossenschaften, die auch über aktuelle Themen informieren. Die staatliche Officialberatung gibt uns eine gewisse Sicherheit bei Entscheidungen, der praktischen Arbeit und entscheidenden Fragen wie: Wo kann ich Kosten einsparen, wo präziser arbeiten – wo nachhaltiger wirtschaften? Der Wissenstransfer ist für uns enorm wichtig. Das geht vom Winzer bis zum Verband – wir tauschen uns auf der europäischen Ebene aus, um herauszufinden, was für die jeweilige Region das Richtige ist. Der Weinbauverband wurde vor knapp 150 Jahren gegründet, um eine Plattform zu schaffen – für Winzer vor Ort, die Wissenschaft und Forschung sowie die produzierende Industrie. Das waren früher Schmiedebetriebe, die Maschinen gebaut haben. Es ging darum, den Bedarf des Weinbaus in die Bereiche hineinzutragen und um die Rückkopplung daraus. Das ist auch heute noch eine unserer Aufgaben.

Herr Schneider, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath. ■

AKIS: Vom Wissenstransfer zur Ko-Innovation!

Die EU-Kommission möchte mit dem „Agricultural Knowledge and Innovation System“ (AKIS) den Wissenstransfer in der landwirtschaftlichen Forschung vorantreiben. Was hinter der Idee steckt und warum die Umsetzung nichts für Einzelkämpfer ist. Ein Statement von Dr. Susanne Freifrau von Münchhausen

AKIS ist eines der Kunstworte aus der ambitionierten, wenngleich mundfaulen Denkfabrik der Europäischen Kommission. Dabei sollen alle Akteure zusammen betrachtet werden, die Wissen rund um die Land- und Forstwirtschaft hervorbringen, nutzen und für dessen Verbreitung sorgen.

AKIS ist also nichts Neues. Ohne derartige Netzwerke hätte sich kein Ackerbau, keine Milchwirtschaft und keine Waldbewirtschaftung zu einer leistungsfähigen Primärintustrie entwickelt. Weil AKIS ein so vielfältiges und dynamisches System ist, bei dem alle und jedes miteinander verknüpft sind, ist es sehr komplex. Um den Ansatz greifbar zu machen, hilft es, zwischen der statischen Betrachtung der beteiligten Akteure und den dynamischen Wissensflüssen zu unterscheiden.

Wer sind die beteiligten Akteure: die Landwirtin und der Forstwirt, Verantwortliche aus vor- und nachgelagerten Unternehmensbereichen wie Viehzucht, Pflanzenschutz, Fütterung, Finanzwesen, Verarbeitung oder Vermarktung sowie aus Beratungsdiensten, Aus- und Weiterbildung, von Medien, Verbänden sowie der Forschung. Auch diejenigen, die in Politik und in der Verwaltung mit land- und forstwirtschaftlichen Themen befasst sind, gehören dazu.

Die EU-Kommission bescheinigte Deutschland im Jahr 2020, dass unser nationales „AKIS eines der ‚robustesten‘ in der EU“ sei. Aber sie kritisierte: „Die Wissensnetzwerke arbeiten nicht eng genug zusammen und die mangelnde Gesamtkoordinierung führt zu einer ‚Fragmentierung‘ der Maßnahmen und Dienstleistungen.“ Damit legte die Kommission den Finger in die Wunde: Wir brauchen keine neuen Institutionen, sondern müssen uns von der Vorstellung des Wissenstransfers verabschieden, bei dem die Wissenden einer Sparte Informationen an zu Informierende



Dr. Susanne von Münchhausen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet „Politik und Märkte in der Agrar- und Ernährungswirtschaft“ der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE). Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe AKIS des „Standing Committee Agricultural Research“, das die EU-Kommission zu EIP-Agri und AKIS berät.

www.hnee.de/svmmuenchhausen

„transferieren“. Bauernblätter, Lehrmodule, Online-Portale, Feldtage und vieles mehr haben zweifellos ihre Berechtigung. Worum es aber bei einer ernstgemeinten Umsetzung des AKIS-Konzeptes geht, ist, sicherzustellen, dass Personen und Organisationen kooperieren, um Innovationen zu schaffen.

Einen Vorgeschmack geben uns die im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-Agri) geförderten Operationellen Gruppen, quasi die Versuchskaninchen bei der systematischen Einführung des Ko-Innovationsansatzes, in denen Wissen auf Augenhöhe mit der Praxis entsteht und auf andere Bereiche übertragen werden soll. Nur mit vereinten Kräften – so die Annahme der EU-Kommission – lässt sich der Sektor auf nachhaltige Produktionsverfahren umstellen. Ziel von AKIS ist also, das Konzept auf Bereiche wie Bildung, Beratung, den Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten und die angewandte Forschung auszuweiten. Wie kann diese Zusammenarbeit gelingen und wie die „Fragmentierung“ überwunden werden? Sowohl Erfindergeist als auch Mut der privaten und öffentlichen AKIS-Akteure sind gefordert. Ideen gibt es, beispielsweise innovative Messe- oder Wettbewerbskonzepte, themenspezifische Vernetzungstreffen von Forschung und Beratung, Einbindung von Praxisbetrieben in die Lehre, runde Tische für Verwaltung und Unternehmen oder Förderkonzepte für Demonstrations-Netzwerke.

Der Kreativität sind kaum Grenzen gesetzt. Die administrativen oder förderrechtlichen Hürden sollten nicht entmutigen. Denn von der Stärkung des AKIS können viele in der und rund um die Land- und Forstwirtschaft profitieren. Wer allerdings – zumindest im öffentlich finanzierten Kontext – Herrschaftswissen hüten und sich Intransparenz zunutze machen will, sollte sich vom grünen Sektor in Zukunft besser abwenden. ■

Der Kreativität sind kaum Grenzen gesetzt. Die administrativen oder förderrechtlichen Hürden sollten nicht entmutigen.

Für kleine, produktive und vielfältige Felder

Nordrhein-Westfalen fördert künftig die „Bewirtschaftung kleiner Ackerschläge“ als neue Maßnahme für die Agrarumwelt. Dafür hat das Land gute Gründe – und es ist damit ein Pionier. [VON CHRISTOF WEINS]



Von einer kleinteiligen Agrarlandschaft profitiert die Natur. Große Äcker lassen sich teilen: beispielsweise durch einen Blühstreifen.

Nordrhein-Westfalen (NRW) gilt als ein von der Industrie geprägtes Bundesland mit vielen Menschen und einer dichten Bebauung. Es hat aber auch eine vielfältige und starke Agrarwirtschaft. Die Ackerflächen – im Rahmen der Förderung spricht man von Ackerschlägen – reichen im Westen der Republik nicht wie in manchen Gegenden Ostdeutschlands „bis an den Horizont“, aber es gibt Regionen, in denen sie vergleichsweise groß sind, etwa in der Köln-Aachener Bucht oder der Soester Börde. Große Ackerschläge lassen sich effizient und damit kostengünstig bewirtschaften. Mehr als die Hälfte der Ackerfläche in NRW liegt in Schlägen, die größer als zehn Hektar sind. Als Lebensraum kommen solche Flächen jedoch nur für wenige Pflanzen und Tiere in Frage.

Darum gibt es das neue Angebot

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, wie die Biodiversität in Agrarlandschaften von einem kleinräumigen Landnutzungsmo-

saik profitieren kann. Neben der Anlage von naturnahen Flächen und der Erhöhung der Kulturpflanzen-Vielfalt kann die Verringerung der Schlaggrößen eine zentrale Rolle einnehmen. Der große Vorteil dabei ist, dass weder landwirtschaftliche Produktionsfläche verloren geht noch die Produktivität je Hektar sinkt. Ab Schlaggrößen von weniger als sechs Hektar zeigen sich bereits Effekte, beispielsweise nehmen Vielfalt und Häufigkeit von Insekten zu.

Wie sehen Verpflichtungen für Betriebe aus?

Landwirtschaftliche Betriebe, die für die „Bewirtschaftung kleiner Ackerschläge“ gefördert werden, verpflichten sich für fünf Jahre, alle Flächen so zu bewirtschaften, dass kein Ackerschlag größer als fünf Hektar ist. Die Prämie beträgt 35 Euro je Hektar. Größere Schläge müssen verkleinert werden, beispielswei-

se durch den Anbau verschiedener Hauptfruchtarten. Oder indem der zu große Schlag durch einen Brachestreifen in drei Schläge aufgeteilt wird. Hierfür bietet sich die Agrarumweltmaßnahme „Anlage von Buntbrachen“ mit 1 620 Euro je Hektar an. NRW verzichtet bewusst auf eine Verknüpfung mit weiteren Verpflichtungen, wie die Anlage von Blühstreifen oder dass Kulturpflanzengruppen festgelegt werden, um die Maßnahme für die landwirtschaftliche Praxis und die Prüfung in der Verwaltung möglichst einfach zu gestalten.

Mit dem Ansatz ein Vorreiter

NRW ist eines der ersten Bundesländer, die einen derartigen Ansatz bei Agrarumweltmaßnahmen verfolgen. Gleichzeitig greift es damit Vorschläge zur Förderung einer kleinteiligen Ackerbewirtschaftung auf, die beispielsweise die Enquetekommission des Landtags „Gesundes Essen, Gesunde Umwelt, Gesunde Betriebe“ sowie der Deutsche Verband für Landschaftspflege, der Deutsche Bauernverband und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft unterstützen.

Die „Bewirtschaftung kleiner Ackerschläge“ ist eine von drei neuen Agrarumweltmaßnahmen, die dem sperrig formulierten Ziel „Beitrag zur Eindämmung und Umkehrung des Verlustes an biologischer Vielfalt, Verbesserung von Ökosystemdienstleistungen und Erhaltung von Lebensräumen und Landschaften“ des GAP-Strategieplans dienen. Insgesamt sind darin knapp 50 Millionen Euro für die Maßnahme eingeplant.

Antragsrunde 2022 erfolgreich

Bis zum 30. Juni 2022 konnten landwirtschaftliche Betriebe einen Förderantrag für den Verpflichtungszeitraum von 2023 bis 2027 stellen. Rund 5 200 beantragten die Maßnahme. Sie bewirtschaften insgesamt Ackerflächen von etwa 233 000 Hektar, das entspricht rund 23 Prozent der Ackerfläche in NRW. ■



KONTAKT:

Christof Weins
Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat II.4 – Ökologischer Landbau, Agrarumweltförderung
Telefon: 0211 3843-2241
christof.weins@mlv.nrw.de
www.mlv.nrw.de



Für die Selbstwirksamkeit

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) hat mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) neben der Landwirtschaft auch die Förderung der ländlichen Regionen im Blick. Die ländliche Entwicklung findet sich nur in einem der neun Ziele des ELER wieder. Welche Rolle spielt der Bottom-up-Ansatz LEADER dabei?

Dr. Hartmut Berndt ist Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland (BAG LAG) und Regionalmanager in der LEADER-Region Göttinger Land.
www.baglag.de

” Herr Berndt, ab 2023 steigt die Zahl der LEADER-Regionen von derzeit 321 auf rund 370. Gewinnt LEADER also an Bedeutung? Für mich ist das ist ein klares Zeichen dafür, dass LEADER in Deutschland einen höheren Stellenwert bekommt – und das, obwohl von der EU ein anderes Signal ausgeht: Die Förderung der ländlichen Entwicklung verliert durch das Zusammenschmelzen der ersten und der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zukünftig an Gewicht. Erhebliche Mittel des europäischen Haushalts fließen in die Landwirtschaft. Die zweite Säule, also der ELER, wurde eingeführt, um zu zeigen, dass auch Fördermittel für die Entwicklung attraktiver ländlicher Räume eingesetzt werden, etwa zur Schaffung von Infrastruktur und Arbeitsplätzen. Nun lässt die Priorisierung im ELER die ländliche Entwicklung kaum noch erkennen. Er wird seinem Titel nicht mehr gerecht – umso wichtiger wird die LEADER-Förderung in den Regionen.

LEADER ist ein Bottom-up-Ansatz, das heißt, alle Menschen dürfen sich beteiligen und Themen für die ländliche Entwicklung setzen. Wird diese Chance genutzt? LEADER wird so unterschiedlich gelebt, wie die Mitgliedstaaten und die Regionen unterschiedlich sind. Die Umsetzung von LEADER steht auch in Deutschland seit einem Bericht des EU-Rechnungshofs in der Kritik. Es wurde angemahnt, dass zu viel Bürokratie entstehe und der Mehrwert nicht deutlich werde. Verkannt wird

dabei, welch großes Potenzial durch LEADER bei den Akteuren des ländlichen Raums aktiviert wird. LEADER ist ein hervorragendes Instrument, um Menschen dafür zu gewinnen, sich für die Entwicklung ihrer Region einzusetzen – weil es ihnen das Gefühl gibt, eine Eigenverantwortung zu haben. Partizipation hat positive Effekte, was Selbstwirksamkeit, Zufriedenheit und Demokratieverständnis angeht, auch wenn sich das nicht in Zahlen messen lässt. Menschen, die merken, dass sie ihre Ideen umsetzen können und dafür eine Förderung bekommen, fühlen sich gehört – nicht abgehängt. Voraussetzung dafür ist, dass die Länder das Prinzip Bottom-up ernstnehmen: Viele vertrauen inzwischen ihren regionalen Akteuren, während einige ein viel zu enges Korsett schnüren, das die kreativen Chancen des Bottom-up-Prozesses konterkariert.

Die neue Förderperiode steht im Zeichen von Klima- und Umweltschutz. Was erwarten EU, Bund und Länder von den Regionen – und was kann LEADER beitragen? Ich habe in den vergangenen Wochen oft über den Spruch „Global denken, lokal handeln“ diskutiert. Viele Menschen in den ländlichen Regionen sind bereit, sich zu engagieren. Aber wir werden die Klimakrise und andere Probleme nicht nur mit Engagement vor Ort in den Griff bekommen. An die Politik möchte ich Folgendes richten: Sagt nicht den Menschen in den Dörfern, was sie beitragen sollen. Lasst euch sagen, welche Rahmenbedingungen von der Politik geschaffen werden

müssen, um die Ideen der Menschen zum Klimaschutz umsetzen zu können. Ich denke, kein anderes Förderprogramm nimmt die großen gesellschaftlichen Herausforderungen so sehr in den Fokus wie LEADER.

„Menschen, die merken, dass sie ihre Ideen umsetzen können, fühlen sich gehört – nicht abgehängt.“

Wie gelingt es den Regionen, an solch komplexen Themen zu arbeiten? In LEADER engagieren sich regionale und lokale Akteure mit unterschiedlichen Hintergründen. Ich habe den Eindruck, dass sie oft mehr über den Tellerrand blicken und ganzheitlicher denken als viele politische Entscheidungsträger. Sie haben nicht nur ihr Eigeninteresse im Blick, wenn sie sich etwa für Klimaschutz engagieren. Bei LEADER werden Fördergelder selten nur für den Antragsteller selbst beantragt, sondern es geht vielmehr um Ziele, die der ganzen Dorfgemeinschaft, der Region oder eben der Nachhaltigkeit zugutekommen.

Herr Berndt, vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte
Andrea Birrenbach. ■

Warum Förderung nicht nur Effizienz bedient

Ein Statement von Bernhard Forstner

Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Die politischen Strategien zu mehr Nachhaltigkeit dürften in mehrfacher Hinsicht gravierende Veränderungen hinsichtlich der Produktions- und Anbaustrukturen nach sich ziehen. Neuartige Lösungsansätze sind notwendig und werden derzeit bereits in zahlreichen Projekten und „Reallaboren“ erprobt. Dies alles erfordert auch ein Umdenken in der Agrarförderung, die den landwirtschaftlichen Betrieben vor allem die Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen ermöglichen soll.

Während lange Zeit betriebliche Wachstumsstrategien im Vordergrund standen, haben sukzessive alternative Entwicklungsstrategien wie Diversifizierung und Ökologisierung an Gewicht gewonnen. Sich bei betriebswirtschaftlichen Entscheidungen an Effizienzkriterien und ökonomischen Zielgrößen wie Kapitalrendite und Unternehmensgewinn zu orientieren, war und ist zentral, da sie Voraussetzung für den wirtschaftlichen Einsatz von knappen Faktoren sind. Gleichzeitig entwickeln sich Agrarpolitik und -förderung unter dem Slogan „Öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ in Richtung Gemeinwohlökonomie: Auf einer überbetrieblichen Ebene stehen nun Ressourcenschutz, Klimaschutz und -anpassung, Tierschutz sowie der Erhalt der Biodiversität im Vordergrund. Auch hier sollten Effizienzkriterien die Entscheidungen der Förderung bestimmen, um die ökologischen Ziele mit möglichst geringen Kosten zu erreichen.

Um neue Ideen und Bewirtschaftungskonzepte in der Landwirtschaft zu entwickeln, sind „kreative Köpfe“ und neue Kooperationen zu begrüßen. Ein Neueinstieg ist aber aufgrund der begrenzt verfügbaren Landwirtschaftsflächen und finanziellen Mittel meist nur im Kleinformat mit schrittweiser Weiterentwicklung möglich. Dennoch kann die öffentliche Unterstützung von zunächst kleinen



Bernhard Forstner forscht im Thünen Institut für Betriebswirtschaft zur Agrarpolitik sowie der betrieblichen Vielfalt und dem Wandel in der Landwirtschaft.
www.thuenen.de

Viele Kleinst- und Kleinbetriebe können nur mit neuartigen Konzepten die erforderliche Wertschöpfung auf den knappen Flächen generieren.

Betrieben und von neu Einsteigenden aus vielerlei Gründen sinnvoll sein: Viele Kleinst- und Kleinbetriebe können nur mit neuartigen Konzepten die erforderliche Wertschöpfung auf den knappen Flächen generieren, zum Beispiel durch arbeits- und umsatzintensiven Gemüsebau in Kombination mit Selbstvermarktung. Die Landwirtschaft sowie die Stufe der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse bieten dabei chancenreiche Entwicklungsfelder. Personen, die quer einsteigen, bringen häufig Expertise aus anderen Berufsfeldern mit, die in einem fachlichen „Crossover“ Neues hervorbringen kann. Sie können ein wichtiger Motor für die Landwirtschaft und Dorfgemeinschaften sein.

Allerdings profitieren sie aufgrund ihrer meist knappen Flächenausstattung kaum von der deutlich erhöhten Umverteilungsprämie und der Junglandwirteförderung in der kommenden Förderperiode. Teilweise fehlt es an spezifischen Angeboten. Dafür wäre zunächst eine Identifizierung der besonderen Defizite und Engpässe dieser jungen Unternehmen notwendig. Da oft die Kenntnis der Fördermöglichkeiten und die Erfahrung mit Antragstellung fehlt, könnten spezielle Informations-, Beratungs- und Betreuungsangebote initiiert oder ausgebaut werden. Eine Vereinfachung der Antragsverfahren wäre ebenfalls zu erwägen. Der Auf- und Ausbau von Netzwerkstrukturen, Mentoring- und Coachingsystemen für den Agrarsektor könnte dazu beitragen, dort und in ländlichen Räumen neue Ideen zu realisieren und neuartige Ansätze voranzubringen. Hier ist Effizienz weniger relevant als die Sicherung der Liquidität. Ob diese und weitere Maßnahmen zur Bewältigung der großen Herausforderung beitragen können, ist unsicher. Daher sind Mut und Kreativität in der Fördergestaltung notwendig, die den Agrarsektor und die ländlichen Räume vielfältiger, attraktiver und resilienter machen können. Es geht nicht nur um die messbare Effizienz des Mitteleinsatzes. ■



Von Herkulesaufgaben

Der nationale GAP-Strategieplan bündelt die zwei großen Fonds der EU-Agrarpolitik und war der erste seiner Art, das Format eine Herausforderung: Ziele und Maßnahmen, die Bundesländer zuvor in eigenen ländlichen Entwicklungsprogrammen definierten, wurden gebündelt. Dazu mussten Bund und Länder sich abstimmen. Jetzt muss die Administration gelingen.

Joachim Dippel

ist Koordinierungsreferent und leitet die ELER-Verwaltungsbehörde in Hessen. Er hat im Bund-Länder-Gremium am GAP-Strategieplan mitgewirkt.
www.eler.hessen.de



Herr Dippel, wie viel Hessen steckt im GAP-Strategieplan?

Wir nehmen vielleicht eine Sonderrolle ein, weil wir uns bereits in der aktuellen Förderperiode auf einzelne Maßnahmen konzentriert haben. Hessen setzt auch zukünftig nur einige der Interventionen um, die möglich wären, und wird beispielsweise alle Agrarumweltmaßnahmen ausschließlich mit nationalen Mitteln fördern. Im GAP-Strategieplan steckt also grundsätzlich so viel Hessen, wie es in einem Entwicklungsplan für den ländlichen Raum des Landes gesteckt hätte.

„Eine große Herausforderung ist der Leistungsbericht.“

Wie gut konnten sich Bund und Länder auf einen Plan verständigen?

Das war ein enger Abstimmungsprozess, bei dem die Länder und der Bund gelernt haben, sich gemeinsam auf Lösungen zu einigen. Für die Maßnahmenbeschreibungen waren Einheitswerte und Indikatoren erforderlich – und es braucht eine gemeinsame Evaluation. Den Prozess hat das Fachreferat im Bundeslandwirtschaftsministerium sehr gut koordiniert, die Länder haben sich in Arbeitsgruppen mit den Interventionen auseinandergesetzt oder Themen vertieft. Teilweise ist es gelungen, mehrere Teilinterventionen auf eine

zu beschränken und gleichzeitig Flexibilität zu bieten. Das war zeitintensiv – und auch ermüdend: Von der anfänglichen Vorstellung, dass wir mit dem neuen, auf Zielerreichung orientierten Förderprogramm der EU mehr Freiheiten hätten, musste man sich schnell verabschieden. Entgegen aller Erwartungen wollte die EU-Kommission bei vielen Details mitreden. Da hätten wir uns mehr Eigenverantwortung gewünscht.

Bald startet die Umsetzung, pro Jahr dürfen einmal gemeinsam Änderungen beantragt werden – es bleibt also anstrengend?

Klar dürfte mittlerweile sein, dass es während der gesamten Förderperiode kontinuierlicher und umfangreicher Informations- und Abstimmungsprozesse bedarf. Für die Änderungsanträge muss es ein gutes Timing geben. Eine große Herausforderung ist der Leistungsbericht, der in dieser Art neu ist. Er muss ab 2024 jährlich zum 15. Februar vom Bund abgegeben werden. Das System ist komplex und der Zeitrahmen eng. Das Tempo bestimmt das Land, das zuletzt seine Daten liefert – auf den Ländern lastet also ein hoher Erfolgsdruck. Sie stehen vor der Aufgabe, Output-, Ergebnis-, Ziel- und Wirkungsindikatoren abzufragen oder zu erfassen, zudem Monitoring- und Evaluationsdaten, der Bund muss alles zusammenfassen. Das ist eine Riesenaufgabe. Dazu müssen die Vorsysteme, beispielsweise auch die IT, angepasst werden, was hohe zusätzliche Kosten verursacht.

Den GAP-Strategieplan zu schreiben, hat Jahre in Anspruch genommen. Denken Sie schon über die Förderperiode nach 2027 nach?

Es gibt Stimmen, insbesondere aus dem Kreis der Wirtschafts- und Sozialpartner, die schon 2018, als das neue Konzept feststand, bemängelt haben, dass die GAP zu wenig ambitioniert sei. Die Forderungen gehen in die Richtung, sich konsequent am Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ zu orientieren, also die pauschalen Flächenprämien schrittweise zugunsten konkreter Umwelt- und Tierschutzleistungen abzuschaffen, feste Budgets für Leistungen für Biodiversität, Klima- und Umweltschutz und den Umbau der Tierhaltung einzuführen. Diese Forderungen gibt es auch im politischen Raum. Zudem wäre ein Rural Proofing sinnvoll, bei dem alle Gesetze einem Check unterzogen werden, wie sie sich auf die Lebensbedingungen im ländlichen Raum auswirken. Es mag abgedroschen klingen, aber mein größter Wunsch ist, dass es spätestens für die Förderperiode ab 2028 gelingt, die GAP grundsätzlich zu vereinfachen. Das betrifft dann aber auch das nationale Haushalts- und Zuwendungsrecht. Dazu bedarf es eines wirklichen Interesses von Bund und Ländern.

Herr Dippel, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath. ■■■

Das Beste einer Region auf vier Rädern



Seit 2018 fährt der „Mobile Dorfladen“ durch die ILE-Region Steinwald-Allianz im Nordosten Bayerns. Mit zahlreichen Produkten des täglichen Bedarfs und von regionalen Erzeugern ersetzen die Betreiber nicht nur eine stationäre Daseinsvorsorge, sondern erweitern nach und nach ein mobiles Angebot an Dienstleistungen. Die eigenen Kosten zu decken, ist dennoch eine der größten Hürden. [VON FELIX KUPFFERNAGEL]

Wen es Montag bis Sonnabend am nördlichen Rand des Regierungsbezirkes Oberpfalz zum Seniorenzentrum Fuchsmühl oder dem Dorfgemeinschaftshaus Hermannsreuth führt, der kann im „Mobilen Dorfladen“ der Steinwald-Allianz regionale Schmankerl entdecken: Regensburger Bratwürstl, Bio-Kaffee der Kreisstadt Tirschenreuth oder Straußeneier-Likör aus Waldsassen. Derartige Schätze findet man nicht einmal in Supermärkten vor Ort. Der „Mobile Dorfladen“ fährt seit Sommer 2018 übers Land, hat seitdem bereits etwa 80 000 Kilometer zurückgelegt und einen festen Kundenstamm aufgebaut – allein im vergangenen Jahr besuchten ihn rund 11 500 Kunden.

Der Dorfladen bewegt sich nicht nur durch die Region, um ein Repertoire an örtlich hergestellten Gütern zu vermarkten – er erfüllt einen weiteren Zweck: Laut einer Studie der Technischen Universität München zur Alltagsversorgung in Bayern aus dem Jahr 2020 sind in Kommunen mit 2 000 bis 3 000 Einwohnern die Versorgungseinrichtungen im Bereich des Lebensmittelhandels nur zu rund 55 Prozent langfristig gesichert. In 15 Prozent dieser Gemeinden sind sie akut gefährdet, und für kleinere Orte ist die Lage noch prekärer.

Von Trucks und Rollatoren

Auch die Bürger der ILE-Region Steinwald-Allianz waren lange Zeit mit weiten Strecken zur nächsten Einkaufsmöglichkeit konfrontiert. Um dem entgegenzuwirken, entwickelten sie 2016 die Idee des „Mobilen Dorfladens“. Dieses Vorhaben soll die Nahversorgung in den kleinen Ortschaften der Mitgliedskommunen verbessern sowie regionale Erzeuger vernetzen und einbinden.

Für die Auswahl der Halteorte wurden die Daten des sogenannten Vitalitätschecks 2.0 der Steinwald-Gemeinden zugrunde gelegt, nach denen rund 6 800 Menschen in Orten „ohne Versorgungspotenzial“ leben. Neben diesem Instrument der ländlichen Entwicklung in Bayern hat das Projekt auch Daten des Fraunhofer Institutes über die Nähe zu Lebensmittelmärkten genutzt.

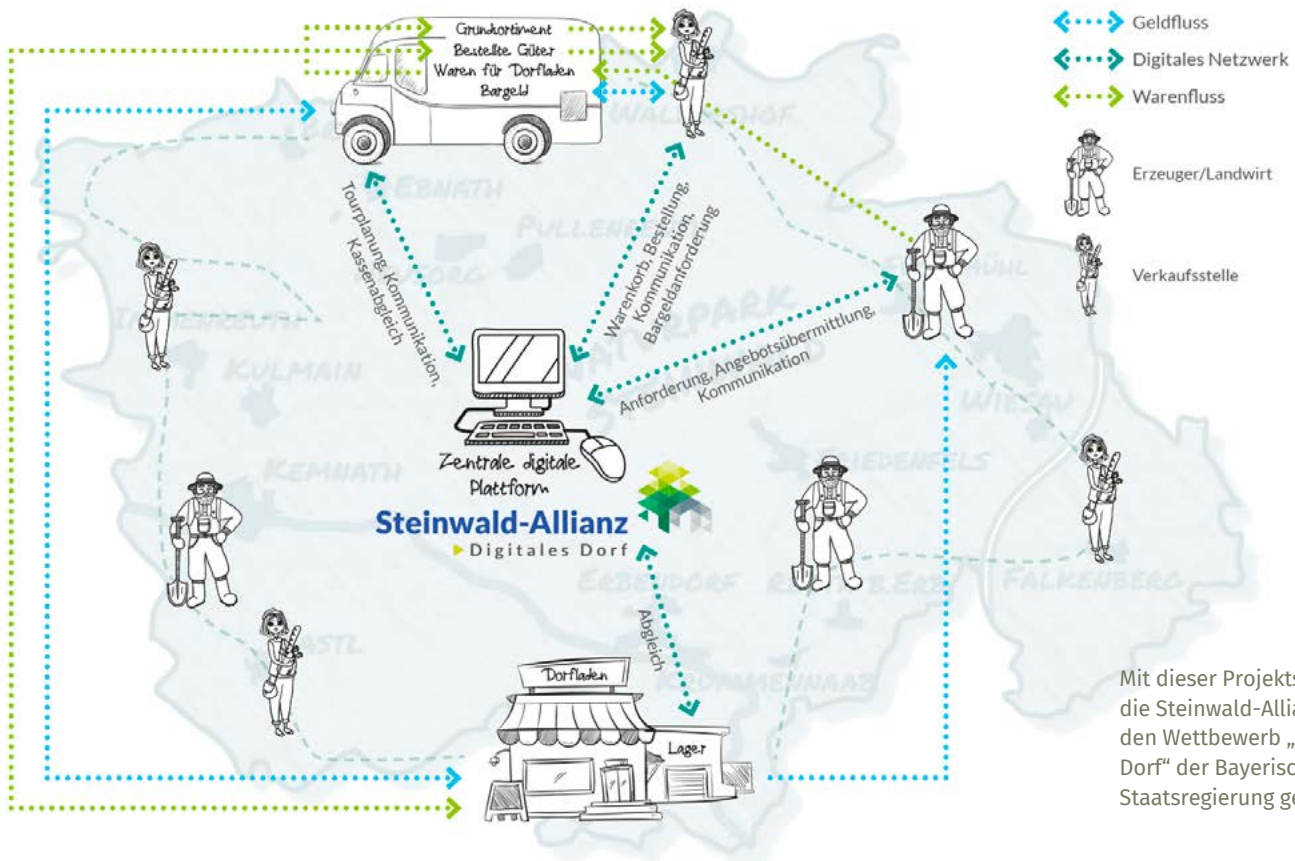
Für die Durchführung des Projekts beschloss die Steinwald-Allianz im Herbst 2017 die Gründung einer Betreiber-GmbH. Von Anfang an beteiligten sich 17 Mitgliedskommunen. Die Zahl der Haltestellen in den Ortsteilen hat sich mittlerweile von 26 auf 52 verdoppelt. Die Firma MAN unterstützt das Modellvorhaben und stellt als Vehikel für den mobilen Einkaufsort einen LKW gegen Miete zur Verfügung. Die GmbH trägt die Kosten für TÜV und Reparaturen. Das Projektteam hat

das Fahrzeug in Kooperation mit MAN und Unternehmen aus der Region zum Verkaufsfahrzeug ausgebaut. Zunächst wurde er mit einem Gefrierschrank ausgestattet, der durch das häufige Öffnen aber viel Strom verbrauchte. Mittlerweile wurde er durch eine Tiefkühltruhe ersetzt, sodass sich der Stromverbrauch etwa halbiert hat. Ein Aufzug ermöglicht es allen Kunden, denen die Stufen zu beschwerlich sind, den Verkaufsraum zu betreten. Ein Spezialbau erlaubt es zudem, mit Rollator zuzusteigen.

Alles in einem

Momentan fährt der mobile Dorfladen mit rund 1 000 Artikeln auf 17 Quadratmetern Verkaufsfläche die 52 Ortschaften an. An sechs Tagen in der Woche finden die Menschen hier Waren für den täglichen Bedarf: Bio-Fleisch von der regionalen Erzeugergemeinschaft, Mehl von zwei Getreidemöhlen, Haushaltswaren, Tierfutter und ein kleines Getränkeassortiment. Knapp 30 regionale Landwirte und Verarbeiter sind als Partner gelistet.

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung des Projekts bestätigt, da der „Mobile Dorfladen“ zeitweise eine strukturell wichtige Einrichtung in den Halteorten ohne Nahversorgungsmöglichkeit darstellte. Dabei soll das mobile Angebot, das mithilfe von Fördergeldern geschaffen wurde, keine Konkurrenz zu den Nahversorgungsläden der Region darstellen, sondern dazu beitragen, resiliente Strukturen in den kleinen Orten zu schaffen. In Abstimmung mit den Bürgermeistern bewarb der „Mobile Dorfladen“ sein Konzept vor Ort, und gerade ältere Menschen nutzen ihn gerne – nicht zuletzt, weil das Verkaufspersonal auch mit Gesprächen der Vereinsamung entgegenzutreten versuche, so Martin Schmid. Er kümmert sich im Zweckverband Steinwald-Allianz um das Projekt. Im Quarantänefall bekamen die Kunden nach telefonischer Vorbestellung ihre Waren bis zur Haus-



Mit dieser Projektskizze hat die Steinwald-Allianz 2016 den Wettbewerb „Digitales Dorf“ der Bayerischen Staatsregierung gewonnen.

tür geliefert: Eine kontaktlose Übergabe der Einkäufe war so gesichert – kontaktlose Bezahlung ist ebenfalls möglich.

Im Laufe der vergangenen vier Jahre hat sich das Angebot erweitert, etwa um eine Lotto-Aannahmestelle. Zunächst haderten die Projektbeteiligten mit dem Glücksspiel, ließen sich aber von Lotto Bayern von den Vorteilen überzeugen: So wurde die Internetanbindung des mobilen Dorfladens verbessert, damit das Lotto-Spielen immer möglich ist. Zusätzlich gibt es durch die Lotto-Aufnahme weitere Angebote wie Gutscheine für Streaminganbieter und anderes, was Kunden aus einer üblichen Lottostation kennen. „All das macht uns als Servicemobil interessanter“, so Schmid.

Die Umsetzung eines Online-Shops sei seit Projektbeginn geplant und herausfordernd gewesen. Nach juristischer Prüfung konnte dieser nun rechtssicher an den Start gehen. Ein Online-Lebensmittelgeschäft sei keine bloße Erweiterung, sondern ein neues Geschäftsfeld mit neuen Herausforderungen, erläutert Schmid: Strenge Vorschriften für die Produktauszeichnung müssten eingehalten werden. Doch diesen Schritt möchten die Projektbeteiligten gehen, um den regionalen Erzeugern eine Internetpräsenz zu ermöglichen.

Nicht zum Kopieren geeignet

Während das Angebot auf den ersten Blick für alle Beteiligten sinnvoll erscheint, stehen die Projektbeteiligten vor vielen Herausforderungen. Als Gewinner des Wettbewerbes „Digitales Dorf“ im Jahr 2016 hatte das Projekt zunächst gute Ausgangsbedingungen, es erhielt Fördermittel über das Bayerische Wirtschaftsministerium. Seit 2021 wird das Projekt als Modellvorhaben der Ländlichen Entwicklung in Bayern gefördert. Den erforderlichen Eigenanteil tragen die beteiligten Kommunen.

Schwierig gestalten sich jedoch die Personalkosten. Der „Mobile Dorfladen“ braucht eine Verkäuferin und einen ausgebildeten Fahrer – insbesondere, um ältere Kunden zu betreuen, die den Aufzug benutzen möchten. Vom Umsatz und Ertrag ähnele man anderen Dorfläden, die jedoch keinen Truckfahrer bezahlen müssen. Für das Projekt bestehe weiterhin die Aufgabe, die Nahversorgung zu verbessern, ob sich aber langfristig der LKW finanzieren lasse, sei momentan nicht klar. Nachdem der „Mobile Dorfladen“ während der Corona-Pandemie seine Umsätze steigern konnte, trifft die aktuelle Energie- und Inflationskrise das Geschäft. In Orientierung an Edeka gibt der Dorfladen auf Rädern die Ein-

kaufpreise an die Kunden weiter – die Energiekosten bislang aber nicht.

Schmid erreichen immer wieder Nachfragen aus anderen Regionen, von Studierenden und Forschenden zum Projekt. Aus seiner Sicht sind die Erfahrungen jedoch nicht übertragbar, denn das Projekt musste dank der Kooperation die Kosten für die Anschaffung des Trucks nicht selbst tragen. Auch die Innenausstattung konnte besonders günstig erstanden werden. Durch die hohen Personalkosten ist der „Mobile Dorfladen“ allerdings nach wie vor von der Förderung abhängig. Die Projektbeteiligten versuchen weiter, mehr Kunden zu erreichen und somit den Umsatz zu steigern. Schmid hofft zudem, weiterhin durch persönliche Kommunikation, kurze Transport- und Einkaufswege und regionale Einbettung zu überzeugen.



KONTAKT:

Martin Schmid
Zweckverband Steinwald-Allianz
Telefon: 09682 182219-0
martin.schmid@steinwald-allianz.de
www.steinwald-dorfladen.de



Geschäftsführer Franz Berchtold
im Naturziegelkeller

bis zum fertigen Produkt unseren CO₂-Fußabdruck im Blick.“

Seit November ist eine sogenannte Wärmeschaukel in Betrieb: Sie trägt dazu bei, die Energie zum Erwärmen und Kühlen der Milchprodukte mehrfach zu nutzen. Die Bio-Heumilch der rund 20 Genossenschaftsmitglieder aus dem bayerischen und baden-württembergischen Allgäu, die an der Käseerei beteiligt sind, hat bei der Anlieferung eine Temperatur von etwa sechs Grad. Für die Käseverarbeitung sind 32 Grad nötig. Die Molke, die bei dem Prozess entsteht, muss wiederum zur Weiterverarbeitung schnell auf sechs Grad heruntergekühlt werden. „Mittels der Wärmeschaukel wird, vereinfacht erklärt, die Energie der kalten Milch zur Kühlung der warmen Molke verwendet und Energie der warmen Molke wiederum zur Erwärmung der kalten Milch. Das spart uns jährlich gute 100 000 Kilowattstunden Strom und bis zu 21 Tonnen Pellets“, so Betriebsleiter Robert Röhrle.

Klimafreundlicher Käse aus dem Allgäu

Die Bio-Schaukäserei Wiggensbach setzt auf traditionelle und neue Techniken zum effizienten Einsatz von Energie.

[VON ANDREA BIRRENBACH]

Seit 2017 hat sich der Energieverbrauch der Bio-Schaukäserei Wiggensbach im gleichnamigen Ort in Schwaben reduziert: Vor fünf Jahren wurde ein Naturziegelkeller fertiggestellt, in dem der Käse seitdem reift. In dem 27 Meter langen, sechs Meter breiten und sechs Meter hohen Bau unter der Erdoberfläche ist Platz für die Käseläibe. „Wir haben durch Zufall Erfahrung mit der Naturreifung in einem alten Eiskeller einer Brauerei gesammelt“, so Franz Berchtold, einer der Geschäftsführer. „Das hat uns zu der Erkenntnis geführt, dass dies das richtige Reifeverfahren für unsere Käseerei ist.“ Zur handwerklichen Käseherstellung mit Bio-Heumilch passe eine natürliche Reifung im Ziegelkeller, findet er.

Zusätzliche Energie für eine Klimatisierung des Reifekellers ist nicht nötig. Die Kellerräume aus Ziegelsteinen regulieren Temperatur und Luftfeuchtigkeit selbst. Dafür erhielten

die Allgäuer von der Technischen Universität München-Weihenstephan das „Solar-Food“-Label, mit dem nachhaltig erzeugte Lebensmittel ausgezeichnet werden.

Autarke Stromversorgung

Um bei der Stromproduktion autark zu werden, hat die Käseerei 2019 eine eigene Pellets-Heizzentrale, Photovoltaikanlagen und eine Eigenstromanlage in Betrieb genommen. Dadurch können die Produkte CO₂-arm, umwelt- und ressourcenschonend hergestellt werden. 80 Prozent des benötigten Stroms liefert die Heizzentrale, die eine Wärmeleistung von 350 Kilowatt hat. Weitere 20 Prozent kommen aus der Wärmerückgewinnung des Kühlprozesses bei der Käseherstellung. Diese Investitionen hat die Käseerei getätigt, „weil der Begriff Bio für uns nicht nur dafür steht, dass wir Bio-Rohstoffe verarbeiten“, so Berchtold. „Wir haben über die gesamte Wertschöpfungskette von der Urproduktion

Die Wärmeschaukel ist mit rund 35 000 Litern Wasser gefüllt – aufgrund der natürlichen Schichtung sammelt sich oben warmes und unten kaltes Wasser. Bei Bedarf kann über Wärmetauscher Molke gekühlt oder Milch erwärmt werden. Insgesamt rund 80 Prozent ihrer selbst produzierten Energie nutzt die Bio-Schaukäserei auf diese Weise mehrfach. Ist weitere Energie notwendig, kann das Unternehmen die eigenen Sonnenkollektoren oder die Holzpellets-Heizanlage einsetzen. Für die Zukunft kann sich Geschäftsführer Berchtold zudem vorstellen, sogenannte Sole-Batteriespeicher auf Basis von Salzwasser als Speichermedium für Strom zu nutzen, dazu ist das Unternehmen mit einem Startup in Kontakt.

Die jüngsten Investitionen der Käseerei tragen dazu bei, dass die Preise für Käse stabil bleiben. 2021 produzierten die Landwirte der Genossenschaft rund fünf Millionen Liter Heumilch, daraus entstanden etwa 500 Tonnen Käse. Verkauft werden die Produkte der Bio-Schaukäserei vor Ort in Wiggensbach und über einen Web-Shop. Darüber hinaus beliefert das Unternehmen deutschlandweit den Naturkost- und den Käsefachhandel. ■



KONTAKT:

Bio-Schaukäserei Wiggensbach eG
info@schaukaeserei-wiggensbach.de
www.schaukaeserei-wiggensbach.de

Biomethan aus der Eifel

Ein regionales Netzwerk aus Unternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben produziert Biomethan und speist es ins Erdgasnetz in der Eifel ein. In Zukunft sollen verstärkt Reststoffe verwertet werden. [VON AXEL BERNATZKI UND ANDREA BIRRENBACH]

Seit Monaten droht ein Gasmangel in Deutschland, und die Energiepreise sind stark gestiegen. Gas muss jedoch nicht ausschließlich importiert werden: Biogas wird auch hierzulande produziert und kann fossiles Erdgas ersetzen. In der Eifel übernimmt das die „Biogaspartner Bitburg GmbH“, die seit 2020 Biomethan für die Region herstellt. Zu den Partnern gehören die SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH mit 51 Prozent Beteiligung, der Entsorgungsbetrieb Luzia Francois mit 34 Prozent und die Kommunale Netze Eifel AöR mit 15 Prozent.

Foto: Stadtwerke Trier

Für die Biomethan-Produktion können bereits bestehende Biogasanlagen weiter genutzt werden. Deren Rentabilität ist vielerorts fraglich, da sie seit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes keine Festvergütung mehr erhalten.

Gas aus Reststoffen

Die beteiligten Landwirte produzieren Rohbiogas aus landwirtschaftlichen Reststoffen wie Gülle, Festmist und Futterresten sowie nachwachsenden Rohstoffen wie Mais. Um dem Anbau von Monokulturen entgegenzuwirken, haben sich die Biogaspartner Bitburg darauf verständigt, den Maiseinsatz auf 55 Pro-

zent zu begrenzen. Derzeit untersuchen die Stadtwerke Trier, ob sich regionale Reststoffe aus Industrie und Gewerbe einsetzen lassen und damit als Maisersatz dienen können.

Die Biogaspartner Bitburg sammeln das Rohbiogas, das zu etwa 53 Prozent aus Methan und rund 46 Prozent aus Kohlendioxid (CO₂) besteht. Es wird gereinigt, gekühlt und dann über ein rund 45 Kilometer langes Netz nach Bitburg transportiert. Dort befinden sich ein etwa 5 300 Kubikmeter fassender Speicher und die zentrale Aufbereitungsanlage, in der das CO₂ abgespaltet wird.

Das abgetrennte CO₂ könnte zukünftig zusammen mit grünem Wasserstoff, der in einer eigenen Power-to-Gas-Anlage hergestellt wird, ebenfalls zu Methan umgewandelt werden. Mithilfe der Produktion von grünem Wasserstoff könnte die Erzeugung von Biomethan am Standort Bitburg nahezu verdoppelt werden. Die regional erzeugten Mengen könnten perspektivisch einen preisdämpfenden Effekt haben, sollten die Preise für fossiles Erdgas weiter steigen. Die Landwerke Eifel Vertriebs-GmbH vermarktet das Produkt unter dem Namen „Landgas Eifel“.

Die Bilanz des ersten Betriebsjahres: Mit dem in Bitburg erzeugten Biomethan könnten mehr als 2 000 Haushalte versorgt werden, würde man sie ausschließlich mit diesem Produkt beliefern. Deshalb planen die Biogaspartner Bitburg einen zweiten Standort für die Herstellung von Biomethan in der Eifel. Sie prüfen außerdem, ob sich das Konzept auch in den Hunsrück übertragen lässt.

Die Stromversorgung im Blick

Das Biomethan könnte zudem im Winter in Blockheizkraftwerken mit Wärmesenken zu Wärme und auch zu Strom umgewandelt werden. Die Steuerung des Gesamtsystems durch künstliche Intelligenz soll es zukünftig ermöglichen, im Bedarfsfall die Blockheizkraftwerke einzubinden, die auf einigen der beteiligten Landwirtschaftsbetriebe stehen: Wenn etwa die Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie in der Region nicht ausreicht, können die dezentralen Blockheizkraftwerke auf den Höfen einspringen und flexibel zur Stromerzeugung beitragen. ■

SERVICE:

Zur Biogaspartner Bitburg GmbH:
www.biogaspartner.de



KONTAKT:

Axel Bernatzki
Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH
Telefon: 0631 34371-191
axel.bernatzki@energieagentur.rlp.de
www.energieagentur.rlp.de



Gasspeicher auf dem Bitburger Flughafen. Das hier gesammelte Biogas wird später aufbereitet und ins Erdgasnetz eingespeist.



Mobiles Moortheater

Faszinierende Landschaften im Naturpark Mecklenburgische Schweiz und Kummerower See inspirieren zu diesem Schauspiel: Das Moortheater lockt jährlich mehrere hundert Menschen und begeistert sie für die klimarelevanten Böden.

[VON UTA BERGHÖFER UND NANNETTE REMMEL]

Wie die meisten Menschen begegnete auch Uta Berghöfer, Initiatorin und Projektleiterin des Moortheaters, den Mooren zum ersten Mal nicht persönlich, sondern in Sagen, Gruselromanen und Filmen. Als die Geografin und Landschaftsökologin dann erstmals auf dem weichen und nachgiebigen Moorboden in der Peeneniederung bei Malchin stand, war sie beeindruckt. „So gar nicht schaurig wirkte das auf mich, sondern sehr inspirierend“, so Berghöfer. „Ich begann damit, Geschichten über diese Landschaft zwischen dem Malchiner und dem Kummerower See zu sammeln und wollte sie auch weitertragen, am liebsten an Ort und Stelle.“ Die Idee für das erste Moortheater war geboren. Berghö-

fer begeisterte damit umgehend eine Regisseurin aus Bremen und drei Schulen. Wenige Monate später nahmen etwa 30 Schüler an einer Projektwoche und der Premiere mitten im Moor teil. Mit rund 200 Zuschauern stieß schon das erste Malchiner Moortheater im Jahr 2015 auf so große Resonanz, dass klar war: Es wird weitergehen.

Das Theater findet nun an wechselnden Orten rund um die Moore der Mecklenburgischen Schweiz und um den Kummerower und Malchiner See statt; es ist zu einer bekannten Größe in der Region geworden. Jedes Jahr gibt es ein neues Stück zu einem neuen Thema vor einer neuen Landschaftskulisse. Seinen großen Erfolg verdankt das mobile Theater dabei unter anderem zahlreichen engen Koopera-

tionen, initiiert durch den Verein Freunde Fritz Greve e. V. Daran beteiligen sich die örtlichen Schulen, durch die es gelingt, immer wieder andere Kinder und Jugendliche an das Theatermachen heranzuführen. Der Naturpark Mecklenburgische Schweiz und Kummerower See bietet fachliche Unterstützung – etwa durch geführte Exkursionen zu Fuß oder auf dem Wasser. Ein kleines Team kümmert sich zudem jedes Jahr von Neuem um Organisation und Finanzierung, bereitet die Inhalte vor, übernimmt die pädagogische Leitung, entwickelt musikalische Ideen und sucht neue Örtlichkeiten. Einer dieser Orte war im Jahr 2015 eine damals leerstehende Kneipe: Die Ausflugsgaststätte „Moorbauer“ liegt im Moor zwischen dem Malchiner und Kummerower See und ist nur mit dem Boot zu erreichen.

Fotos: Freunde Fritz Greve e. V.



Eine Szene im Schlosspark in Remplin



AUS DER PRAXIS

In Kürze beginnt die Aufführung: Die Jugendlichen bereiten sich vor.

Orte neu beleben, Landschaften anders begegnen

Als mobiles Landschaftstheater wandert das Schauspiel durch die Region und belebt bereits viele weitere Plätze: einen leerstehenden herrschaftlichen Marstall in Basedow, den Landschaftspark in Remplin und den Schlosspark in Sommersdorf am Kummerower See. Seit 2018 ist ein Zirkuszelt mitten im Landschaftspark von Remplin zur Spielstätte geworden. Im Mittelpunkt des Bühnenschaubildes steht die Begegnung mit der Landschaft: Die Geschichten für das Theater finden die Beteiligten in den Mooren. Sie entstehen in den Schreibwerkstätten des Theaters, bei denen Teilnehmende das Moor durchstreifen und dabei ihre Wahrnehmungen zu Papier bringen. Daraus geht ein gemeinsamer kreativer Prozess mit verschiedenen Phasen, weiteren Werkstätten und Proben hervor, der seinen Höhepunkt in den Inszenierungen des Moortheaters findet. Von der Geschichte bis zur Organisation des Veranstaltungsortes wird beim Moortheater alles selbst erfunden und ausgedacht.

Moore als Klimaschützer und Lebensräume

Ausgehend von besonderen Orten in den Mooren und dem schöpferischen Potenzial aller Teilnehmenden entwickelt sich beim Moortheater eine eigene Form des Kulturschaffens. Es geht der Initiatorin darum, eine Landschaftskultur zu entwickeln und dabei das Bewusstsein für die Bedeutung und Zusammenhänge der Moore zu schaffen. Denn diesen kommt in der Klimakrise eine neue Rolle zu: Keine andere Landschaft speichert so viel CO₂ wie die Moore, gleichzeitig stoßen trockengelegte Moore besonders große Mengen dieses Stoffes aus. Intakte Moore sind Lebensraum einer Vielzahl von Pflanzen und Tieren. Das Theater setzt daher jedes Jahr einen anderen Schwerpunkt, darunter bislang etwa Vögel, Pflanzen, Insekten und Lebenswelten unter der Oberfläche. „Es ist für die Kinder und Jugendlichen eine Bereicherung, mit der Natur in Verbindung zu treten. Die Kreativität, die sie freisetzen, ist immer wieder ein großer Gewinn für uns alle“, sagt Lars Grünwoldt, Vorstand des Vereins Freunde Fritz Greve e. V.

Das Moortheater möchte den teilnehmenden Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit bieten, an allen Bereichen einer Theaterproduktion mitzuwirken, um sich selbst als schöpferisch tätig zu erleben: von Maskenbau über Kostüme, Bühnenbild, Tanz, Musik, Gesang und Schauspiel bis zur Gestaltung des Programmhefts und der Dokumentation. Profis aus Kunst und Handwerk begleiten die Teilnehmenden und bringen neue Impulse ein. Die Bühnenmusik ist live, Kostüme werden eigens entworfen und genäht, Requisiten gebaut. Alle Beteiligten können sich so ihren eigenen Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechend ausprobieren.

Kultur macht mutig

Improvisationskunst ist dabei sowohl auf der Bühne als auch bei der Organisation gefragt. Die Moortheater-Schaffenden arbeiten mit dem, was in der dünn besiedelten ländlichen Region vorhanden ist: Sie bemühen sich immer wieder um Fördergelder, um die Stücke und die Arbeit der Kunstschaffenden zu ermöglichen. „Wir haben den Verein gegründet, um die Kultur zu unterstützen. Das Moortheater ist mittlerweile in der Region etabliert: Das ist eine große Nummer, die der kleine Verein stemmt. Ich staune selbst, wie gut das funktioniert“, sagt Grünwoldt. So möchte das Theater einzigartige Kulturereignisse ermöglichen, indem es drei zentrale Zutaten kombiniert: die Auseinandersetzung mit der Landschaft, die Offenheit für Ideen und Improvisation sowie das Bauen und Pflegen von starken Kooperationen. Das Ergebnis ist nicht nur für das Publikum ein Genuss. Berghöfer: „Die Erfahrung, gemeinsam etwas Großes auf die Beine zu stellen und auf der Bühne dem Publikum zu präsentieren, gibt allen Beteiligten jedes Jahr aufs Neue Kraft und macht ihnen Mut.“



KONTAKT:

Uta Berghöfer
Moortheater
uta.berghoef@gmx.de
www.moortheater.de

Mit dem DVS-Planspiel die Region entwickeln

Eine Gruppe aus Bürgermeistern und Verantwortlichen für Flächenmanagement der „ILE-Region Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz“ hat im September das DVS-Planspiel ausprobiert. Die Erkenntnis: Es lohnt sich, an einem Strang zu ziehen. Auch in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurde es bereits angewendet.

[VON STEFAN KÄMPER UND ANDREA BIRRENBACH]



Was die Fähnchen zeigen: Es gibt viele Ideen für zahlreiche Orte in der Region Südheide.

Wie geht man am klügsten vor, wenn ein auswärtiges Unternehmen bei der Gemeinde anklopft und zwei Hektar Fläche für Lagerhallen kaufen möchte? Wen sollten der Bürgermeister und die Verwaltung ins Boot holen? Lässt sich die ortsansässige Landwirtin überzeugen, ihr Land zu verkaufen? Das war nur eine der Aufgaben, mit denen sich die Teilnehmenden beim Planspiel im fränkischen Pegnitz auseinandersetzen. Aufgeteilt in zwei Gruppen hatten sich die Bürgermeister und Verantwortliche aus der Region um zwei Tische mit schematisierten Landkarten positioniert. ILE-Manager Michael Breitenfelder, Ansprechpartner für die „integrierte ländliche Entwicklung“ (ILE), hatte sie zum Planspiel eingeladen, weil das Entwicklungskonzept der Region weiterentwickelt und fortgeschrieben werden soll. Organisiert und umgesetzt wurde es von der DVS, die mit dem Unternehmen intrestik zusammenarbeitet, das Städte und Gemeinden bei der Entwicklung sozialer Veränderungen unterstützt.

Ein Rollentausch war die erste Herausforderung des Planspiels: Denn wer im richtigen Leben Bürgermeister ist, musste sich für drei Stunden von seinem Amt verabschieden und in eine andere Rolle schlüpfen. Der Bürgermeister wurde zum Bürger, gleichzeitig wurde die Geschäftsführerin einer Wirtschaftsakademie zur Landwirtin im Nebenerwerb und der ILE-Manager zum Verwaltungsvertreter. Gelingt das leicht? „Wenn man einmal in die Rolle hineingefunden hatte, war es interessant“, sagte Wolfgang Neihoff, Erster Bürgermeister von Pegnitz und Erster Vorsitzender der ILE-Region. Stefan Frühbeißer, Erster Bürgermeister der Stadt Pottenstein, genoss es, sich als Blockierer auszuprobieren und den neuen Planspiel-Bürgermeister auflaufen zu lassen. „Ich fand es lustig, ich konnte auch einmal sagen: Mit mir nicht!“ Die neuen Zuständigkeiten machten den elf Teilnehmenden sichtlich Spaß, sodass an den beiden Tischen rege Diskussionen und Verhandlungen stattfanden. Letztlich wurden viele Kompromisse gefunden, und Flächen wechselten ihre Besitzer.

In den Rollen im Planspiel zu agieren, sei einfacher gewesen als politische Verhandlungen im echten Leben zu führen, sagte Frühbeißer: „Weil man bestimmte Faktoren der Realität ausblenden konnte wie Ansprüche von Nachbarn oder Unbeteiligten, Neid oder Vorgaben durch den Naturschutz.“ Dass es sich in der Wirklichkeit für sie nicht einfach gestaltet, sämliche Ansprüche unter einen Hut zu bringen, untermalten die Teilnehmenden mit Beispielen aus ihrer Berufspraxis. Sie schilderten, dass es zunehmend schwieriger werde, Projekte zu planen und durchzuführen. Der Wunsch der Fachabteilungen in der Land-

kreisverwaltung, die Belange möglichst aller beteiligter Gruppen zu berücksichtigen, führe dazu, dass sich Prozesse verlangsamten und Projekte auf der Strecke blieben.

Nehmen die Teilnehmenden für ihre Arbeit in der ILE-Region etwas mit? Karlheinz Escher, Erster Bürgermeister des Markts Plech, plädierte dafür, dass die 18 Bürgermeister der Region immer wieder gemeinsame Projekte und Aktionen starten, mit dem Ziel, zusammen etwas zu bewirken. Ähnlich äußerte sich Neihoff: „Uns ist bewusst geworden, dass wir nur etwas schaffen, wenn wir an einem Strang ziehen.“ Das Spiel habe ihn bestärkt, weiter für gute Projekte zu kämpfen, sagte Breitenfelder: „Wir sollten das Planspiel wiederholen, dann mit dem Landrat, weiteren Verantwortlichen aus dem Landratsamt und aus der Staatsregierung.“

Das Planspiel in Südheide und Legden

Der Workshop in Franken war die dritte Auflage des Planspiels, das die DVS zusammen mit Eric Treske von intrestik realisiert hat. Im Mai probierte es eine Gruppe im niedersächsischen Landkreis Südheide aus, im September eine andere im westfälischen Legden.

In Südheide haben sich knapp 20 Teilnehmende zusammengefunden, um im Rollenspiel Projektideen aus Sicht unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen – etwa Familien, Jugendlichen und Unternehmern – zu entwickeln. Die Teilnehmenden waren sowohl engagierte Bürger und Vereinsmitglieder als auch Bürgermeister. Zwei Mitarbeiterinnen des Regionalentwicklungsbüros SWEKO, das die LEADER-Region Kulturraum Oberes Örtzel betreut, nahmen ebenfalls teil. Es kamen Projektideen wie das Anlegen eines Wanderwegs, die Eröffnung eines Cafés und gemeinsame Events mehrerer Orte zur Vernetzung der Bürger zur Sprache. Ein Teilnehmer schlug digitale Informationstafeln an vielbesuchten Plätzen vor, die Veranstaltungen ankündigen, über Aktivitäten der Vereine informieren und auch die Geschichte der Region vorstellen. Das Planspiel in Südheide diente dazu, Ideen zu diskutieren und zu priorisieren. Und es wurde zum Event, bei dem sich Engagierte aus der Region persönlich kennenlernten, die sich zuvor noch nie getroffen hatten.

In Legden im Münsterland lag die Fragestellung der Planspielenden auf der Ortsinnentwicklung: Wesentliche Einzelhandelseinrichtungen sind in den vergangenen Jahren an den Ortsrand verlagert worden. In Folge stehen im Ortskern mehrere zentrale Immobilien leer. In einem längerfristig angelegten Planungsprozess werden derzeit Maßnahmen entwickelt, um die Ortsmitte zu beleben und so auch den sozialen Zusammenhalt im Dorf zu stärken. Das an den Ort angepasste DVS-



Wie lässt sich Landtausch managen, damit alle zufrieden sind? Die Teilnehmenden des Planspiels in Pegnitz verhandeln.

Planspiel unterstützte diesen Prozess: 16 Teilnehmende aus der Politik und Verwaltung – darunter Bürgermeister, Baumamtsleiter, Personen aus dem Gemeinderat – waren dabei, genauso interessierte und sachkundige Menschen aus dem Ort wie ein ehemaliger Einzelhändler und ein Unternehmer. Die Teilnehmenden entwickelten konkrete Nutzungsideen für die ungenutzten Immobilien entlang der Hauptstraße. So konnten sie sich vorstellen, dass aus einem ehemaligen Drogeriemarkt ein multifunktionales Ladenlokal wird, in dem regionale Produkte verkauft werden. Gleichzeitig könnten dort ein Repaircafé und eine Galerie, zudem eine Kleinkunsthöhne oder eine Bücherei entstehen. Eine weitere wichtige Funktion dieses „Ladens“ wäre die einer neuen sozialen Dorfmitte. Die Ideen sind Teil einer ebenfalls im Planspiel entwickelten Strategie, die Immobilieneigentümer zu überzeugen, die Gebäude wieder zu beleben. Denn, so die Arbeitshypothese, die Eigentümer der Liegenschaften in der Legdener Hauptstraße würden ihre Immobilien gerne für neue Nutzungen zur Verfügung stellen, wenn es stimmige Konzepte gäbe.

Besonders wichtig war den Mitspielenden, dass die Interessen

der Menschen, die im Ort leben, berücksichtigt werden und sich die Aufenthaltsqualität im Ortskern erhöht – auch für Gäste, die beispielsweise die überregional bekannte Dahlienwoche besuchen.

Wer möchte noch spielen?

Im kommenden Jahr soll es weitere Planspiele geben. „Interessierte sind herzlich eingeladen, sich bei uns zu melden“, sagt Moritz Kirchesch von der DVS. Das Planspiel ist ein kostenloses Angebot der DVS, den Raum müssen die Regionen oder Gemeinden zur Verfügung stellen. „Wichtig ist, dass die Gruppen den Entwicklungsprozess in ihrer Region bereits angestoßen haben, damit wir an einer konkreten Problemstellung arbeiten können.“ Eric Treske von intrestik: „Um die Gemeinden optimal zu unterstützen, passen wir das Planspiel immer individuell an.“



KONTAKT:
Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/planspiel



Der Roboter Laura transportiert Post mit dem fahrerlosen Shuttle in Lauenburg/Elbe.

Fahrerlos durch den ländlichen Raum

Könnten in Zukunft autonome Shuttles Personen und Waren auf dem Land befördern? Mit zwei Forschungsprojekten werden derzeit die Chancen und Herausforderungen für ländliche Räume Bayerns und Schleswig-Holsteins untersucht.

[VON MATTHIAS ZANKL, MATTHIAS GROTE, JULIA STARGARDT UND JULIA WOLF]

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) kann viele ländlich geprägte Regionen und Städte aus wirtschaftlichen Gründen meist nur unzureichend erschließen. Dies trifft auch für einen großen Teil der oberfränkischen Landkreise Hof und Kronach sowie die Stadt Hof zu. Die Kommunen verfolgen daher eine langfristige Strategie der Automatisierung des ÖPNV, um für die Zukunft ein rund um die Uhr verfügbares, flexibles, effizientes und kostengünstiges Mobilitätsangebot zu schaffen. Im Rahmen des Projekts „Shuttle-Modellregion Oberfranken“ (SMO) wird der Einsatz selbstfahrender Kleinbusse erprobt. Ein Ziel des vom

Bundesverkehrsministerium geförderten Vorhabens war es, den Betrieb von sechs fahrerlosen Shuttles an drei Einsatzorten als Bestandteil des ÖPNV zu etablieren.

Als digitale Buchungs- und Auskunftsplattform wird in der ersten Projektphase im Live-Betrieb die Mobilitätsplattform „Wohin-Du-Willst“ (WDW) von DB Regio Bus genutzt. Neben einer Verbindungsauskunft sind auch eine Kartenansicht der Strecke und Echtzeitinformationen zum Fahrzeug abrufbar. In einer zweiten Projektphase soll es möglich werden, die Fahrzeuge über WDW nur bei Bedarf, also „on demand“, zu rufen.

Viele Fahrgäste und hohe Akzeptanz

Trotz coronabedingter Einschränkungen und Betriebspausen wurde das kostenlose Angebot bis Herbst 2022 von über 13 000 Fahrgästen genutzt. „Durch die konstanten Fahrgastzahlen sehen wir, dass es einen Mehrwert gibt und dass durch die Shuttles Lücken im ÖPNV-Angebot gezielt gefüllt werden können“, so Matthias Zankl von der Nuts One GmbH, die das Projekt koordiniert. Die Hochschule Coburg hat dazu Begleitstudien durchgeführt: Nach anfänglicher Skepsis ist eine grundlegende Akzeptanz in der Bevölkerung erkennbar. Die Fahrgäste empfinden die Fahrt als überwiegend sicher (mehr als 85 Prozent) und würden sie weiterempfehlen (99 Prozent). Die Höchstgeschwindigkeit darf derzeit aus Genehmigungs- und Sicherheitsgründen maximal 18 Stundenkilometer betragen – das kritisieren Skeptiker des autonomen Fahrens häufig. Die Befragung der Fahrgäste zeigte aber, dass für die meisten diese Geschwindigkeit für eine Fahrt in der Innenstadt ausreichend war.

Genutzt wurde das Angebot in Kronach vor allem zu touristischen Zwecken: von Menschen, die die Festung und die historische Altstadt besuchten; in Hof diente es primär der Anbindung des entfernt gelegenen Hauptbahnhofs an die Fußgängerzone in der Innenstadt. Obwohl es inzwischen Stammgäste in den Shuttles gibt, besteht weiterhin ein hoher Informationsbedarf. Daher wird in der zweiten Projektphase der Dialog mit den Menschen vor Ort intensiviert.

Fahrplan und Fahrtweg auf einen Blick: Die App DB Regio Bus zeigt die fahrerlosen Routen in Teilen von Oberfranken an.



Ausblick

„Langfristig kann vollautomatisiertes Fahren zu einer Verbesserung der Erreichbarkeit ländlicher Räume beitragen“, sagt Zankl. Dazu bedürfe es vollautomatisiert einsetzbarer Shuttles, die ohne Begleitperson im Fahrzeug auskommen; derzeit gibt es regelmäßig Situationen, die die Anwesenheit eines Menschen zur Unterstützung von Technik und Fahrgästen notwendig machen. Das im vergangenen Jahr verabschiedete Gesetz zum autonomen Fahren sieht vor, dass Fahrmanöver von einer Shuttle-Leitstelle vorgeschlagen oder freigegeben werden. In Oberfranken wird an der im Gesetz nicht berücksichtigten Option der Teleoperation geforscht: In unklaren Situationen wird das Fahrzeug dabei durch die technische Aufsicht aus der Ferne gesteuert. Für diese Option fehlt derzeit allerdings noch die rechtliche Grundlage.

Als Konsequenz muss zukünftig auch die Kommunikation zwischen dem System oder der Leitstelle und den Fahrgästen auf andere Art funktionieren. Gleichzeitig muss die Technologie für einen regulären Einsatz der Fahrzeuge auch auf Straßen mit Tempo 50 in der Lage sein, höhere Geschwindigkeiten zu erreichen, damit die Shuttles nicht zum Hindernis werden.

Momentan sind die Fahrzeuge nicht wirtschaftlich einsetzbar, nicht nur wegen des Personaleinsatzes. Auch die Herstellungs- und Entwicklungskosten der Shuttles sind hoch, da sie nicht in Serie angefertigt werden. „Erst wenn diese Kosten sinken, wäre ein wirtschaftlicher Betrieb denkbar“, so Zankl.

Mit dem Shuttle durch Lauenburg/Elbe

Auch in Schleswig-Holstein denkt man über autonome Angebote nach: Im Jahr 2017 entstand die Idee, schmale steile Altstadtgassen in Lauenburg/Elbe mit dem ÖPNV zu erschließen. Zunächst wurde mit dem Projekt „Aufbau eines Testzentrums für automatisiert verkehrende Busse im Kreis Herzogtum Lauenburg“, kurz TaBuLa, ein Shuttle-Betrieb getestet. Das Folgeprojekt TaBuLa-LOG kombinierte Personen- und Gütertransport. Ein Lieferroboter namens Laura transportierte bis Herbst 2022 insgesamt etwa 3 400 Briefe und 50 Pakete zwischen den Institutionen der Stadt und fuhr auf den längeren Distanzen im ÖPNV mit. Beide Projekte wurden durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur mit insgesamt 3,7 Millionen Euro gefördert.

Reaktionen

Das automatisierte Shuttle und Laura haben große Neugierde geweckt. Viele Personen aller Altersklassen stellten ihre Fragen bei Veranstaltungen für die Öffentlichkeit und während des Shuttle-Betriebes, der immer durch Begleitpersonal betreut wurde. Medien schürten allgemein eine große Erwartungshaltung an autonomes Fahren – durch das Projekt haben rund 4 500 Fahrgäste ein realistisches Bild bekommen, was Stand der Technik ist und wo die technischen Grenzen liegen. Dies gelang insbesondere durch die gute Zusammenarbeit von Kreis Herzogtum Lauenburg und Technischer Universität Hamburg, die ein Interesse daran haben, das umfangreiche Wissen zu teilen. Umfragen ergaben, dass ein Großteil der Befragten im kombinierten Transport von Personen und Robotern im ÖPNV einen Nutzen sieht. Die befragten Privatpersonen können sich auch vorstellen, dass sie eine Pizza per Lieferroboter bestellen oder ein Paket damit auf die Reise schicken. Sie zeigten sich froh, dass die Transportroboter durch einen Menschen begleitet werden. Je mehr Erfahrungen die Nutzenden mit den automatisierten Fahrzeugen machten, umso mehr stieg die Akzeptanz.

Perspektiven

In Gesprächen mit Unternehmen kamen weitere Ideen auf. So würde ein Restaurantbesitzer lieber den Transportroboter losschicken, damit dieser „noch schnell Tomaten und Salate abholt, bevor sich der Küchenchef selbst in den Wagen setzt und losfährt und Zeit verschenkt“. Wirtschaftlich und aufgrund der intensiven Prozessbegleitung bleibt die Initialisierung eines solchen Einsatzes allerdings weiterhin eine große Herausforderung. Sobald eine Serienfertigung von Transportrobotern möglich und die Technik störungsarm wird, sind kleine Sendungen auf möglichst kurzen Distanzen oder zeitunkritische Kurierdienste denkbar. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass aufgrund des üblichen hohen Sendungsgewichtes, -volumens und -aufkommens mit den kleinen Robotern Postdienstleistungen erfolgen können.

Aufbauend auf diesen Ergebnissen zielt das Folgeprojekt TaBuLa-LOGplus, das bis Juni 2024 läuft, darauf ab, die Automatisierung der Fahrzeuge voranzutreiben. Durch die Implementierung einer Leitstelle, die eine Vernetzung der Fahrzeuge sowie die gemeinsame Planung und Disposition ermöglicht, soll eine Grundlage für den effizient kombinierten Personen- und Gütertransport im ÖPNV geschaffen werden. Bis zum regulären Einsatz von Fahrzeugen mit autonomen Fahrfunktionen müssen die Technik, Betriebsprozesse sowie Schnittstellen zu den Nutzenden weiterentwickelt und erprobt werden. ■

SERVICE:

Infos und Veröffentlichungen zu TaBuLa, TaBuLa-LOG und SMO:
www.tabulashuttle.de/veroeffentlichungen
www.shuttle-modellregion-oberfranken.de



KONTAKT:

Matthias Zankl
 Nuts One GmbH
 Telefon: 0151 67160776
matthias.zankl@nuts.one
www.nuts.one
 Julia Stargardt
 Kreis Herzogtum Lauenburg
 Telefon: 04541 888642
stargardt@kreis-rz.de
www.kreis-rz.de

Moore, die das Klima schützen



Seit Jahrhunderten werden Moore entwässert, um Land nutzbar zu machen. Doch die trockengelegten Torf-Böden sind in Deutschland für sieben Prozent der Treibhausgase verantwortlich. Angesichts des Klimawandels müssen die Moorböden also rasch wieder nass werden. Schleswig-Holstein geht mit einem Programm voran.

[VON MATHIAS BÜTTNER]

Wer die Ballade „Der Knabe im Moor“ von Annette von Droste-Hülshoff liest, spürt schnell, dass Moore außergewöhnliche Orte sind. Früher waren sie als düsteres, gefährliches Unland gefürchtet, das die Menschen mieden, mit Mühe urbar machten oder daraus Torf als Brennstoff gewannen. Heute sind circa 90 Prozent der deutschen Moore entwässert. Dadurch gelangt Luft an den Torf, aus dem die Böden bestehen – über Jahrtausende gewachsene Schichten abgestorbener Teile von Torfmoosen und anderen Moorpflanzen. Der Kohlenstoff, den die Pflanzen während ihres Lebens aufgenommen haben, bleibt aber nur unter Wasser gespeichert. Trocken geben die Moorböden den Kohlenstoff als CO₂ in die Atmosphäre ab. Jährlich entweichen etwa 52 Millionen Tonnen Treibhausgase aus Deutschlands Moorböden, das ist so viel, wie im gleichen Zeitraum alle Einwohnenden von Hannover zusammen ausstoßen.

Schleswig-Holstein macht Moore wieder nass

In Deutschland gibt es fünf Bundesländer mit Mooren. Eines davon ist Schleswig-Holstein: Etwa neun Prozent der Landesfläche sind Moorböden, der Großteil davon ist entwäs-

sert und wird landwirtschaftlich genutzt. Die Landesregierung will durch Wiedervernässung innerhalb von zehn Jahren jährlich 700 000 Tonnen Treibhausgase einsparen. Das ist das ehrgeizige Ziel des 2020 ins Leben gerufenen Landesprogramms Biologischer Klimaschutz – das Land ist damit ein Pionier. Mit der Wiedervernässung hat die Regierung die landeseigene Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein beauftragt, die seit etwa 40 Jahren Moore renaturiert und damit vor allem Lebensräume für moortypische Arten wie den Moorfrosch oder den Sonnentau schuf. Diese Erfahrung fließt jetzt in das Programm Biologischer Klimaschutz ein.

Um die Treibhausgas-Emission zu stoppen, und damit ein Moor langfristig vielleicht sogar wieder wachsen und CO₂ aufnehmen kann, wird der Wasserstand angehoben. Dafür müssen Entwässerungssysteme zurückgebaut werden. Das Stiftungs-Team analysiert, wie tief die Flächen entwässert sind, wie das Wasser zu- und abfließt und wie hoch der Wasserstand anzuheben ist. Oft haben sich die Flächen über Generationen stark verändert und es ist eine komplexe Infrastruktur aus Drainagen, Gräben und Schöpfwerken entstanden. Zudem betrachtet das Team, wo noch gefährdete und zu schüt-

zende Arten vorkommen und welche Entwässerungsgräben erhalten bleiben sollten, damit benachbarte Flächen nicht beeinträchtigt werden.

Ist alles geplant, werden Gräben und Drainagen gezielt so angestaut oder zurückgebaut, dass der Boden möglichst ganzjährig bis zur Oberfläche nass ist. Denn nur dann können Torfmoose, Seggen und andere torfbildende Pflanzen wieder wachsen. In Hochmooren sollen zudem Wälle aus Torf das Regenwasser auf den Flächen zurückhalten. Für die Baumaßnahmen kommen Spezialbagger zum Einsatz, deren Gewicht sich durch breite Ketten auf große Flächen verteilt.

Was bedeutet das für die Landwirte?

Etwa 15 Prozent der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein findet auf entwässerten Mooren statt. Doch diese Nutzung ist endlich, da trockener Torf mineralisiert und als CO₂ in die Atmosphäre abgegeben wird, der Boden sich also buchstäblich in Luft auflöst. Hinzu kommt, dass die Moorböden sacken, wenn das Wasser aus ihnen entfernt wird. Manche Flächen liegen heute bis zu drei Meter tiefer als vor hundert Jahren. Das verteuert die Entwässerung immer mehr, weil tiefere Gräben und stärkere Schöpfwerke nötig werden. In



Damit Moore, wie das Dellstedter Moor (links), Kohlenstoff speichern können, müssen sie nass sein. Um derartige Flächen nutzen zu können, braucht es Spezialmaschinen wie die Mähraupe (rechts).

schaftungsmethoden für nasses Grünland zu entwickeln als auch neue Wertschöpfungsketten bis hin zu den Endprodukten aufzubauen. Nach zehn Jahren Laufzeit soll zur herkömmlichen Nutzung von Moorflächen – beispielsweise der Milchviehwirtschaft – eine wirtschaftlich attraktive Alternative angeboten werden.

Aufgabe für die nächste Generation

Die Umstellung von Entwässerung zu einem klimaschonenden, bodenerhaltenden Wassermanagement mit neuen Bewirtschaftungsmethoden ist auch eine kulturelle Aufgabe: In moorreichen Regionen haben zahlreiche Generationen hart dafür gearbeitet, die Böden urbar zu machen. Die Entwässerung der Moore ist eine Leistung, die überall in Schleswig-Holstein in Form von Schöpfwerken, Gräben und Drainagen aus Ton und Kunststoff sichtbar ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg war das vordringlichste Ziel der Landwirtschaft, Flächen für die Ernährung der Bevölkerung bereitzustellen. Die nächsten Generationen stehen nun vor der Herausforderung, mit dem Klimawandel und seinen Folgen umzugehen. Moore können als Kohlenstoffspeicher dienen sowie als Puffer gegen Starkregenereignisse und als Wasserspeicher für Trockenphasen. Dann verwandeln sie sich vom düsteren Unland zu Verbündeten im Klimaschutz.

Auf Bundesebene ist angekommen, wie sehr das Thema drängt und wie essenziell Moore für den Klimaschutz sind. Die Ampel-Regierung hat in diesem Jahr das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ auf den Weg gebracht und mit vier Milliarden Euro ausgestattet. Ziel ist, natürliche Ökosysteme als Kohlenstoffspeicher zu erhalten oder wieder zu ertüchtigen und zugleich Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen. Damit weitet sich die in Schleswig-Holstein bereits erfolgreiche Kombination aus Klima- und Artenschutz nun auf ganz Deutschland aus. ■

diesem Teufelskreis agieren Landwirte oft, bis sich die Nutzung wirtschaftlich nicht mehr lohnt.

Landbesitzende hatten bisher die Möglichkeit, nicht mehr genutzte Moorareale an die Stiftung Naturschutz zu verkaufen, die sie zusammenlegt und in größeren Einheiten vernässt. Das Programm Biologischer Klimaschutz bietet mit sogenannten „Klimapunkten“ ein neues Instrument, um Flächen für die Vernässung zu sichern und die Bereitstellenden zu vergüten. Das zugrundeliegende Modell bewertet Moorflächen nicht mehr nach dem landwirtschaftlichen Verkehrswert, sondern nach ihrem Klimaschutzpotenzial. Ein Klimapunkt entspricht einer Tonne Treibhausgas, die auf einer Moorfläche durch Vernässung pro Jahr eingespart werden kann. Stößt also ein Hektar Maisacker auf tief entwässertem Moorboden heute jedes Jahr 30 Tonnen CO₂ aus, so entspricht das 30 Klimapunkten. Das Klimaschutzpotenzial der jeweiligen Fläche hängt vom aktuellen Zustand ab. Es kann mithilfe des von der Universität Greifswald entwickelten Gas-Emissions-Standort-Typen-Modells (GEST-Modell) berechnet werden.

Wer der Vernässung der eigenen Fläche zustimmt, erhält eine Vergütung: Die Stiftung erwirbt Vernässungsrechte, die Flächen bleiben Eigentum derjenigen, die sie zuvor besaßen. Die Höhe der Vergütung richtet sich nach den berechneten Klimapunkten der Gesamtfläche, dem CO₂-Preis und einem Zeitraum von 30 Jahren. In der Regel liegt die Vergütung höher als der derzeitige Kaufpreis am Flächenmarkt.

Nasses Grünland auf der Klimafarm

Klar ist: Es können nicht alle Moorflächen aus der Nutzung genommen werden. Welche Alternativen haben Betriebe mit großen Moorflächen zur bisherigen entwässerten Bewirtschaftung? Lassen sich wiedervernässte Böden ökonomisch bewirtschaften? Diese Fragen soll der Modellhof „Klimafarm“ beantworten. Die Stiftung Naturschutz betreibt ihn seit Anfang 2022 in der Eider-Treene-Sorge-

Das zugrundeliegende Modell bewertet Moorflächen nicht mehr nach dem landwirtschaftlichen Verkehrswert, sondern nach ihrem Klimaschutzpotenzial.

Region. Auf dem Hof sollen Anbau-, Ernte- und Verarbeitungstechniken für nasses Grünland entwickelt und erprobt werden. Die vernässten Moorflächen bewirtschaftet der Betrieb als artenreiches Grünland und mäht die nassen Böden mit Spezialmaschinen. Das Schnittgut wird zu Pellets gepresst und dient dann als neuer Rohstoff für Produkte wie Graspapier, Biokohle oder die Energiegewinnung. Die Universität Kiel begleitet den Hof wissenschaftlich. Ziel ist es, sowohl Bewirt-



KONTAKT:
Mathias Büttner
Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein
Telefon: 0431 21090212
mathias.buettner@stiftungsland.de
www.stiftungsland.de

Jung und engagiert

Das Projekt „Löppt! Mitnanner“ zeigt jungen Menschen im niedersächsischen Landkreis Leer, wie vielfältig sie sich ehrenamtlich engagieren können. Es bringt sie mit lokalen Vereinen zusammen und ermutigt sie, eigene Ideen für das gesellschaftliche Miteinander zu entwickeln. Dabei lernen auch die Vereine viel.

[VON LENA BUSBOOM UND LAURA THEUER]



Teilen eigene Erfahrungen aus dem Ehrenamt: Das Team der Stabsstelle von „Löppt! Mitnanner“ will junge Menschen für freiwilliges Engagement begeistern.

Tomke Boekhoff tanzt seit ihrer Kindheit und teilt diese Leidenschaft mit anderen: Beim VfL „Fortuna“ Veenhusen e. V. im ostfriesischen Moormerland unterrichtet die 26-jährige Videoclip-Dancing. Mit ihren Gruppen studiert sie Choreografien ein und nimmt an Wettbewerben teil. „Tanzen fördert die Beweglichkeit und die Ausdauer. Vor allem geht es uns aber um Spaß“, sagt die angehende Sozialarbeiterin. Zusammen mit vier jungen Trainerinnen betreut Boekhoff rund 100 Kinder und Jugendliche in verschiedenen Gruppen. Sie leitet die Abteilung und gehört dem Vorstand des Vereins an. „Seit ich mich ehrenamtlich engagiere, bin ich viel selbstbewusster geworden und traue mir mehr zu“, sagt sie. Als sie 2019 Botschafterin des Projekts „Löppt! Mitnanner“ im Landkreis Leer wurde, begann sie über ihre Begeisterung fürs Ehrenamt zu berichten.

Das Ehrenamt zu den Jugendlichen bringen

Ob Sportverein, freiwillige Feuerwehr oder Tierheim – Vereinsarbeit funktioniert nur, wenn sich Menschen ehrenamtlich engagieren. Da in vielen Vereinen in Leer der Nachwuchs fehlte, schuf die Stabsstelle Ehrenamt und Freiwilligenagentur des Landkreises „Löppt! Mitnanner“. Mit dem Projekt will das Team junge Menschen bis 25 Jahre für ehrenamtliches Engagement gewinnen und arbeitet dafür seit 2018 mit Schulen, Vereinen und Unternehmen in der Region zusammen. „Wir bringen das Thema Ehrenamt dorthin, wo junge Menschen sind: in die Schulen und in die sozialen Medien“, sagt Monika Fricke, Leiterin der Stabsstelle. „Gleichzeitig nehmen wir die Vereine mit. Wir bieten ihnen Unterstützung beim Social-Media-Marketing an, halten Vorträge über das Projekt und vermitteln junge Menschen direkt in ein Ehrenamt“, so Fricke. Um ein Programm zu entwickeln und zu erproben, erhielt die Stabsstelle eine dreijährige Projektförderung durch Mittel des Landes Niedersachsen und die EWE-Stiftung, die in Norddeutschland gemeinnützige Projekte fördert. Es entstand die Marke „Löppt! Mitnanner“ – das ist Ostfriesisch und bedeutet: „Es läuft miteinander.“



Über 200 Projektideen haben junge Menschen im Rahmen des Projekts „Löppt! Mitnanner“ bereits entwickelt.

Was es bedeutet, etwas mit anderen Menschen auf die Beine zu stellen, vermittelten die tanzbegeisterte Boekhoff und vier weitere „Löppt!“-Botschafterinnen zwei Jahre lang auf eigens dafür eingerichteten Instagram-Kanälen. Sie posteten etwa Bilder aus ihren Vereinsleben, informierten über das Ehrenamtsprogramm des Landkreises und veröffentlichten ganz persönliche Einblicke. So schrieb Boekhoff, wie sich aus dem Ehrenamt schnell viel mehr entwickelt habe – etwa neue Freundschaften, neue Fähigkeiten und die schöne Erfahrung, sich mit ihren Teammitgliedern persönlich weiterzuentwickeln. Mit solchen Botschaften erreichten Boekhoff und die anderen jeweils zwischen 100 und 200 Follower. Projektleiterin Lena Busboom unterstützte sie dabei. Sie ist unter anderem dafür zuständig, die Möglichkeiten für junges Ehrenamt in der Region online sichtbar zu machen, etwa auf Instagram oder durch eine Facebook-Seite und selbstproduzierte Videos, in denen sich die Vereine aus dem Landkreis Leer vorstellen und zum Mitmachen einladen.

Sich selbst und Vereine kennenlernen

„Unser Erfolgsgeheimnis liegt darin, dass wir junge Menschen aus unterschiedlichen Blickwinkeln ansprechen – über Instagram und Vi-

deos genauso wie über Workshops“, sagt Busboom. Neben dem Online-Marketing geht sie deshalb zusammen mit weiteren jungen Trainern in Schulen, um dort Workshops mit Jugendlichen zwischen 13 und 25 Jahren zu machen. Sie bringen das gesellschaftliche Miteinander auf den Stundenplan – ob in Förderschulen, berufsbildenden Schulen oder dem Gymnasium. In den Workshops finden die Schüler heraus: Was kann ich? Wo möchte ich mich einbringen? Welche Ideen habe ich für unsere Gesellschaft? Mehr als 1 700 junge Menschen nahmen bisher teil, dabei entstanden über 200 Projektideen. Deren Spannweite ist groß: Von Unterhaltung und Sport reichen die Ideen bis hin zu sozialen Projekten wie einer Typisierungsaktion für eine Knochenmark-Spende. Viele Schüler wollen ihr Projekt selbst umsetzen. Um sie dabei zu unterstützen, bieten die „Löppt“-Trainer spezielle Coachings zur Projektplanung und -durchführung an. Schließen die Jugendlichen ein Projekt erfolgreich ab, erhalten sie vom Landkreis ein Zertifikat.

Um Schüler auch direkt mit Vereinen zusammenzubringen, stellen sich in den Workshops einzelne Vereine vor. Dabei entdecken die Jugendlichen, wie vielfältig sie sich engagieren können – etwa bei der Feuerwehr, bei Blut-

spendeaktionen oder indem sie ältere Menschen unterstützen. „Nicht alle finden danach sofort ein Ehrenamt“, sagt Busboom, „das ist auch nicht unser erstes Ziel. Wir wollen Neugierde wecken fürs Mitmachen und Gestalten. Falls sich die Jugendlichen einbringen möchten, erfahren sie, an wen sie sich wenden können.“ Mit Erfolg: Die Mehrheit der Teilnehmenden interessiert sich nach dem Workshop fürs Ehrenamt. Dabei spielen Spaß an der Tätigkeit und Fähigkeiten, die sie erlernen können, eine große Rolle. Vielen Schülern ist es auch wichtig, anderen Menschen zu helfen oder mit ihnen zusammenzukommen. Das ergaben Befragungen, die das Projektteam während der Förderphase am Ende der Workshops durchführen ließ. „Es ist schön zu sehen, dass viele junge Menschen bereit sind, sich für die Gesellschaft einzusetzen – insbesondere, wenn sie selbst mitgestalten können. Das ist eine wichtige Botschaft an die Vereine“, resümiert Busboom.

Viele Kommunen übernehmen das Programm

Seit 2020 zeichnet der Landkreis jährlich zehn besonders engagierte Jugendliche mit dem „Löppt! Mitnanner“-Preis aus. Eine Jury mit Personen aus Politik, Vereinen und Schulen wählt aus den Bewerbungen und Vorschlägen die Preisträger in verschiedenen Kategorien aus: #WirDenkenAnMorgen, #WirMotivieren, #WirDenkenAnAndere und #WirVer-einen. Beim Publikumspreis #WirGewinnen-IhrEntscheidet sind die Bürger gefragt. „Wer freiwillig anpackt, verdient Unterstützung und Anerkennung“, sagt Landrat Matthias Groote. „Wir wollen insbesondere junge Menschen motivieren, sich uneigennützig und freiwillig für die Belange in unserer Gesellschaft einzubringen.“ Und wer sich vor Ort engagiert und mitgestaltet, stärkt das gesellschaftliche Leben und lebt dort gerne, so die Hoffnung. Der Landkreis führt das Programm weiter – und die Idee wurde bereits von sechs niedersächsischen Kommunen übernommen. Tomke Boekhoff und ihre Mitstreiterinnen wurden 2019 vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier als Dank zum Sommerfest ins Schloss Bellevue eingeladen – eine außerordentliche Anerkennung. ■



KONTAKT:
Lena Busboom
Landkreis Leer
Telefon: 0491 9264041
lena.busboom@lkleer.de
www.wirpackenfreiwilligan.de

Dörfer voller Energie

Bioenergiedörfer sind Vorreiter. Sie gewinnen Wärme aus Biomasse und organisieren die Versorgung gemeinschaftlich. Ein Forschungsprojekt zeigt Möglichkeiten auf, wie sie sich weiterhin aufstellen können, und generiert Tipps für künftige Energiewendedörfer.

[VON MARIANNE KARPENSTEIN-MACHAN UND INES WILKENS]

Menschen mit Strom und Wärme aus der regionalen Biogasanlage oder dem dorfeigenen Blockheizkraftwerk versorgen und sie daran beteiligen – das ist die Idee von Bioenergiedörfern. Seit 2005 entstanden in Deutschland mehr als 170 solcher Dörfer. In den von der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe geliteten Bioenergiedörfern wird mindestens die Hälfte des Strom- und Wärmebedarfs durch regional erzeugte Bioenergie gedeckt; die Wärme gelangt über Nahwärmenetze an die Haushalte und, falls vorhanden, an kleine und mittlere Unternehmen. Auf diese Weise erhalten zurzeit etwa 25 000 Haushalte Heizwärme und warmes Wasser. Um die Menschen vor Ort in die Planung und den laufenden Betrieb einzubeziehen, gründeten sich vielerorts Bürgergenossenschaften, die die Energieanlagen finanzieren und betreiben.

Im Projekt „Innovative Konzepte und Geschäftsmodelle für zukunftsfähige Bioenergiedörfer – klimafreundlich, demokratisch, bürgernah“ entwickelten die Universität Kassel und die Georg-August-Universität Göttingen zwischen 2019 und 2022 Handlungsempfehlungen für Bioenergiedörfer, gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Hierfür arbeitete ein interdisziplinäres Team aus den Bereichen Energieökonomie, Solar- und Anlagentechnik und Geografie mit drei Bioenergiedörfern zusammen: Krebeck und Wollbrandshausen im Landkreis Göttingen sowie Altenmellrich im Kreis Soest.

Bislang sichert das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durch eine Stromvergütung über einen Zeitraum von 20 Jahren den wirtschaftlichen Betrieb vieler Anlagen in Bioenergiedörfern. Die Förderung macht oft einen Großteil der Einnahmen aus und ermöglicht, die erneuerbare Wärme günstig anzubieten, häufig günstiger als fossile Wärme aus Öl oder Gas. Für viele Anlagen läuft die Vergütung jedoch zwischen 2025 und 2030 aus. Das stellt die betroffenen Bioenergiedörfer vor die Frage: Wie können sie die Anlagen auch zukünftig wirtschaftlich betreiben – bei zugleich bezahlbaren Wärmepreisen?



Neue Geschäftsfelder erschließen

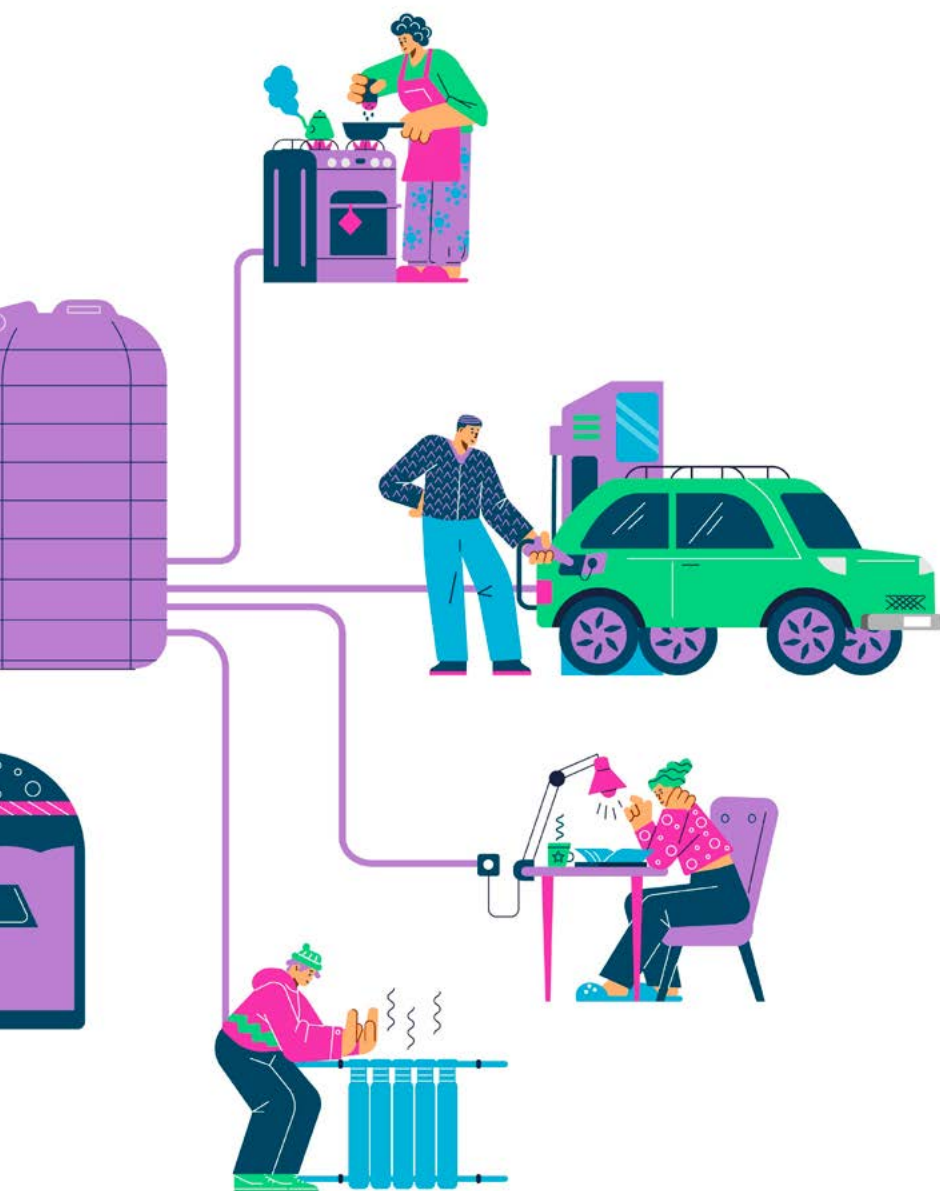
Mit einem Leitfaden und der Website www.energiewendedoerfer.de liefert das Forschungsteam Antworten für Bioenergiedörfer und für interessierte Kommunen, die zur Energiewende beitragen möchten. Es werden neue Geschäftsmodelle für Bioenergiedörfer und Maßnahmen zur Optimierung des Nahwärmenetzes vorgestellt. Der Leitfaden thematisiert beispielsweise den Stand der Technik, rechtliche Vorgaben, Möglichkeiten zur Umsetzung und ökologische Aspekte. Auch die Verbindung von Bioenergie mit anderen erneuerbaren Energien aus Wind und Sonne wird thematisiert, da die Kombination zur Weiterentwicklung der Bioenergiedörfer zu Energiewendedörfern beitragen kann.

Wollen sich Bioenergiedörfer breiter aufstellen, können sie auch Biomethan herstellen und ins Erdgasnetz einspeisen oder an einer Hoftankstelle anbieten. Sie können aus der Biomasse zudem grünen Strom erzeugen, den sie regional vermarkten, beispielsweise über ein eigenes Stromnetz oder in Kooperation mit einem örtlichen Versorgungsunternehmen. Dabei stoßen sie zurzeit jedoch häufig auf große bürokratische oder gesetzliche Hürden. Überdies sind sie zuallererst ihren Wärmekunden verpflichtet. Das bedeutet, dass deren Wärmebedarf und der des Reaktors in der Biogasanlage gedeckt sein müssen. Nur weitere Energie kann in neue Geschäftsfelder fließen.

Mehr Energiequellen nutzen

In den Partner-Bioenergiedörfern des Forschungsprojekts waren die Biogasüberschüsse für die Biomethanherstellung aber zu gering. Sie könnten ihre Geschäfte erweitern, indem sie mit einer benachbarten Biogasanlage zusammenarbeiten. Zudem könnten sie mit anderen Technologien wie Solarthermie oder Windkraft Wärme erzeugen, wenn ein Teil des Biogases für Kraftstoff genutzt werden soll. Die Nutzung des Windes bietet sich besonders dann an, wenn die EEG-Vergütung der Windkraftanlage ausgelaufen ist – diese könnte dann weiter sinnvoll betrieben werden.

Auch bei der Wahl der Biomasse haben Bioenergiedörfer neue Möglichkeiten. Sie kön-



giedörfer aufstellen können. Und aktuelle Entwicklungen lassen hoffen. Die gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien haben sich seit 2021 in Deutschland verändert – und auch die EU rückt die Bioenergie wieder stärker in den Fokus. Momentan befinden sich Energie- und Rohstoffmärkte im Umbruch. Für viele Bioenergieidörfer bessern sich die Aussichten durch höhere Förderungen wie den sogenannten Flexzuschlag für die flexible Einspeisung von Strom oder höhere Strompreise an der Börse. Zeitgleich steigen die Anforderungen an Anlagenbetreiber, beispielsweise mit der Nachhaltigkeitsverordnung vom Juni 2021 und den steigenden Preisen für Rohstoffe. Damit Bioenergieidörfer neue Substrate, Technologien und Geschäftsfelder erschließen können, brauchen sie politische Rahmenbedingungen und neue Fördermöglichkeiten, die die oft genossenschaftlichen und ehrenamtlichen Aktivitäten nicht erschweren, sondern unterstützen.

Angesichts der sich zuspitzenden Energie-, Klima- und Umweltkrisen ist es Aufgabe der Politik, Bioenergieidörfer im Wandel zu begleiten und zu stärken. Denn sie machen vor, dass eine nachhaltige Energieversorgung aus weitgehend heimischen Ressourcen möglich ist. Eine genossenschaftliche Energieversorgung, an der sich die Menschen vor Ort beteiligen, kann die Energiewende stärken. Damit sie gelingt, braucht es auch neue Initiativen für Energiewendedörfer. ■

nen etwa Reststoffe wie Bioabfälle, Gülle oder Stroh nutzen. Der Vorteil: Dadurch gelingt es, dass sie den sogenannten Maisdeckel – eine staatlich festgelegte Obergrenze für den Einsatz von Mais und Getreide in einer Biogasanlage – einhalten. So stehen mehr Flächen für Nahrungs- und Futtermittelanbau bereit, und Anlagenbetreiber können die Kosten für die Substrate reduzieren. Es ist zudem möglich, Mais durch Energiepflanzen wie die Durchwachsende Silphie, Wildpflanzenmischungen oder Riesenweizen-gras zu ersetzen. Die pflegeleichten und blütenreichen Dauerkulturen fördern die Biodiversität, weil sie Nahrung für viele Insekten bieten. Eine ganzjährige Bodenbedeckung und die ausbleibende Bodenbearbeitung er-

höhen den Humusgehalt, vermindern dessen Erosionsanfälligkeit und Nährstoffauswaschungen ins Grundwasser. Das kann dazu beitragen, die Akzeptanz von Energiepflanzenanbau und Biogasanlagen in der Bevölkerung zu steigern.

Aufträge an Dörfer, Politik und Gesellschaft

Es gibt keinen Königsweg für Bioenergieidörfer. Alle im Leitfaden aufgezeigten Handlungsempfehlungen haben Vor- und Nachteile; sie bergen unternehmerische Risiken, die von den Dörfern abgewogen werden müssen. Sie zeigen jedoch neue Wege auf, mit denen sich Bioener-

SERVICE:

Zu den Energiewendedörfern:
www.energiwendedoerfer.de



KONTAKT:

Dr. Ing. Marianne Karpenstein-Machan
 Institution Zukunftsenergie
m.karpenstein-machan@zukunftsenergie.info
 Dr. Ines Wilkens
ines.wilkens@zukunftsenergie.info
www.zukunftsenergie.info

Illustration: Kudryntsev / stock.adobe.com



Altern auf dem Hof

Wenn Betriebsleitende aus Altersgründen nicht mehr arbeiten können, geben viele ihre Höfe auf, anstatt sie an Nachfolgende weiterzugeben. Eine Forschungsarbeit zeigt, dass sie dafür oftmals persönliche Gründe haben.

Dr. Kim Marei

Kusserow hat an der Technischen Universität Dortmund im Fachbereich Sozialwissenschaften promoviert. Thema ihrer Doktorarbeit ist „Altern in der Landwirtschaft als gesellschaftliche Herausforderung“.

www.sgl.sowi.tu-dortmund.de > Professur > Team

„Frau Dr. Kusserow, Sie haben herausgefunden, dass sich alternde Landwirte ungern von ihrem Hof trennen, weil der Betrieb und die Arbeit für sie identitätsstiftend sind. Das hört sich nach Leidenschaft für den Beruf an – ist das positiv?“

Grundsätzlich ist das sehr positiv. Ohne Leidenschaft würde es viele landwirtschaftliche Familienbetriebe nicht mehr geben, denn Landwirte leisten im Vergleich überdurchschnittlich viele Arbeitsstunden. Es ist allerdings häufig so, dass Landwirte neben der Arbeit wenig Zeit für andere Dinge haben und im Alter vor der Frage stehen: Was mache ich ohne den Betrieb? Wie verbringe ich meine Zeit? Ohne die Arbeit im Betrieb besteht die Gefahr einer Identitäts- oder Lebenskrise. Im Idealfall gibt es eine Person, die die Nachfolge antritt und einer weiteren Beschäftigung des alternden Landwirts im Betrieb zustimmt.

„Ohne die Arbeit im Betrieb besteht die Gefahr einer Identitäts- oder Lebenskrise.“

Gibt es noch andere Gründe, Betriebe nicht abzugeben?

Es wird immer schwieriger, Nachfolgende zu finden, denn es gibt attraktivere Arbeitsplätze als in der Landwirtschaft. Die Menschen haben heute weniger Kinder, eine innerfamiliäre Übergabe kommt deshalb seltener infrage. Die Hürde einer außerfamiliären Übergabe ist hoch, denn sie ist komplizierter. Viele Landwirte bedenken diese Option gar nicht – auch aufgrund ihres ausgeprägten Traditionsbewusstseins: Viele wollen, dass der Betrieb in der Familie bleibt. Manche sperren sich außerdem dagegen, ihren Hof an bereits bestehende Betriebe abzugeben, die dadurch wachsen wollen.

Wirkt es sich auf das Umfeld aus, wenn es weniger und größere Betriebe gibt? Viele Landwirte haben schließlich eine Rolle in der Gemeinschaft und für die Landschaftspflege im Ort.

Gerade bei den Aufgaben für die Allgemeinheit gibt es derzeit große Veränderungen: Große Betriebe bewirtschaften meist Flächen in mehreren Orten und fühlen sich für die Landschaftspflege nicht zuständig, weil sie keinen lokalen Bezug haben. Alteingesessene Landwirte im Ort tragen zudem zum Sozialleben bei: Wird ein Osterfeuer geplant, braucht es jemanden mit Traktor, der das Holz bringt. Meist ist eine landwirtschaftliche Familie schon lange im Ort angesiedelt und in den lokalen Organisationen wie LandFrauen oder Landjugend aktiv. Diese Menschen haben eine große soziale Funktion.

Einige der von Ihnen untersuchten Betriebe sollen weitergeführt werden. Werden sie sich in Zukunft spezialisieren oder vergrößern, um bestehen zu können?

Sie planen Veränderungen oder haben mit der Umsetzung schon begonnen: Einer der Betriebe hat auf Hühnermobile umgestellt, ein Milchviehbetrieb produziert nun Baby-nahrung. Sie haben nach Nischen gesucht, einige wurden dabei beraten.

Wer könnte sich neben den Landwirten für den Erhalt von Betrieben engagieren?

Kommunen, Dorfvereine und Regionalmanagements sollten sich einsetzen. Den Wunsch nach einer institutionellen Unterstützung haben die Landwirte bei meiner Untersuchung aber gar nicht geäußert, sondern sie wünschen sich von den Bürgern, nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Viele fühlen sich schräg angeschaut, wenn sie mit dem Trecker aufs Feld fahren, denn ihre Mitbürger fürchten, es könnten Pestizide ausgebracht werden. Deshalb sollte ein besserer Austausch stattfinden: Eine Kommune könnte ihre Bewohner darauf aufmerksam machen, was ihre Landwirte leisten. Man könnte auch Schulen einbeziehen, damit Kinder mit Landwirtschaft in direkten Kontakt kommen. Und Verbraucher können ihren Teil beitragen, indem sie beim Landwirt vor Ort einkaufen.

Frau Dr. Kusserow, vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Andrea Birrenbach. ■



Die Wärmewende braucht starke Gemeinden!

Ein Gastkommentar von Daniel Kiewitz zum Fokusthema der kommenden Ausgabe „Wärmewende im ländlichen Raum“



Daniel Kiewitz ist Referent beim Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag für den Fachbereich Bauen, Umwelt und Sicherheit.
www.shgt.de

Schon vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurde die Wärmewende als drängendste Baustelle zur Erreichung der klimapolitischen Ziele identifiziert. Denn die Wärmeversorgung basiert in Deutschland überwiegend auf fossilen Brennstoffen wie Gas oder Öl und hinkt damit dem dynamischen Prozess der regenerativen Stromerzeugung deutlich hinterher.

Bislang wurde die Wärme in der Regel durch Einzelfeuerungsanlagen in den Häusern sichergestellt. Die Wärmewende wird eine weitgehende Abkehr von diesem System erzwingen und die Gemeinden – gerade im ländlichen Raum – zu zentralen Akteuren der Energiewende werden lassen. Ein wesentlicher Baustein auf dem Weg zu einer gelungenen Wärmewende in einer Gemeinde ist die kommunale Wärmeplanung. Folgerichtig hat etwa das Land Schleswig-Holstein bei der Novellierung des Energie- und Klimaschutzgesetzes darauf einen Schwerpunkt gelegt: Größere Gemeinden werden verpflichtet, in den kommenden Jahren eine kommunale Wärmeplanung aufzustellen und erhalten nach dem Konnexitätsprinzip einen Kostenausgleich. Für alle anderen Gemeinden soll es ein entsprechendes Förderprogramm geben. Auch auf Bundesebene werden die Eckpunkte der Wärmewende im Rahmen des „Diskussionspapiers Flächendeckende kommunale Wärmeplanung“ erörtert.

Damit die Gemeinden der hohen Erwartungshaltung von Bund und Ländern gerecht werden können, brauchen sie einen praktikablen Rechtsrahmen und eine ebenso praktikable wie auskömmliche Förderung. Förderprogramme, die sowohl auf Seiten der Antragsteller als auch auf Seiten der Fördermittelgeber erhebliche zeitliche und personelle Ressourcen binden, können wir uns schlichtweg nicht mehr erlauben. Die Kommunen befinden sich seit Jahren im Krisenmodus, sehen sich aber zeitgleich zunehmend bürokratischen Hürden ausgesetzt und stehen im zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte. Das gilt im Übrigen auch für die zur Verfügung stehenden Planungsbüros, die nicht in der Lage sein werden, innerhalb kurzer Zeit für die gesamte kommunale Ebene Wärmepläne zu erstellen.

Die auf allen Seiten begrenzten Ressourcen müssen also vor allem dort eingesetzt werden, wo ein politischer Wille besteht, die Wärmewende anzupacken und wo die Realisierbarkeit von Maßnahmen am wahrscheinlichsten ist. Der Wärmewende im ländlichen Raum kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Ein starkes Gemeinschaftsgefühl, eine hohe Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien und ein ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement sind die besten Voraussetzungen, um ein Wärmenetz auf Basis erneuerbarer Energien zu schaffen und die Menschen in Deutschland davon zu überzeugen, ihr Haus an das Wärmenetz anzuschließen. Wenn die Wärmewende gelingen soll, müssen Bund und Land bestmögliche kommunale Rahmenbedingungen schaffen. Denn: Die Wärmewende braucht starke Gemeinden! ■

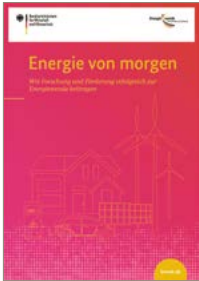


Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInform-Redaktion

angelesen



Energie von morgen

Die 52-seitige Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ist als ansprechend gestaltetes PDF erschienen. Als Start bieten zehn Projekte einen Überblick zum Stand der Forschung – von der Gebäudeheizung über E- und Wasserstoffmobilität bis zu Sektorkopplung auf kommunaler Ebene. Gemeinsam ist ihnen, dass sie über die direkten Projektinhalte hinauswirken und Einfluss nehmen wollen: beispielsweise auf die Entwicklung von Normen bei Kältemitteln, auf die Anpassung der Energieinfrastruktur oder den Rückbau von Offshore-Anlagen. Der überwiegende Teil bezieht sich auf den industriellen Bereich.

Da die Projektbeschreibungen sehr knapp gehalten sind, quasi als Anleser für einen weiterführenden Link, wird vieles erst sichtbar, wenn man das Link-Angebot nutzt. Hier wird es dann deutlich umfangreicher, mit Zusatzinformationen und weiterführenden Angeboten, auch zu Seiten von Forschungseinrichtungen und anderen Themenportalen. Teilweise sind Schulungsmaterialien, Handbücher, Podcasts oder Pressemeldungen hinterlegt.

Auch hinter dem dreiseitigen „Spezial zum CO₂-Recycling“ steht ein umfangreicheres, die politischen und physikalischen Hintergründe sowie die Wirkung im Klimasystem erläuterndes Online-Angebot, mit sehr gut gemachtem, multimedial und interaktiv gestaltetem Infomaterial. Etwas ausführlicher wird in der Publikation das Thema Wasserstoff behandelt, mit zwei Interviews und einem Projektbeispiel zur Wasserstoffspeicherung. Für Einzelgebäude und Kommunen werden Projekte wie Erdwärme unter Äckern, bauwerksintegrierte Photovoltaik-Module und Digitalisierung für das Netzmanagement vorgestellt. Fragen und Antworten zur Forschungsförderung schließen sich an. In allen Fällen führen Links weiter.

Die Broschüre ist damit ein Appetizer für das dahinterliegende umfangreiche und informative Internetangebot zum Thema, mit dem man sich – mit etwas Zeit – auf eine kleine Reise in die Energiezukunft begeben kann. Die Publikation wird wohl auch deshalb nur als Download angeboten. [jas]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): „Energie von morgen – Wie Forschung und Förderung erfolgreich zur Energiewende beitragen“, Online-Publikation, www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/energie-von-morgen.html



Filmtipp: Dorfgeschichte im Wandel der Zeit

Die Dorfschänke im nordfriesischen Brinkebüll steht im Mittelpunkt des Films „Mittagsstunde“. Als seine „Olen“ nicht mehr allein klarkommen, nimmt sich Ingwer, Dozent an der Universität Kiel (gespielt von Charly Hübner), ein Sabbatjahr und kehrt nach Jahrzehnten zu den Eltern in sein Heimatdorf zurück. Dort steht sein „Vadder“ Sönke noch immer stur wie ein Findling hinter dem Tresen im alten Dorfkrug und hält die Stellung, seit Ingwer „zu den Studierern“ in die Stadt zog. Sönkes Frau Ella versinkt mehr und mehr in die Demenz. Viel zu lang hat der Sohn sich nicht gekümmert, und seine Rückkehr ist gleichsam eine Zeitreise in das Dorf seiner Kindheit.

Der Wandel, den Regisseur Lars Jessen filmisch verarbeitet, ist allen Menschen vertraut, die sich mit ländlicher Entwicklung beschäftigen. Er ist symptomatisch für viele Dorfgeschichten, mit deren Folgen wir uns heute auseinandersetzen: dörfliche Infrastruktur, die verlorengeht, und aufgeräumte Landschaften statt kleinteiliger Streuobstwiesen, Hecken und Moore. Es sind Auswirkungen des demografischen Wandels, von Landflucht, Flurbereinigung und einem Strukturwandel hin zu Schlafdörfern. Die Nachbarschaft wächst nicht nach, die Landgasthöfe sterben als Orte der Begegnung. Auch der Gasthof im fiktiven Brinkebüll ist schon lange nicht mehr Mittel- und Treffpunkt des Dorfes, sondern liegt nun verwaist an der vielbefahrenen Durchfahrtsstraße. Trotz alledem gibt es vor Ort Werte, Zusammenhalt, dörflichen Erfahrungsschatz und ein gelassenes Selbstverständnis der Dagebliebenen – auch davon erzählt der Film.

Regisseur Lars Jessen trifft damit die Stimmung der Romanvorlage von Dörte Hansen. Er erzählt mit Rückblicken die Dorf- und Lebensgeschichte einfühlsam, tieftraurig, manchmal urkomisch und verdichtet die Handlung mit starken Bildern. Eine kleine große Geschichte, wundervoll umgesetzt von einem großartigen Schauspieler-Ensemble.

Den Film gibt es auf Hochdeutsch und auf Platt. Dafür wurde jede Szene zweimal gedreht: Das Plattdeutsche bestimmt den Gestus der Figuren und macht sie dadurch authentisch. Ein Heimatfilm in seiner wohlmeinendsten Form, nicht nur für Menschen, die sich mit ländlicher Entwicklung auseinandersetzen. [hez]

www.mittagsstunde-film.de; Buch: Dörte Hansen, Mittagsstunde ISBN-13: 978-3328106340

angekündigt

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung

Unter dem Motto „Land.Kann.Klima.“ findet am 25. und 26. Januar 2023 das „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung“ statt. Ausgerichtet wird es vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) während der Internationalen Grünen Woche in Berlin. In 30 hybriden Fachforen diskutieren Akteure der ländlichen Entwicklung zu den Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Es geht um Fragen wie: Welche Chancen und Herausforderungen stellen sich für die ländlichen Räume bei der Anpassung an den Klimawandel und was bedeutet das für die Bevölkerung auf dem Land? Wie geht Klimaschutz im ländlichen Raum? Welchen Beitrag können die ländlichen Räume zum Erreichen der Klimaziele leisten? Und: Was bewirken die notwendigen Transformationsprozesse für die ländliche Entwicklung allgemein? [abb]

www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de

Weiterbildung im Regionalmanagement

Die Evangelische Akademie für Land und Jugend e. V. bietet im kommenden Jahr die dreiteilige Modulreihe „Regionalmanagement aus Leidenschaft“ an. Dabei soll gemeinsam mit den Teilnehmenden das passende Handwerkszeug für den Arbeitsalltag im Regionalmanagement erarbeitet werden. Die Teilnehmenden dürfen dabei ihre Wünsche und Themenvorschläge äußern, damit die Weiterbildung an ihren Bedarf angepasst werden kann. Zielgruppe sind Beschäftigte in Regionalmanagements bundesweit. Die Teilnehmenden bekommen zudem die Möglichkeit, sich zu vernetzen und Erfahrungen auszutauschen. Die Veranstaltungen finden am 15. Februar, 10. Mai und 13. September 2023 statt. [abb]

www.lja.de/veranstaltungen

Förderung für klimafreundliche Wärmeversorgung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) fördert Kommunen bei der Erstellung von kommunalen Wärmeplänen. Die Unterstützung umfasst bis zu 60 Prozent der förderfähigen Gesamtausgaben für Dienstleistungen wie Planen, Organisieren und Begleiten einer klimafreundlichen Wärmeversorgung. Bei Antragsstellung bis zum 31. Dezember 2023 gilt eine erhöhte Förderquote von 90 Prozent. Besondere Bedingungen gelten für finanzschwache Kommunen und Antragstellende aus Braunkohlegebieten: Sie können 80 Prozent als Zuschuss erhalten – bei Antragsstellung bis 31. Dezember 2023 sind es 100 Prozent. Förderanträge können das ganze Jahr über gestellt werden. [abl]

www.klimaschutz.de > Suche: Wärmeplanung



LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für Ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe ___ Exemplar/e.

bitte freimachen

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

- Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail kündigen.

Name _____

Institution (ggf. plus LAG-Name) _____

Postanschrift _____

Telefon _____ E-Mail _____

Funktion des Abonnenten _____ Arbeitsfeld der Institution _____

Unterschrift _____

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen oder den QR-Code oben links dafür nutzen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe: Wärmewende im ländlichen Raum



Termine

12. Januar	Engagement auf dem Land gemeinsam stärken – wie geht das? * Online-Workshop siehe Seite 9	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ engagement-und-leader DVS und Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE)
25. und 26. Januar	Zukunftsforum Ländliche Entwicklung Hybrid-Veranstaltung in Berlin siehe Seite 51	www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
25. Januar	Energiewende – nichts Neues für das Land? * Fachforum beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung siehe Seite 9	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum DVS, Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG) und Agrarsoziale Gesellschaft (ASG)
21. und 22. März	ELER & Umwelt * Veranstaltung in Merseburg	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eler-umwelt DVS
22. bis 24. Mai	Bundesweites LEADER-Treffen * Veranstaltung in Baunatal (bei Kassel) siehe Seite 9	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen DVS

Die DVS-Termine finden Sie unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen
Weitere Termine in unserem Kalender unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/termine

Unser Fokus-Cartoon von Mele

